



Landtag von Baden-Württemberg

11. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 25. Oktober 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 9:37 Uhr

Schluss: 16:28 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	437	Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG – Drucksache 13/55	448
Erweiterung der Tagesordnung	437	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	449, 453
Begrüßung der Generalkonsulin der Republik Bulgarien, Frau Veneta Momtcheva	482	Abg. Schebesta CDU	449, 454
1. a) Aktuelle Debatte – Stellenwert des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE		Abg. Kaufmann SPD	450
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Anbieterunabhängige Verbraucherinformation in einem deregulierten Markt – Drucksache 13/239	437	Abg. Boris Palmer GRÜNE	451
Abg. Walter GRÜNE	437, 443	Staatssekretär Mappus	455
Abg. Birgit Kipfer SPD	439, 445	Beschluss	459
Abg. Elke Brunnemer CDU	440	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 24. Juli 2001 – Entwurf einer Bekanntmachung der Landesregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 13/127, 13/291	460
Abg. Hofer FDP/DVP	441, 447	Beschluss	460
Minister Dr. Döring	442	4. Fragestunde – Drucksache 13/322	
Abg. Hauk CDU	446	Mündliche Anfrage der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Weitergewährung von Zuschüssen nach § 45 a PBefG für Semestertickets an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar	469
Beschluss	448	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	469
2. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Personenverkehrskonzeption des Landes bei		Staatssekretär Mappus	469

5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ganztagesangebote an Schulen – Drucksache 13/10	460	8. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Olympia nach Baden-Württemberg holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land – Drucksache 13/351	496
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	460	Beschluss	496
Abg. Seimetz CDU	462		
Abg. Zeller SPD	464		
Abg. Kleinmann FDP/DVP	465		
Ministerin Dr. Annette Schavan	466		
Beschluss	469		
Abg. Renate Rastätter GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	469		
6. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Drogenpolitik in Baden-Württemberg – Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige – Drucksache 13/19		9. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1997 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1995 (Nr. 24) – Verwendung von Mitteln Dritter durch Bedienstete der Universitätsklinik – Drucksachen 12/6023, 13/262	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Erlass einer Rechtsverordnung für den Betrieb von Drogenkonsumräumen – Drucksache 13/21		b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juli 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 7) – Polizeiliche Ermittlungskosten – Drucksachen 13/145, 13/263	
c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Drogenpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/105	470	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 9) – Datenverarbeitung bei den Justizvollzugsanstalten – Drucksachen 12/6051, 13/264	
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	470, 475	d) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 15) – Förderung von Tourismusorganisationen – Drucksachen 13/38, 13/265	
Abg. Ursula Haußmann SPD	471, 476	e) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. August 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 17) – Förderung nach der Landschaftspflegegerichtlinie – Drucksachen 13/167, 13/266	
Abg. Dr. Lasotta CDU	472, 477		
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	474		
Minister Dr. Repnik	479		
Minister Dr. Goll	482		
Beschluss	483		
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	483		
7. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe – Drucksache 13/282			
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO			
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Gefährdung der Atomkraftwerke in Baden-Württemberg durch Terroranschläge – Drucksache 13/309	484		
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	484, 489		
Abg. Dr. Caroli SPD	485, 489		
Abg. Scheuermann CDU	486, 490		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	488		
Minister Müller	490		
Beschluss	496		

f) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juli 2001 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 23) – Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Finanzkassen** – Drucksachen 13/89, 13/267

g) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juli 2001 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998**

(Nr. 26) – Fehlerhafte Planung für einen Hubschrauberlandeplatz – Drucksachen

13/80, 13/268 496

Beschluss 497

10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/299, 13/300, 13/301, 13/302, 13/303, 13/304, 13/305 497

Beschluss 497

11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/306 497

Beschluss 497

Nächste Sitzung 497

Protokoll

über die 11. Sitzung vom 25. Oktober 2001

Beginn: 9:37 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas erteilt.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel und Herr Finanzminister Stratthaus.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch Veränderungen bekannt geben:

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den auf Ihren Tischen liegenden

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Olympia nach Baden-Württemberg holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land – Drucksache 13/351

in der heutigen Plenarsitzung zu verabschieden. Ich schlage Ihnen deshalb vor, diesen Antrag als neuen Punkt 8 in die Tagesordnung aufzunehmen. – Sie sind damit einverstanden.

Außerdem wurde der Wunsch geäußert, den Tagesordnungspunkt 6 durch einen Buchstaben c:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Drogenpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/105

zu ergänzen. Ich gehe davon aus, dass Sie auch damit einverstanden sind. – Das ist der Fall. Dann ist die Tagesordnung entsprechend ergänzt.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Stellenwert des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Anbieterunabhängige Verbraucherinformation in einem deregulierten Markt – Drucksache 13/239

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte und die Aussprache über den Antrag eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der

Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine der herausragenden Gewohnheiten von Erwin Teufel ist das häufige Vorlesen von Tabellen, aus denen hervorgehen soll, dass Baden-Württemberg in allem Spitze ist.

(Abg. Blenke CDU: Da hat er auch Recht! – Abg. Seimetz CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Deswegen haben wir, Herr Kollege Seimetz, auch noch keine Tabelle zum Verbraucherschutz gehört; denn er müsste sich nämlich auf den Kopf stellen oder von hinten lesen, um festzustellen, dass wir dort Spitze wären. Da liegen wir nämlich auf dem vorletzten Platz.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Jetzt kommt die FDP/DVP und sagt: Es gibt jetzt ja 500 000 DM mehr pro Jahr. Prima! Nur: Den vorletzten Platz verlassen wir deswegen trotzdem noch nicht. Das sind doch nicht einmal 5 Pfennig pro Einwohner zusätzlich, sodass wir dann gerade bescheidene 38 Pfennig pro Einwohner dafür ausgeben. Zum Vergleich: Mecklenburg-Vorpommern gibt 1,37 DM, Nordrhein-Westfalen 1,22 DM, und wir geben – nach der Erhöhung – gerade einmal 38 Pfennig pro Einwohner für Verbraucherschutz aus. Die 500 000 DM, die Sie der Verbraucherzentrale jetzt ganz generös noch zusätzlich geben wollen, reichen gerade aus, die bisher schon aufgelaufenen Fehlbeträge auszugleichen. Eine Weiterentwicklung der Verbraucherzentralen – genau das, worauf es jetzt eigentlich ankommt – ist dadurch nicht möglich. Es fehlt – das wissen Sie alle selbst – an Personal.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Über 70 Mitarbeiter!)

Schon heute sind einige Stellen nicht besetzt. Die Telefonberatung, die ja eine große Bedeutung für die Verbraucherzentrale hat, kann deswegen nicht im erforderlichen Maße durchgeführt werden. Das heißt, dank CDU und FDP/DVP wird das Belegzeichen weiterhin die Erkennungsmelodie der Verbraucherzentrale sein.

(Beifall bei den Grünen)

(Walter)

Vielleicht, meine Damen und Herren, sollte man dieses Belegzeichen mit den Worten von Herrn Döring unterlegen: „Das machen wir.“ Das war nämlich seine Antwort auf die Frage, ob es mehr Geld gibt. Die Kofinanzierung der Euro-Infostelle, meine Damen und Herren, ist mit diesen 500 000 DM ebenfalls nicht gesichert. Wenn wir dann sagen: „Nehmen Sie dieses Geld für Kehl“, dann bedeutet das, dass die restlichen Verbraucherzentralen im Land noch weiter unterfinanziert sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Waren Sie schon einmal in Kehl?)

– Da war ich schon, Herr Drautz, wahrscheinlich lange vor Ihnen.

Ist es das, meine Damen und Herren von der CDU, was Sie anstreben, diese chronische Unterfinanzierung der Verbraucherzentrale? Diese Frage müssen Sie sich an dieser Stelle gefallen lassen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das sind doch Wahlversprechen!)

Jetzt, meine Damen und Herren, wird vom Wirtschaftsministerium auf die neuen Medien verwiesen. Das ist ja sehr gut, und das ist auch richtig. Nur: Auch diese neuen Medien müssen von Menschen bearbeitet werden. Es kann sich vielleicht der Herr Döring leisten, seine Homepage nur alle fünf Jahre zu aktualisieren; die Verbraucherzentrale kann das nicht machen.

(Beifall bei den Grünen)

Diese 38 Pfennig, Herr Hofer, sind kein Grund zur Freude und kein Grund zum Jubeln für die FDP/DVP. Im Gegenteil, diese 38 Pfennig pro Einwohner sind mehr als schäbig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt gönnen Sie uns doch auch einmal einen kleinen Erfolg!)

Das zeigt doch auch, welchen Stellenwert der Verbraucherschutz für Sie in einem hoch industrialisierten Land wie Baden-Württemberg hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Schäbig, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur die Zahl; schäbig ist auch der Umgang mit der Verbraucherzentrale und damit auch mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Lande, die auf diese Zentrale angewiesen sind. Erinnern wir uns: Im Februar/März, das heißt kurz vor der Wahl und zu Zeiten der BSE-Diskussion, haben sich Herr Döring und Herr Palmer in den Aussagen überboten, welchen Stellenwert die Verbraucherzentrale habe, wie wertvoll sie sei und dass sie auf jeden Fall mehr Geld bekomme. Herr Palmer ist jetzt völlig untergetaucht. Wir wissen gar nicht mehr, was für eine Meinung er jetzt dazu hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist der noch im Amt?)

– Der ist, glaube ich, noch im Amt; so heißt es zumindest.

Aber eines ist klar: Wer Verbraucherschutz ernst nimmt, Herr Döring, der nimmt ihn nicht nur ernst, wenn es Krisen

gibt, sondern der setzt auf einen vorbeugenden Verbraucherschutz. Das ist genau das Problem in der Diskussion, die wir jetzt haben. Ich frage Sie: Was tun Sie in der nächsten Diskussion? Versprechen Sie dann wieder mehr? Glauben Sie, dass noch irgendjemand Ihnen ein Wort glaubt?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

In der ganzen Debatte haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Wenn ich dann lese, Herr Döring habe – das ist jetzt die Erklärung, die er für seinen Meinungsumschwung gibt – Anfang des Jahres noch nicht gewusst, dass es ein striktes Sparprogramm gibt, dann frage ich mich: Sind Sie nun Mitglied dieser Regierung, sind Sie da stiller Beobachter, oder sind Sie nur Befehlsempfänger?

(Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass Sie Anfang des Jahres davon noch nichts wussten.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Was kann man eigentlich von demjenigen halten, der seit Jahr und Tag durchs Land rennt und ab 2006 die Nullverschuldung verspricht und dann irgendwann erkennt: „Dazu muss ich ja auch noch sparen“? Das ist ja wirklich lächerlich. Das glaubt doch kein Mensch.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen: Der Döring wollte nur Ruhe bis zur Wahl haben.

(Minister Dr. Repnik: Wer ist „der Döring“? Sie meinen den Herrn Minister Döring!)

– Der Herr Minister Döring, Herr Minister Repnik.

Meine Damen und Herren, der Umgang mit der Verbraucherzentrale sowie die Aussagen vor und nach der Wahl zeigen, dass Herr Döring kein echtes Interesse am Verbraucherschutz hat, sonst würde er sich bei den Verhandlungen mehr ins Zeug legen. Es reicht nicht, die Bedeutung der Verbraucherzentrale zu loben und sie hochzuhalten und dann zu sagen: Ja, wir haben kein Geld.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wo sollen denn die Menschen die Infos auf dem liberalisierten Markt herbekommen? Da sind wir sehr gespannt.

(Minister Dr. Döring: Sagen Sie mal etwas zur Finanzierung, Herr Kollege!)

– Sie geben mit dieser Regierung beispielsweise Geld für die nicht existente Reaktorsicherheitskommission aus.

Ich frage Sie also, wo die Infos herkommen: von den Konzernen, von Ihren Freunden beim TÜV oder von der Homepage der FDP? Meine Damen und Herren, diese Fragen beantworten sich von selbst.

(Beifall bei den Grünen)

(Walter)

In der zweiten Runde kommen wir auf weitere Versäumnisse dieser Regierung in diesem Bereich zu sprechen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da brauchst du noch eine dritte Runde!)

– Ja, wahrscheinlich.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über den Stellenwert des Verbraucherschutzes, eigentlich kein aktuelles Thema. Aktuell ist allerdings ein eklatanter Bruch von Wahlversprechen seitens des Herrn Ministers Döring. Als wir vor knapp einem Jahr über die BSE-Krise diskutiert haben, wurde allen vernünftigen Menschen klar, dass eine nur an Gewinn orientierte Wirtschafts- und Produktionsweise weder den Verbrauchern noch der Wirtschaft nützt und auch dem Staat nicht nützt, weil die Folgekosten einer solchen Wirtschaftsweise enorm sind.

Daraufhin hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden – so kann man es nennen –, nämlich ein Umdenken. Auf Bundesebene wurde das dadurch manifest, dass man ein ganzes Ministerium umgemodelt und ein Verbraucherschutzministerium gebildet hat. Die Mittel für den Verbraucherschutz wurden jetzt im Bundeshaushalt um 50 % aufgestockt, nämlich auf 32,3 Millionen Euro, und als Clearingstelle wird ein Bundesamt für Verbraucherschutz eingerichtet werden. Das allerdings hat Baden-Württemberg als einziges Bundesland in der Agrarministerkonferenz abgelehnt. Selbst Bayern hatte gegen dieses Bundesamt nichts einzuwenden.

Da kann man sich fragen: Was macht die Landesregierung vor dem Hintergrund dieses wirklichen Wechsels? Die Landesregierung will einer Abteilung im Landwirtschaftsministerium einen anderen Namen geben. Sie soll „Verbraucherschutz“ heißen. Eine zusätzliche Abteilung mit einem zusätzlichen Abteilungsleiter wird also überhaupt nicht geschaffen. Das ist also ein reiner Etikettenschwindel. Nach wie vor gibt es völlig zersplitterte Zuständigkeiten. Die für den Verbraucherschutz zuständige Abteilung im Wirtschaftsministerium wurde auch nicht besonders aufgewertet, und auch unser Antrag auf Bündelung der Verbraucherschutzinteressen in einem Landesamt wurde abgelehnt.

Einzig Herr Minister Döring schien begriffen zu haben, dass die Verbraucheraufklärung und die Arbeit im Verbraucherschutz wichtig sind und mehr Mittel beanspruchen. Diese Geschichte kann ich Ihnen nicht ersparen, und zwar anhand von Zitaten. Herr Wirtschaftsminister Döring sagte am 28. Februar:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die erforderlichen Mittel für die Verbraucherzentrale im Rahmen der kommenden Haushaltsaufstellung von jetzt 3,5 Millionen DM auf ca. 5 Millionen DM aufgestockt werden.

Ihm sekundierte dann Herr Minister Palmer. Zitat aus der Pressemitteilung des Staatsministeriums vom 1. März, also einen Tag später und drei Wochen vor der Wahl:

Das Staatsministerium unterstützt nachdrücklich die Absicht des Wirtschaftsministeriums, die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg künftig mit mehr Finanzmitteln auszustatten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ah ja!)

Dem Herrn Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, Dr. Epple, schwante schon einmal etwas, denn er kennt seinen Minister und weiß,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

dass dieser sehr häufig Versprechungen im Lande macht, die sich hinterher in Luft auflösen. Denn Herr Dr. Epple schrieb dann am 2. März der Verbraucherzentrale einen Brief, in dem er sagte, das sei alles angesichts der Haushaltslage ganz schwierig durchzusetzen und sie sollten doch darauf hinarbeiten – so sinngemäß –, dass die Regierungsfractionen einen Antrag stellen, die Mittel im Haushalt aufzustocken. Das ist also schon ein sehr deutlicher Rückzug. Das aber kümmerte den Herrn Wirtschaftsminister vor der Wahl überhaupt nicht, denn in der Sendung des SWR „Spitzenpolitiker vor der Wahl“ am 22. März – also wesentlich später als dieser Brief von Herrn Dr. Epple; das alles kann man noch einmal nachsehen – kam dann ein Zitat: „Wir werden das aufstocken müssen. . . . Für die nächste Zeit (ist) dann eine Aufstockung auf 5 Millionen DM vorzunehmen. Damit haben die Verbraucherzentralen mehr Beratungsmöglichkeit.“

Und dann zum Kollegen Dieter Salomon, der sehr skeptisch geblickt hatte, nochmals ein O-Ton von Herrn Minister Döring: „Jawohl, wir haben jetzt aufgestockt, weil wir gesehen haben, es nimmt der Bedarf an Verbraucherberatung zu, also müssen wir aufstocken. Wir machen das. Das ist eine beschlossene Sache.“

(Lachen bei der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Und dann kam das Sparprogramm vom Himmel gefallen! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD – Unruhe)

Was lernen wir daraus? Erstens: Das Ministerium ist stärker als der Minister.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Wir lernen daraus zweitens, dass vor der Wahl noch längst nicht nach der Wahl ist. Wir haben jetzt erkannt, dass die Koalitionsfractionen – das sei zugegeben; Herr Walter hat darauf hingewiesen – in den neuen Doppelhaushalt jeweils 500 000 DM pro Jahr einstellen wollen. Aber, meine Damen und Herren, bei einem Defizit der Verbraucherzentrale von 300 000 DM im Jahr 2001 und etwa zehn nicht besetzten Stellen bedeutet das, dass dieser Verlustvortrag 2002 höchstens abgedeckt werden kann

(Abg. Walter GRÜNE: Genau so ist es!)

und die Mittel in keiner Weise ausreichen werden, um dem Verbraucherschutz die Bedeutung zukommen zu lassen, die er jetzt braucht

(Beifall bei der SPD)

(Birgit Kipfer)

und die Herr Minister Döring eigentlich auch eingesehen hat. Ich bin gespannt, wie er jetzt darauf reagiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnermer.

(Beifall des Ministers Dr. Repnik – Abg. Walter GRÜNE zu Minister Dr. Repnik: Jetzt hör sie erst mal an!)

Abg. Elke Brunnemer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, das Thema Verbraucherschutz ist viel zu wichtig, als dass man einen kleinlichen Parteienstreit entfachen könnte, wer wem was versprochen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: Dann bringt doch das Geld, dann streiten wir nicht!)

Der hohe Stellenwert des Verbraucherschutzes ist für die CDU eindeutig und unzweifelhaft. Das ist heute das Thema.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Ich meine, die Verbraucher haben nach den vielen Verunsicherungen der letzten Zeit eine sachliche und faire Diskussion verdient

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

und sicherlich auch bitter nötig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nötig ist sicherlich auch die Verbraucherzentrale, und wichtig ist, dass sie finanziell so ausgestattet ist, dass sie funktioniert. Aber, Herr Walter, ich hoffe, Sie haben nicht nur die Mittel berechnet, die im Haushalt sind,

(Abg. Wieser CDU: Der rechnet gar nicht! – Heiterkeit bei der CDU)

sondern Sie haben auch das eingerechnet, was darum herum passiert. Ich erinnere an die 70 Millionen DM, die im Zusammenhang mit der BSE-Krise geleistet wurden. Ich denke, meine Damen und Herren, Verbraucherschutz findet in Baden-Württemberg auf vielen Feldern statt. Die fünf Minuten Redezeit, die ich hier habe, reichen überhaupt nicht aus, um das alles aufzuzählen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

Daher mache ich das nur stichwortartig. Wir haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, die die Marktüberwachung für den technischen Verbraucherschutz leisten. Wir haben die amtliche Lebensmittelüberwachung mit den vier Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern, die unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden und den Wirtschaftskontrolldienst.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Gerade der Wirtschaftskontrolldienst der Polizei, eine bundesweit einmalige Institution, leistet seit 40 Jahren einen erfolgreichen Verbraucherschutz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Baden-Württemberg leistet eine umfangreiche Verbraucheraufklärung. Zahlreiche Maßnahmen sind im MLR angesiedelt, so zum Beispiel auch die jährliche Zuwendung an die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, immerhin 448 000 DM.

(Abg. Reichardt CDU: Bravo!)

Zu Beginn der letzten Legislaturperiode wurden vier Ernährungszentren eingerichtet, und es finden die unterschiedlichsten Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Verbraucherinnen und Verbraucher statt. Das Ziel ist, dass Verbraucher die heimischen Nahrungsmittel mit in ihr Vertrauen aufnehmen und das Vertrauen stärken.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Wir wollen den Gesundheitsschutz, die Umweltverträglichkeit und die Qualitätsorientierung fest verankern. Wir wollen qualitativ hochwertige und durchgängig kontrollierte Lebensmittel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen eine gläserne Produktion und Transparenz vom Stall bis zur Ladentheke.

Die Landesregierung entwickelt derzeit ein Konzept für ein eigenständiges, integriertes und durchgängiges Qualitätssicherungssystem für die baden-württembergische Land- und Ernährungswirtschaft.

(Abg. Teßmer SPD: Erst jetzt? Das ist überfällig!)

Das bisherige Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg wird durch zusätzliche Anforderungen verschärft. Das HQZ soll auch weiterhin ein Zeichen sein, das das besondere Vertrauen der Verbraucher genießt.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg betreibt eine aktive und wirksame Verbraucherpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dass wir dabei im Gegensatz zur rot-grünen Bundesregierung nicht in der Ankündigungspolitik stehen bleiben, zeigen unsere bisherigen Leistungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das war jetzt ein Eigentümer! – Zuruf von der SPD: Abteilung Gesundheits! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Auch wenn Sie das nicht hören wollen, ich sage Ihnen trotzdem, dass die erfolgreiche Bewältigung der BSE-Krise Ihre absurde Behauptung widerlegt, die Landesregierung tue nichts für den Verbraucherschutz.

(Elke Brunnemer)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das ist das Mindeste, was man erwarten kann!)

Bereits 1996, lange bevor BSE und lange bevor Verbraucherschutz Modeworte wurden, hat die Landesregierung die Zuständigkeit für den Verbraucherschutz gebündelt.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Berlin hat es inzwischen kopiert.

(Abg. Walter GRÜNE: Wer hat denn bis 1998 in Berlin regiert?)

Am 1. Januar 2000, wiederum noch vor dem ersten BSE-Fall in Deutschland, war die Neuorganisation der amtlichen Lebensmittelüberwachung mit der Gründung der vier integrierten Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter Karlsruhe, Freiburg, Sigmaringen und Stuttgart abgeschlossen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Durch diese Untersuchungsämter haben wir einen Rahmen, die vielseitigen neuen Aufgaben der Überwachung im Lebensmittelbereich, im Bedarfsgegenstandsbereich sowie in der Diagnostik der Tierkrankheiten gewährleisten zu können.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt noch etwas zur Verbraucherzentrale!)

Diese Neuorganisation hat sich gerade in der BSE-Krise bestens bewährt. Durch dieses Zusammenwirken aller Untersuchungseinrichtungen hat Baden-Württemberg tatsächlich eine Vorreiterrolle in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wer behauptet, die Landesregierung habe mit dem Verbraucherschutz nichts im Sinn,

(Abg. Teßmer SPD: Der hat Recht!)

missachtet die engagierte Arbeit der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebensmittelüberwachungsbehörden,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

des Wirtschaftskontrolldienstes und aller, die im Bereich des allgemeinen Verbraucherschutzes tätig sind.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der SPD und die

Fraktion GRÜNE setzen sich mit dieser Debatte für den Verbraucherschutz ein. Das ist schön, und das freut mich.

(Zuruf von der SPD: Das ist erfreulich!)

Was die Verbraucherzentrale und deren Finanzierung angeht, auf die Sie ja vorhin hingewiesen haben – Sie haben gebeten, man solle etwas dazu sagen –: Dazu ist diese Debatte eigentlich unnötig. Unterdessen liegt ja schon ein Beschluss vor, der Verbraucherzentrale im neuen Doppelhaushalt 1 Million DM mehr zuzuwenden. Ich weiß, das passt nicht ganz – das habe ich vorhin beim Vorgespräch gemerkt – in die von Ihnen beantragte heutige Debatte hinein.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie haben doch viel mehr versprochen! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Am besten wäre es, das wäre nicht erfolgt. Sie konnten es ja nicht wissen, weil der Beschluss kurz vor der Beantragung der Debatte erfolgt ist.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Aber immerhin: So ist es. Es ist ein einstimmiger Beschluss – übrigens gehört zu unserer Fraktion auch der amtierende Wirtschaftsminister –, den wir gefasst haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen einmal sagen, wie es bei den Haushaltsvorberatungen zugeht. Ganz so leicht, als dass man da aus dem Vollen schöpfen könnte, ist es nicht. Wir haben buchstäblich sämtliche Mittel, die unsere Fraktion zur eigenen Prioritätensetzung hat – manche nennen das „Spielgeld“, ich nenne es nicht so –, zusammengekratzt, um sie für die Verbraucherzentrale einzusetzen – 1 Million DM.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das kommt übrigens sehr nahe an das Versprechen des Ministers heran.

(Abg. Walter GRÜNE: Anderthalb Millionen pro Jahr hat er versprochen! Das ist nicht einmal annähernd! Das ist lächerlich! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Ich komme noch darauf.

Übrigens ist jetzt die institutionelle Hilfe höher als zu der Zeit, als Sie von der SPD Regierungsverantwortung trugen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört!)

Jetzt frage ich: Warum tun wir das? Wir tun das, weil gerade wir Liberalen auf die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers setzen und deshalb der unabhängigen und nicht durch Anbieter interessengesteuerten Beratung und Information einen besonders hohen Stellenwert zumessen und zumessen müssen.

Deshalb wollen und brauchen wir eine funktionstüchtige Verbraucherzentrale. Ich betone: Wir wollen und brauchen auch die deutsch-französische Verbraucherberatungsstelle

(Hofer)

Euro-Info in Kehl. Das ist für uns Bedingung, denn andernfalls gibt es diese Million nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen auch – das dürfen wir verlangen – eine wirtschaftlich handelnde Verbraucherzentrale.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

So war das in der Vergangenheit der Fall. Wir schließen damit – meine Damen und Herren, Sie wissen es; Sie haben ja zum Teil mitgemacht – kontinuierlich an die Hilfestellung an, die wir der Verbraucherzentrale in den letzten Jahren immer haben angedeihen lassen.

1996 hat der damalige und von mir sehr geschätzte Geschäftsführer der Verbraucherzentrale einen Stufenplan vorgelegt, wie man die Zuwendungen bis 1999 von 3,8 über 3,5 auf 3,1 Millionen DM verringert. Darin steht: Man hat Onlinedienste, kostenpflichtige Telefondienste angeboten, um Einnahmen zu erzielen. Man hat das auch nach besten Kräften gemacht. A la bonne heure, allen Respekt, was die Verbraucherzentrale da geschaffen hat. Nur: Sie hat die angestrebte Reduzierung nicht erreicht.

Was haben wir gemacht? Wir haben uns zusammengesetzt, auch mit Kollegen von der CDU. Herr Kurz war dabei, ebenso die frühere wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU, Frau Schweizer, und auch Sie, Frau Kipfer, von der SPD. Was haben wir gemacht? Wir haben gesagt: Wir verschieben die Kürzung; bei ihr bleibt es. Denn das war eine seriöse Beratung, die wir damals durchgeführt haben. Es hat sich nicht nur um Klappern und Sprüche gehandelt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im darauf folgenden Jahr ist genau das Gleiche wieder passiert. Die Verbraucherzentrale hat gesagt: „Es tut uns Leid. Wir können unseren eigenen Stufenplan nicht einhalten.“ Wir haben gesagt: „Uns ist wichtig, dass ihr über einen funktionierenden Betrieb verfügt.“ Wir haben die Kürzung noch einmal verschoben.

Was ist jetzt? Jetzt wird nicht gekürzt. Vielmehr gibt es noch 1 Million DM drauf.

(Abg. Walter GRÜNE: In zwei Jahren!)

Das ist genau der Umfang, den die Verbraucherzentrale als erforderlich bezeichnet hat. Nennen Sie mir aus diesem Haushalt, bei dem es sich um einen Sparhaushalt handelt, in dem überall gekürzt wird, fünf Beispiele, wonach in dem Sinne vorgegangen wird, dass nicht gekürzt, sondern noch mehr bereitgestellt wird.

Ich wünsche mir, dass die Verbraucherzentrale wieder zu jener seriösen Arbeit zurückkehrt, bei der man sich vorher zusammensetzt und nicht nach dem Motto handelt: „Klappern muss man, dann findet man Beachtung.“ Wir haben früher vertrauliche und gute Gespräche geführt.

(Abg. Walter GRÜNE: Wer hat denn hier geklapert? Das war doch der Minister! Das ist unglaublich! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diese wollen wir wieder haben.

Ich komme zur Zusammenfassung.

Die Verbraucherzentrale verfügt mit den Geldern, die jetzt bereitgestellt werden – ich zweifle nicht daran, dass sie in den Etat eingestellt werden –, wieder über eine Ausstattung, die das Höchstmaß dessen darstellt, was sie von 1991 bis 2001 hatte. Dass sie noch mehr brauchen könnte, weiß ich. Aber ich kenne viele, die gegenwärtig noch mehr brauchen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich hatte eigentlich gedacht: Wenn es Ihnen wirklich nicht um die Debatte, wie man sie hier bestreitet, sondern um die Frage ginge, wie man den Verbraucherschutz stärken kann, was man auch in Zukunft für ihn tun kann, dann müssten Sie sich eigentlich von Herzen über diesen Beschluss der FDP/DVP freuen.

Freuen Sie sich doch einfach einmal mit, auch wenn es in Ihre Debatte nicht so richtig hineinpasst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist auch gut!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe deswegen jetzt ans Rednerpult, weil ich Ihnen Gelegenheit geben möchte, nachher auf meine Ausführungen zu antworten.

(Abg. Walter GRÜNE: Danke!)

Für die Verbraucherzentrale ist eine umfangreichere Unterstützung in Aussicht gestellt worden. Wir haben das im Angesicht der Haushaltsberatungen aber nicht einhalten können. Das ist nicht schön, vor allem nicht für den, der ein solches Versprechen nicht halten kann.

(Abg. Walter GRÜNE: Das Ministerium wusste es aber schon!)

Aber herzuehen und von Wahlbetrug, Vertrauensbruch und Glaubwürdigkeitsverlust zu reden, das zeigt, dass es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern darum, mir eins auszuwischen. Aber das ist Ihnen nicht gelungen, vor allem nicht mit Ihrer Rede, Herr Walter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Insofern hat es überhaupt keinen Wert, darauf einzugehen.

(Abg. Walter GRÜNE: Mir kommen die Tränen!)

Herr Kollege Hofer hat gerade eben das Richtige gesagt. Vergewärtigen wir uns einmal die Zahlen. Diese hellseherische Gabe hatte ich nicht, und Sie mit Sicherheit auch nicht, dass auf das Wirtschaftsministerium eine Sparleistung zukommt, für die von theoretisch disponibel zur Verfügung stehenden 92 Millionen Mark 72 Millionen DM gestrichen werden müssen – von 92 Millionen DM 72 Millionen DM. Das sind deutlich über 75 %. Da bleibt kein Stein

(Minister Dr. Döring)

auf dem anderen. Wenn Sie dann sagen, dass Sie an einer Stelle auf keinen Fall eine Kürzung vornehmen werden, dann ist schon das eine Leistung, und wenn Sie dann sogar noch etwas drauflegen, dann ist das noch einmal eine Leistung.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich meine, Sie hätten ruhig anerkennen können, dass das prima ist, dass wir überhaupt nicht kürzen, sondern noch eine Million drauflegen. Ich finde, das ist ein sehr vorzeigbares Ergebnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Sie reden von Wahlversprechen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was war es denn sonst?)

Lesen Sie einmal das, was Sie jeden Tag munter in die Landschaft hinein fordern. Nicht ein einziges dieser Wahlversprechen wird erfüllt. Sie wissen das auch. Trotzdem fordern Sie jeden Tag aufs Neue – ob das 1 600 Polizeistellen, 1 500 Lehrerstellen sind oder was weiß ich – munter drauflos, aber bei 1 Million DM zusätzlich machen Sie hier Theater. Das ist nicht einmal scheinheilig, sondern das ist unredlich, und das sollten Sie bleiben lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sollten sich ein paar weitere Zahlen anschauen. Das Wirtschaftsministerium hat – ich sage das, weil mir jemand vorgeworfen hat, da würde nicht gespart – von 1996 bis jetzt nahezu 30 % – 30 % in Mark und Pfennig im Haushalt – an Einsparleistungen erbracht. 30 %! Beim Personal waren es nochmals 10 %. Und angesichts solcher Einsparungen erhöhen wir bei der Verbraucherzentrale. Ich finde, das kann gewürdigt werden.

Aber schauen wir uns einmal die Gesamtausgaben des Bundes für den Verbraucherschutz an: 1993 war der Höchststand mit 64 Millionen DM. 1999 waren es noch 53 Millionen DM.

(Abg. Walter GRÜNE: Und wie viel sind es jetzt?)

Da staunen wir aber.

Und dann schauen wir uns eine weitere Zahl an: Finanzielle Mittel der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg von 1991 bis 2000. 1999 hatten wir vom Bund bei der Projektförderung noch 618 000 DM, jetzt haben wir 513 000 DM. Im Vergleich dazu haben wir im Land statt 3,4 Millionen 3,5 Millionen DM. Das heißt, wir brauchen im Zusammenhang mit der Bedeutung der Verbraucherzentrale von Ihnen keine Nachhilfe. Wir sorgen dafür, dass sie arbeitsfähig bleibt, aber wir erwarten von der Verbraucherzentrale nicht mehr und nicht weniger als das, was wir von uns auch erwarten, nämlich dass man bei Haushaltseinsparungen mitmacht, dass sich das in Mark und Pfennig und auch bei Personalstellen auswirkt. So, wie wir das im Wirtschaftsministerium machen, so, wie es die gesamte Landesregierung macht, so wird sich auch die Verbraucherzentrale auf geänderte Haushaltsrahmenbedingungen einstellen müssen.

Wir haben das 1997 mit deren Vertretern in einem sehr guten Gespräch hinkommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Dann gab es Veränderungen, und die Verbraucherzentrale hat sich selbstverständlich arbeitsfähig gehalten. Damals standen Sie auch hier und haben gesagt: Die würden die Verbraucherzentrale ab, nichts wird mehr funktionieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Stimmt überhaupt nicht!)

Wir sind mit Vertretern der Verbraucherzentrale zusammengesessen, und die Verbraucherzentrale hat sich durch Personaleinsparungen und Mittelreduzierungen ganz selbstverständlich arbeitsfähig gehalten, und sie wird auch in den nächsten Jahren arbeitsfähig bleiben.

Die Verbraucherzentrale hat eine wesentliche Bedeutung; das ist überhaupt keine Frage. Wir brauchen die Verbraucherzentrale in verschiedenen Bereichen, und wir haben deswegen die Mittel für verschiedene Aufgaben nicht nur nicht reduziert, sondern sogar aufgestockt. Wir werden das in den nächsten zwei Jahren fortsetzen, aber wir sagen auch in aller Deutlichkeit: Es kann natürlich nicht sein, dass man bei Einsparungen, die man fordern muss und die hier beschlossen werden, ausgerechnet bei der Verbraucherberatungsstelle in Kehl den Rotstift ansetzen will. Im Zusammenhang mit der Einführung des Euro halte ich diese Beratungsstelle in Kehl für ganz besonders wichtig. Deswegen wiederhole ich hier, was Kollege Hofer bereits gesagt hat: Die Mittel werden aufgestockt, natürlich unter der Bedingung, dass diese Beratungsstelle in Kehl erhalten bleibt. Das ist für uns überhaupt keine Frage. Diese Forderung muss ganz selbstverständlich erfüllt werden, und sie wird auch erfüllt werden.

Wir werden uns Ihre Haushaltsanträge in der nächsten Zeit anschauen, und dann werden wir sehen, wie es da weitergeht.

Sie haben Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel angeführt. Vielleicht ist dort schon noch ein etwas größerer Beratungsbedarf gegeben als bei uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das ist ein Beispiel von vielen!)

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist: Wenn Sie an Mecklenburg-Vorpommern herankommen wollten, müssten Sie in Baden-Württemberg 15 Millionen DM jährlich zur Verfügung stellen. Solche irrsinnigen Anträge haben bisher nicht einmal Sie gestellt. Wir würden sie auch nicht aufnehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr interessant, dass der Wirtschaftsminister irgendwelche Zahlen aus den Jahren 1998 und 1999 anbringt. Wir diskutieren doch nicht, was 1998 und 1999 war, sondern wir diskutieren über den Doppelhaushalt. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Walter)

Ich weiß auch nicht, wer die Rede für die Kollegin aus der CDU-Fraktion aufgeschrieben hat

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP –
Abg. Blenke CDU: Schäbig!)

oder woher sie ihre Informationen hat. Sie sind auf jeden Fall nicht aktuell. Renate Künast hat in dem ersten Haushalt, für den sie Verantwortung trägt, eine Erhöhung von 50 % durchgedrückt,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU meldet
sich zu einer Zwischenfrage.)

und das, meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der auch in Berlin, nachdem Sie den Karren in den Dreck gefahren haben, massiv gespart werden muss.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Walter GRÜNE: Wenn es der Wahrheitsfindung dient.

(Zurufe von der CDU: Immer!)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Walter, kennen Sie den Wortlaut der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte?

Abg. Walter GRÜNE: Ja, selbstverständlich. Das war eine ganz geistreiche Frage. Setzen Sie sich bitte. Ich muss jetzt weitermachen.

(Beifall bei den Grünen)

Solche geistreichen Zwischenfragen sind nun wirklich nicht – –

(Abg. Hauk CDU: Dann legen Sie Ihren Beitrag
nicht nur auf das Thema Verbraucherzentralen an!)

– Ich komme jetzt gerade dazu. Abwarten!

Herr Hofer, zunächst zu Ihnen: Ich glaube, Sie haben weder Kollegin Kipfer noch mir zugehört.

(Abg. Seimetz CDU: Lohnt sich auch nicht!)

Wir haben ganz explizit gesagt: Diese 500 000 DM reichen bei weitem nicht aus. Wenn jemand von seinem Ministerium schon Anfang März die reale Lage kennt, aber Mitte März, also kurz vor der Wahl, in einer Fernsehdiskussion noch sagen kann: „Wir machen das“

(Abg. Hofer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– jetzt gibt es keine Zwischenfragen mehr –, „es ist beschlossene Sache“, dann ist das einfach nicht seriös. Es ist unsere Aufgabe, dies hier aufzuzeigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt zum Verbraucherschutz auf allen Gebieten: Kurz vor der Landtagswahl gab es eine Untersuchung darüber, was

die Prüfsiegel und die Qualitätssiegel wert sind. Ihr HQZ wurde in diesem Test als „nicht empfehlenswert“ eingestuft, weil es die Verbraucher täuscht. So viel zu Ihrem vorsorgenden Verbraucherschutz.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie haben doch auch für den Stufenplan gestimmt!)

Deswegen wurde auch das HQZ nun massiv geändert.

(Abg. Kiefl CDU: Herr Kollege Walter, wo steht denn das?)

– Das kann ich Ihnen gerne bringen, Herr Kollege.

Jetzt verweisen Sie auf die BSE-Krise. Was wäre es für ein Staat, was wäre es für eine Landesregierung, die in dieser Situation, in dieser massiven Krise nicht Gelder zur Verfügung stellen würden? Das wäre ja skandalös. Es ist absurd, dies hier als Beispiel anzuführen.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist doch kein vorbeugender Verbraucherschutz. Das ist Handeln, weil Sie dazu beigetragen haben, den Karren in den Dreck zu fahren.

(Abg. Hauk CDU: Aber dann müssten Sie die Frage Frau Künast auch stellen!)

Meine Damen und Herren, Sie sagen nun, Sie hätten den Verbraucherschutz gebündelt, während Berlin das nicht getan habe. Was war denn zum Zeitpunkt der BSE-Krise? Was ist da passiert?

(Zuruf von der CDU: Frau Fischer ist zurückgetreten!)

Was war da im Ministerium? Es gab nicht einmal eine eigene Abteilung. Wir hatten gerade ein Referat, und erst danach haben Sie reagiert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Reden wir jetzt über die Verbraucherzentrale?)

Dann können Sie doch nicht so tun, als sei im Verbraucherschutz in Baden-Württemberg über Jahrzehnte hinweg alles in Ordnung gewesen. Das Gegenteil ist der Fall.

Deswegen empfehle ich Ihnen, einerseits die Verbraucherzentrale mit den Geldern auszustatten, die sie braucht,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Tun wir!)

und andererseits auch in Ihrem Ministerium dafür zu sorgen, dass die entsprechende Verbraucherschutzpolitik gemacht wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau! Das, was sie verlangen, bekommen sie! Sie verlangen ja gar nicht mehr!)

Jetzt noch einmal zu Ihnen, Herr Hofer: Sie werfen hier indirekt der Leitung der Verbraucherzentrale unseriöses Handeln vor.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Früher hat man sich besser miteinander unterhalten!)

(Walter)

Ich sage Ihnen nur eines: Die Verbraucherzentrale war die einzige Organisation, die Mitte der Neunzigerjahre die Bereitschaft zum Sparen erklärt hat. Sie war damals schon bereit, ihren Beitrag zum notwendigen Sparen zu leisten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Das muss man einmal positiv anerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dann wurden die Eigeneinnahmen verstärkt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Doch jetzt ist dieser Weg am Ende, sie ist am Ende der Fahnenstange. Mehr an Eigeneinnahmen ist nicht mehr zu erzielen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Deshalb kriegen sie auch mehr!)

Wenn die Verbraucherzentrale weiterhin all das anbieten soll, wenn sie modernisiert werden und den neuen Anforderungen gewachsen sein soll, reichen 500 000 DM pro Jahr nicht aus.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ihnen würde keine Summe ausreichen!)

Noch einmal, Herr Hofer: Versprochen waren pro Jahr 1,5 Millionen DM. Das heißt, von 3 Millionen DM ist noch eine Million übrig geblieben. Das kann weder mich noch die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land zufrieden stellen.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen: In Berlin erfolgt eine Erhöhung um 50 %. Deswegen hat der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Herr Rips, gesagt: „Endlich wird in Berlin eine gute Verbraucherpolitik gemacht, endlich haben wir Verbraucherzentralen jemanden, den wir ansprechen können.“

Ich sage Ihnen: Von einem solchen Lob ist die Landesregierung so weit entfernt wie einst Funke, und das war meilenweit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Das Gegenteil!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Liebe Frau Kollegin Brunner,

(Zurufe von der CDU: Brunnemer!)

ich nehme Ihnen das nicht übel, weil Sie neu in diesem Hause sind.

(Unruhe)

Aber Sie haben von Verbraucherschutzpolitik keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Es geht doch nicht darum, dass Verbraucherschutz von den hierfür zuständigen Ämtern betrieben werden muss; das ist selbstverständlich und wird auch in allen Bundesländern gemacht.

(Abg. Hauk CDU: Oh ja! Das kennen wir!)

Es geht darum, dass die Verbraucherzentrale nicht nur die Aufgabe hat, Ernährungsberatung zu treiben. Gesundheitlicher Verbraucherschutz ist nur ein Teilbereich. Die Verbraucherzentrale hat als Hauptaufgabe das Verhalten der Anbieter am Markt zu beurteilen, Verstöße gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen und gegen das Wettbewerbsrecht festzustellen,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

diese Verstöße öffentlich zu brandmarken, die Betriebe abzumahnern und, weil sie das Verbandsklagerecht hat, letztlich zu klagen. Auf diese Art und Weise ist auch Ihnen sehr viel Gutes geschehen, Frau Kollegin Brunner.

(Zurufe von der CDU: Brunnemer!)

– Wie bitte?

(Zurufe von der CDU: Brunnemer!)

– Wir lernen uns noch kennen; da bin ich sicher.

(Abg. Hillebrand CDU: Frau Kipf! – Abg. Fleischer CDU: Sie heißen doch auch nicht Frau Kipferle!)

– Mein Name wird häufig verballhornt. Das bin ich gewohnt, und das müssen Sie auch erleiden. Ich werde Ihren Namen aber noch lernen; sehen Sie mir das bitte nach.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich möchte daran erinnern, dass die Verbraucherzentrale das Wertstellungsurteil erstritten hat. Die Banken dürfen danach nicht mehr willkürlich bei Überweisungen von einem Konto auf das andere von sich aus entscheiden, wie lange sie mit dem Geld arbeiten können.

Die unbefristete Gültigkeit von Telefonkarten, die Sittenwidrigkeit vieler Kreditverträge oder die Erinnerung an die Verbraucher, dass die Banken bei der Euromstellung keine Gebühren verlangen dürfen, weil sie sich selbst dazu verpflichtet haben – all dies gehört zu den Aufgaben der Verbraucherzentrale. Deshalb brauchen wir sie, und deshalb muss sie auch stärker ausgestattet werden. Die fortschreitende Deregulierung des Marktes in allen möglichen Bereichen – Telefonmarkt, Banken und Sparkassen, Versicherungen, Krankenversicherungen, Strommarkt – führt zu mehr Beratungsbedarf.

Herr Hofer, es ist ja nicht so, dass die Verbraucherzentrale nicht permanent hätte um ihre Mittel kämpfen müssen. Sie und Herr Döring tun ja gerade so, als wäre es ein neues Ereignis, dass die Haushaltsmittel knapp sind.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Nach der großen Koalition – in deren Zeit waren die Mittel auf 4,1 Millionen DM erhöht worden; das können Sie nicht

(Birgit Kipfer)

bestreiten – war die erste Handlung der neuen Landesregierung von CDU und FDP/DVP im Jahr 1996, die Mittelkürzung von 4,1 auf 3 Millionen DM anzukündigen. Dagegen haben die sich massiv gewehrt. Sie wissen wie ich, dass man sich dann auf einen Stufenplan geeinigt hat. Keine Organisation kann es nämlich verkraften, wenn ihr ein Viertel der Mittel sofort gestrichen wird. Sie haben das der Verbraucherzentrale aber angedroht.

Dann wurde ein Stufenplan gemacht. Die Verbraucherzentrale hat sich unglaublich gut quasi an den eigenen Haaren aus dem Sumpf gezogen, sie hat Gebühren eingeführt, sie hat Beratungsstellen geschlossen, sie hat Telefonberatung eingeführt, eine Onlineberatung eingeführt, und sie hat mehr Mitglieder geworben – alles Maßnahmen, um Ihren Kürzungsabsichten entgegenzukommen.

Dabei hat sie sich gleichzeitig in eine Falle begeben. Diese Erwirtschaftung von Eigenmitteln kann man nämlich nur machen, wenn man ausreichend Personal hat; das weiß jede freie Organisation, die Eigenmittel erwirtschaften muss.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abgeordnete – –

Abg. Birgit Kipfer SPD: Wenn das Personal mit Anfragen der gleichen Art so belastet ist, dann kann die Verbraucherzentrale nicht auch noch Eigenmittel über Gebühren erwirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer – –

Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie muss also ausreichend Personal haben, . . .

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer – –

Abg. Birgit Kipfer SPD: . . . um diese Eigenmittel zu erwirtschaften.

(Heiterkeit – Abg. Fleischer CDU: Keine Chance!)

Verstehen Sie? Und wenn ihr dies fehlt, dann kommt das nicht mehr.

(Heiterkeit)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Kipfer, stimmen Sie mit mir darin überein, dass die Verbraucherzentrale unter dem Gesichtspunkt der Haushaltseinsparung gesagt hat: „Wir brauchen 500 000 DM“? Diese 500 000 DM

(Minister Dr. Döring: Bekommen sie!)

bekommt sie.

(Minister Dr. Döring: So ist es!)

Stimmen Sie mit mir darin überein?

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich war bei der Pressekonferenz anwesend. Auf die Frage, was sie denn mindestens bräuchte, um überhaupt überleben zu können, ohne weitere Beratungsstellen schließen zu müssen, wurde diese Antwort gegeben. Da haben Sie Recht.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Döring: Na also!)

Aber die Verbraucherzentrale hat sich auf das Wort des Ministers verlassen,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

der nämlich großspurig angekündigt hat. Und was soll jemand machen, der sich eigentlich auf diese Regierung verlassen will,

(Abg. Walter GRÜNE: Der ist verlassen!)

wenn hinterher davon überhaupt nicht die Rede ist, wenn sogar der Ministerialdirektor schon vorher hier ankündigt, dass der Minister wohl den Mund zu voll genommen hat?

(Abg. Hillebrand CDU: Was?)

Was sollen wir davon eigentlich halten?

(Abg. Hauk CDU: Geisterdebatte!)

Herr Döring, weil Sie so großen Wert auf Kehl legen: Sie können von einer Verbraucherzentrale nicht verlangen, Kehl weiterhin Mittel in Höhe von 130 000 DM zu überweisen, wenn sie die Mittel zuallererst selbst braucht. Ich erwarte, dass Sie sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass Kehl zu diesem europäischen Musterverbraucherzentrum entwickelt und als solches deklariert wird. Dann – das werden Sie sehen – wird die Europäische Union für die Mittel aufkommen. Sie wissen, dass Kehl mit einer Stadt in Schleswig-Holstein konkurriert; Sie könnten sich wirklich verdienstvoll für Kehl einsetzen. Ich mache es auch. Ich mache es auch, damit Kehl bei uns diesen besonderen Status als grenzüberschreitende Verbraucherberatungsstelle bekommt.

Noch einmal: Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie seit Jahren die Verbraucherzentrale an einem sehr kurzen Zügel führen,

(Abg. Hillebrand CDU: Lange Leine!)

und dies widerspricht dem Gewicht, das Sie dem Verbraucherschutz eigentlich zumessen sollten.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommt der beste Verbraucher aller Zeiten! – Heiterkeit)

Abg. Hauk CDU: Da fühle ich mich in guter Gemeinsamkeit mit Ihnen, Herr Kollege Salomon.

(Abg. Walter GRÜNE: Er wirkt so verbraucht heute!)

(Hauk)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute den Eindruck, Frau Kollegin Kipfer, dass Sie hier eigentlich eine Geisterdebatte führen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Sie bestätigen dem Kollegen Hofer auf seine Zwischenfrage, dass die Verbraucherzentrale im Grundsatz das erhält, was sie fordert,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das Mindeste! – Abg. Walter GRÜNE: Das stimmt doch so nicht!)

und problematisieren dennoch dieses Thema.

(Abg. Walter GRÜNE: Um gerade noch zu überleben! Aber es geht um mehr als um das Überleben! – Weitere Zurufe)

Da kann ich nur sagen: Thema und Zeitpunkt absolut verfehlt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Walter, Sie haben zu Recht das Thema „Stellenwert des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg“ zur Aktuellen Debatte erhoben, und jetzt kann ich nur zu einem Schluss kommen,

(Abg. Walter GRÜNE: Oh Jesses!)

wenn Sie sich in Ihren Beiträgen fast ausschließlich auf die Verbraucherzentrale kaprizieren: Entweder Sie verengen das Thema wirklich nur auf den allgemeinen Verbraucherschutz, oder aber ich muss feststellen: Nur dort sehen Sie Probleme, und in allen anderen Bereichen des Verbraucherschutzes ist das, was die Landesregierung tut, in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich gehe einfach einmal von der zweiten Aussage aus. Herr Kollege Walter, wer sich wie Sie hier hinstellt und dieses allgemeine Thema nur zur Thematisierung der Verbraucherzentrale nutzt, der bestätigt, was Regierungsfaktionen und Landesregierung im Verbraucherschutz leisten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist ja ein Witz! – Abg. Bebbler SPD: Auf so eine Idee ist außer Ihnen noch keiner gekommen! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist jetzt Satire!)

Ein Weiteres: Verbraucherschutz hat zunächst Kontrollen zu gewährleisten. Da werden Sie feststellen müssen, dass nirgendwo in Deutschland so umfassend kontrolliert wird wie in Baden-Württemberg. Frau Kollegin Brunner hat es vorhin ausgeführt. Das ist wichtig für die Gesamtbeurteilung.

(Abg. Walter GRÜNE: Ich glaube, Sie sind nicht so auf dem aktuellen Stand!)

Denn Verbraucherschutz erschöpft sich nicht nur in der allgemeinen Information der Verbraucher über alle relevanten Themen, sondern es muss auch dem Landtag und der Re-

gierung überlassen bleiben, dann, wenn die Setzung politischer Standpunkte ansteht, Schwerpunkte zu bilden. Im Zuge der BSE-Krise haben wir einen Schwerpunkt im Bereich der Lebensmittelinformation, der Lebensmittelaufklärung. Dort wird das Land auch in der nächsten Zukunft seinen Schwerpunkt bilden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann deshalb nur festhalten, dass Sie problematisiert haben, wo gar kein Problem ist.

(Abg. Bebbler SPD: Hauk steht im Wald und sieht nichts! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sind Sie ein Problem?)

– Das lassen wir einmal dahingestellt sein, Frau Kollegin Kipfer.

Herr Kollege Walter, unterm Strich sind Sie auf die Kernbereiche, nämlich Kontrolle und Prävention, nicht umfassend eingegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Da klatscht nicht mal mehr die CDU-Fraktion! – Gegenruf von der SPD: Das war auch traurig genug!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal speziell auf die Verbraucherzentrale zu sprechen kommen, möchte aber sagen, dass es ganz richtig ist, wenn darauf hingewiesen wird, dass sich Verbraucherberatung und Verbraucherschutz nicht im Thema Verbraucherzentrale erschöpfen. Hier geht es aber um die Finanzierung, und deshalb steht das im Vordergrund.

(Abg. Walter GRÜNE: Eben! So ist es!)

Es geht auch um die Schuldnerberatung, die die Kommunen leisten, die auch unterstützt werden. Auch das ist Verbraucherschutz und Verbraucherberatung.

(Abg. Walter GRÜNE: Wir können das nächste Mal auch über die Agrarpolitik diskutieren!)

Ich wurde vorhin darauf angesprochen, ob ich die Vorgehensweise, die wir unter dem früheren Geschäftsführer alle miteinander gewohnt waren, für besser hielte, und will ganz offen antworten. Dazu sage ich ganz eindeutig: Ja. Man hat sich, bevor öffentlich kritisiert wurde – auch das Recht muss jeder haben, öffentlich zu kritisieren –, zusammengesetzt. Diesen Stufenplan haben wir alle gemeinsam beschlossen. Sie, Frau Kipfer, haben sogar aktiv daran mitgewirkt, dass es dazu kam. Auch die Grünen haben mitgestimmt. Im Wirtschaftsausschuss wurde das interfraktionell, über alle Fraktionen hinweg, gemeinsam so beschlossen. Dann können wir uns jetzt nicht einfach davon verabschieden.

Eines ist eigentlich ganz deutlich geworden: Die Verbraucherzentrale bekommt das, was sie als notwendig erachtet.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Um zu überleben!)

Das bekommt sie. Wünschenswert ist immer mehr, das wissen wir. Sie aber sagen, der Minister habe früher einmal angekündigt – –

(Hofer)

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht angekündigt, er hat gesagt, das sei beschlossen!)

– Selbst wenn er das getan haben sollte, wäre das doch kein Grund, der Verbraucherzentrale mehr zu geben, als jetzt notwendig ist.

Ich muss Ihnen sagen: Damit wird die Verbraucherzentrale gegenüber vielen anderen Institutionen – mit Recht – mit Priorität behandelt, denn die meisten anderen müssen Abstriche machen. Wenn wir gesagt haben: „Hier machen wir keine Abstriche, sondern setzen etwas dazu“, dann mag man sich zwar über die Höhe streiten, aber niemand kann doch darüber streiten, dass wir den Verbraucherschutz mit Priorität belegen. Sonst hätten wir das doch nicht gemacht. Ich glaube, das ist sehr deutlich geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Kollege Hofer, wenn ein Minister vor die Öffentlichkeit tritt und sagt, es sei beschlossene Sache, die Mittel zu erhöhen, und vorher von 1,5 Millionen DM gesprochen hat,

(Abg. Walter GRÜNE: Pro Jahr!)

und zwar pro Jahr ab 2001, muss man sich dann nicht darauf verlassen können? Denn man sollte doch denken, dass der Minister über die finanziellen Verhältnisse der Verbraucherzentrale im Bilde ist, oder nicht?

Abg. Hofer FDP/DVP: Zunächst einmal ist der Minister – wie wir zuvor gesehen haben – durchaus in der Lage, sich selbst zu wehren; er braucht nicht mich als einen, der ihm sekundiert.

(Zuruf von der SPD: Wer weiß!)

Aber ich sage Ihnen jetzt auch einmal ganz offen: Ich habe im Vorfeld, als die BSE-Krise ihren Höhepunkt hatte, ein Gespräch – damals noch mit dem Geschäftsführer – geführt und habe auch mehr Zuschüsse angekündigt – ich auch –, indem ich gesagt habe, es wäre gut, wenn wir den Verbraucherschutz dort mit einbinden könnten. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass wir neue Qualitätszeichen brauchen, habe ich gesagt: Da sollten wir doch den Verbraucherschutz als neutrale Organisation einsetzen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das war aber nicht im Fernsehen!)

Das hat sich aber zerschlagen.

Für mich ist in dieser Haushaltssituation, wo bei 90 % Abstriche zu machen sind, entscheidend, dass wir dem Verbraucherschutz das geben, was er braucht, keine Mark mehr und keine Mark weniger.

(Abg. Walter GRÜNE: Die Stellen bleiben weiter unbesetzt!)

Das kann doch gar nicht anders sein. Das wird auch nicht die letzte Diskussion über den Verbraucherschutz sein. Der Verbraucherschutz ist nichts Statisches. Ich bin fest davon überzeugt, das Thema „Verbraucherschutz und seine Finanzierung“ wird uns auch in den kommenden Jahren begleiten.

Ich möchte nur sagen: Die Diskussion wäre hier völlig anders gelaufen, wenn es bei der Beantwortung Ihrer Anfrage geblieben wäre. Denn in der Beantwortung Ihrer Anfrage, die wir alle auf dem Tisch haben, steht: Es gibt keine Mark mehr. Auf diese Beantwortung haben Sie Ihre Diskussion gestützt. Jetzt kommen Sie in der Diskussion ein bisschen ins Schwimmen, weil es – fast unangenehmerweise – doch mehr gibt. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das ist ja unerträglich!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, zur Aktuelle-Debatte liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Die Behandlung unseres Antrags!)

– Richtig. Wir müssen noch über den Antrag der Fraktion der SPD abstimmen bzw. uns Gedanken machen, wie er erledigt werden soll.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir bitten darum, ihn, weil er einen Beschlussteil hat, an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen!)

– Sie beantragen, ihn an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Abschnitt I ist wohl durch die Aussprache erledigt. Im Übrigen wollen Sie eine weitere Aussprache im Wirtschaftsausschuss führen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es geht um die finanzielle Situation der Verbraucherzentrale! Das konnten wir jetzt nicht ausdiskutieren!)

Erhebt sich gegen die Überweisung des gesamten Antrags an den Wirtschaftsausschuss Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/239, ist an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG – Drucksache 13/55

Dazu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/373, vor, den ich am Schluss zur Abstimmung stellen werde.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Antrags und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Interregioverbindungen sind ein bewährtes Zwischenglied zwischen ICE/IC-Fernverkehr und den Nahverkehrsverbindungen. Sie sind allerdings eindeutig noch dem Fernverkehr zuzuordnen, weil sie neben Innerlandesverbindungen wie zum Beispiel der Süd- und der Schwarzwaldbahn auch länderverbindende Relationen beinhalten, zum Beispiel Stuttgart – Saarbrücken, Stuttgart – Nürnberg oder sogar Stuttgart über Würzburg nach Erfurt.

In unserem Antrag geht es uns um eine schlüssige Personenverkehrskonzeption im Land, damit Bahnfahren in Baden-Württemberg eine gute Zukunft hat.

Kurz nachdem wir unseren heute zur Debatte stehenden Antrag eingereicht hatten, fand hier im Haus eine von der CDU-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte statt, in der es ebenfalls um die Gefährdung des Interregioverkehrs in Baden-Württemberg durch die restriktive Haltung der Bundesregierung und die Streichungen der Deutschen Bahn AG ging. Schon damals hat die FDP/DVP die Position vertreten, dass das Land rechtzeitig Sorge dafür tragen muss, dass Interregioverbindungen auch künftig bestehen, ja vermutlich sogar eher aufgewertet und ausgebaut werden müssen, wenn wir das Ziel „Mehr Verkehr auf die Schiene“ erreichen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Erfreulicherweise hat sich inzwischen einiges bewegt, und auch das baden-württembergische Verkehrsministerium hat im Gegensatz zur damaligen Aussprache deutlich gemacht, dass es bereit ist, diesen Verkehr gegebenenfalls selbst zu organisieren und zu bestellen. Herr Staatssekretär Mappus ging sogar so weit, dass er ankündigte, nötigenfalls beim Bund das dafür erforderliche Geld einzuklagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Nun war das Thema Anfang Oktober auf der Tagesordnung der Länderverkehrsministerkonferenz, die mit großer Mehrheit einen ebenfalls in diese Richtung weisenden Beschluss gefasst hat. Wir legen Ihnen deshalb heute gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Antrag vor, der übrigens genau ein Jahr – es war tatsächlich genau am 25. Oktober 2000 – nach dem seinerzeit einstimmig gefassten Beschluss jetzt einen weiteren Weg in Richtung Sicherung der qualitativen Weiterentwicklung und des Wettbewerbs bei den überörtlichen Bahnverbindungen weist.

Es geht darum, dass der Landtag die Forderung der Länderverkehrsminister unterstreicht und unterstützt, dass der Bund entweder seine nach Artikel 87 e des Grundgesetzes bestehende Verpflichtung zur Gewährleistung des Schienenpersonenfernverkehrs erfüllt oder aber, wenn er dazu nicht willens oder nicht in der Lage ist, die Länder rechtlich und finanziell in die Lage versetzt, die bisherigen Interregioverkehre in eigener Zuständigkeit zu bestellen. Dazu brauchen wir aber vom Bund eine gesetzliche Regelung, die dem Land die Zuständigkeit für den Betrieb von Interregiozügen überträgt, sowie natürlich einen entsprechenden finanziellen Ausgleich.

Wenn der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP angenommen wird, fordert der Landtag den Bund auf, für einen diskriminierungsfreien und fairen Netzzugang für alle zugelassenen Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie für unternehmens- und wettbewerbsneutrale Regelungen bei den Eisenbahntarifen zu sorgen, damit der Faktor Wettbewerb im deutschen Bahnverkehr wieder einmal ein gewaltiges Stück weiterkommt. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am 18. Juli hat die CDU-Landtagsfraktion in der Aktuellen Debatte die Position der Landesregierung, wie sie in der Stellungnahme zum Antrag der FDP/DVP-Fraktion zum Ausdruck kommt, geteilt. Der Interregioverkehr auf den bisherigen Strecken soll und kann erst dann ausgeschrieben werden, wenn er als Fernverkehr auf die Länder übertragen und das Geld dazu den Ländern zur Verfügung gestellt wird. Das haben nicht alle verstanden. Es wurde kritisiert, und es wurden andere Vorschläge gemacht, sowohl in dieser Debatte als auch bei anderen Diskussionen und bei Auftritten an den Strecken.

Es gibt jetzt diesen schon erwähnten einstimmigen Beschluss der Länderverkehrsministerkonferenz. Darin ist festgehalten, dass es erstens für die Länder die Zuständigkeit und Geld für Interregioverkehre geben soll und dass zweitens die Regionalisierungsmittel ab 2002 weiter dynamisiert werden sollen, einschließlich der Mittel für die Interregioverkehre. Das kann sich sehen lassen. Wir hätten aber keine Aussicht, diese Forderung umzusetzen, wenn wir der Forderung gefolgt wären, den Interregioverkehr sofort auszuschreiben und danach beim Bund um Geld für diese Maßnahme zu bitten.

Jetzt muss es weitergehen. Deshalb müssen wir diese Forderung der Länderverkehrsminister unterstützen.

In einer Erklärung des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium heißt es, dass keine Einigung zwischen Bund und Ländern erzielt sei. Damit geht es darum, dass es jetzt zu einer Einigung über diese Forderung, die die Länderverkehrsminister einstimmig erhoben haben, kommt, dann ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet und dieses Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen wird.

Meine Damen und Herren, der Bund ist am Zug. Und wir alle sollten dieses Ergebnis, über das bei den Länderverkehrsministern Einigkeit bestand, jetzt auch wieder auf dem Boden der Einmütigkeit des Beschlusses im Landtag vom Oktober vergangenen Jahres unterstützen. Wir sollten davon ausgehen, dass der Interregio Fernverkehr ist. Wir brauchen den Interregioverkehr. Wir brauchen ihn für den Integralen Taktfahrplan, für den Einstundentakt. Wir brauchen diesen Verkehr auf den verschiedenen Strecken, nicht in abgespeckter Form, sondern in dem Bestand wie vor dem Fahrplanwechsel 2001. Wenn der Bund das nicht kann, dann soll er den Ländern die Zuständigkeit und das Geld dafür geben. Das ist der Inhalt dessen, wofür wir in

(Schebesta)

unserem gemeinsamen Entschließungsantrag der Regierungsfractionen um Unterstützung bitten. Wir wollen die Einmütigkeit vom Oktober vergangenen Jahres auch für die Forderung nach mehr Mitteln für die Länder bei der Verkehrsbestellung und damit die Möglichkeit und Zuständigkeit für die Interregioverkehre. Das wollen wir unterstützen und bitten um Zustimmung dafür. Das ist genau die Position, die wir jetzt brauchen, um den Bund in das Boot dieser Beschlüsse der Länderverkehrsminister zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Plenum liegen zwei Anträge vor, darunter ein Antrag, der soeben kurzfristig eingegangen ist. Ich weiß noch nicht, ob er in dieser Form auch tatsächlich abstimmungsfähig ist.

(Abg. Hauk CDU: Wir modifizieren das etwas!)

Er wird wohl überarbeitet, sodass die Zustimmung auch von unserer Seite möglich ist.

Ich möchte aber doch noch auf den Antrag Drucksache 13/55 zurückkommen, in dem die Frage aufgeworfen wird, wie das Land auf die angedrohte Streichung von Interregioverbindungen reagieren soll. Diese Frage hat auch unserer Meinung nach durchaus ihre Berechtigung. Denn offensichtlich waren die Ziele, die Optionen und auch die Prioritäten der Landesregierung in dem angefragten Bereich auch nach Meinung der Antragsteller noch nicht ausreichend erkennbar, sodass in der Tat Erklärungsbedarf durch die Landesregierung besteht.

Mit der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung kann man allerdings nicht zufrieden sein. Abgesehen davon, dass in der Drucksache die Fragen zum Teil wesentlich umfangreicher und präziser sind als die Antworten, bleiben die verkehrskonzeptionellen Ansätze und die damit verbundenen Optionen und Prioritäten der Landesregierung undeutlich und sind, soweit dargestellt, noch nicht schlüssig genug. Ich will daher auf drei mir besonders wichtige Punkte eingehen.

Punkt 1: Es ist nur schwer nachvollziehbar, weshalb sich die Landesregierung bislang geweigert hat, eine eigene Zukunftskonzeption für ein integriertes Verkehrskonzept für den Nah- und Fernverkehr vorzulegen. Stattdessen will man abwarten – so wird es in der vorliegenden Stellungnahme zu dem Antrag begründet –, bis die Deutsche Bahn ein bis Mitte des Jahres zugesagtes und damit längst überfälliges Konzept für Baden-Württemberg für die Jahre 2003 ff. vorlegt. Meine Damen und Herren, bei diesem Thema ist es falsch, passiv abzuwarten und damit bei der Bahn den Eindruck zu erwecken, man könne mit uns machen, was man will.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Immerhin ist das Land einer der besten Kunden der Bahn, und man sollte diese Marktposition auch entsprechend nutzen.

Zweitens: Zur Sicherstellung des notwendigen Fernverkehrsangebots verweist die Landesregierung in der vorliegenden Drucksache auf Artikel 87 e des Grundgesetzes, auf die – Sie haben das zitiert – damit verbundenen Zuständigkeiten, auf die gemeinsam mit dem Land Bayern gestartete Bundesratsinitiative und dann noch auf eine angedrohte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Dazu möchte ich Folgendes anmerken:

Zunächst ist nach dem Grundgesetz der Bund für den Personenfernverkehr zuständig. Nahverkehrsleistungen sind seit der Bahnreform Sache des Landes. Aber der Bund, obwohl er für den Fernverkehr zuständig ist, ist nicht in der Lage – und er soll es auch nicht –, in das operative Geschäft der Bahn einzugreifen, und er soll auch nicht Unternehmensentscheidungen der Bahn AG treffen. Das war politisch gewollt, um den Fernverkehr wirtschaftlich zu betreiben. Es besteht daher, meine Damen und Herren, auch wenn dies gelegentlich anders formuliert wird, weder ein Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen, noch kann die Bahn AG einfach aufgefordert werden, bestimmte Züge fahren zu lassen, wenn deren Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das war seinerzeit politisch gewollt. Das waren, Herr Scheuermann, die wesentlichen Ziele der Bahnreform, wenn ich mich richtig erinnere, seinerzeit von der – –

(Abg. Scheuermann CDU: Artikel 87 e des Grundgesetzes ist ein Papiertiger!)

– Darauf komme ich gleich noch. – In dieser allgemeinen Form enthält das Grundgesetz in der Regel Zielsetzungen. Aber aus diesen lässt sich nicht automatisch das ableiten, was Sie hier gelegentlich gefordert haben.

Wenn Sie jetzt entsprechende unpräzise Vorgaben monieren, sage ich, das sind Dinge, die man seinerzeit bei der Bahnreform verschludert hat und die jetzt Nachbesserungen erfordern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch gerne auf die Bundesratsinitiative der Länder Bayern und Baden-Württemberg – ich glaube, das Saarland hat sich auch angeschlossen – verweisen und darf Sie daran erinnern, dass diese Bundesratsinitiative im Deutschen Bundestag pikanterweise nur bei der PDS auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist.

(Abg. Scheuermann CDU: Guck einmal an!)

Bei der FDP, Ihrem Koalitionspartner hier im Land, fand das keine Unterstützung. Ich kann mir auch denken, warum die PDS diesen Antrag wörtlich abgeschrieben und im Bundestag eingebracht hat. Denn mit Ihren Vorgaben „Eingriff in das operative Geschäft, Vorschreiben bestimmter Kilometerleistungen der Bahn“, quasi Staatseingriffen in ein Unternehmen, ist die PDS sicher bestens vertraut gewesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im zuständigen Ausschuss des Bundestags fand dieses Anliegen allerdings wenig Resonanz. Insbesondere seitens der

(Kaufmann)

FDP wurde festgestellt, dass die Vorlagen der CDU/CSU und der PDS ein Rückschritt in die Zeiten vor der Bahnreform darstellen, in denen sich der Staat in den Betrieb der Bahn eingemischt hat.

Ich zitiere aus dem Bericht über die Ausschusssitzung – FDP-Originalton –:

Stimme man den . . . Vorlagen zu, so signalisiere man der Bahn, dass der Staat zur Alimentation von bahneigenen Aufgaben bereit sei. Dann werde nicht mehr nur die Infrastruktur subventioniert, sondern auch der Betrieb. Dies wolle man nicht. Der DB AG fehle in einigen Bereichen der Zwang des Wettbewerbs. Sie lege erst dann eigene Konzepte vor, wenn Wettbewerber sich interessiert zeigen.

Mehr wäre hierzu auch aus unserer Sicht nicht hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

Ich komme nun noch zu der angedrohten Verfassungsklage, weil auch in dem jetzt vorliegenden Antrag der CDU auf diesen Tatbestand noch einmal hingewiesen wird, nämlich auf die Frage der Zuständigkeiten und darauf, ob, wie Herr Scheuermann vorhin gesagt hat, der Artikel 68 des Grundgesetzes ein Papiertiger sei.

(Abg. Scheuermann CDU: Artikel 87 e!)

– Artikel 87 e, Entschuldigung.

Unabhängig von der Zeitschiene und dem Zeitbedarf, den wir haben, löst eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die Probleme nicht. Die Bundesregierung erfüllt ihren grundgesetzlichen Auftrag, indem sie zum Netz- und Betriebserhalt hohe Investitionsmittel zur Verfügung stellt. Das im Grundgesetz angeführte Verkehrsbedürfnis erhält durch diese Erwähnung allerdings, Herr Scheuermann, keinen automatischen Vorrang, denn die Ausrichtung am Gemeinwohl lässt auch die Berücksichtigung anderer Belange, nämlich die Berücksichtigung eines Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes, zu. Insofern ist Artikel 87 e des Grundgesetzes auch dadurch erfüllt, dass die Bedingungen für einen funktionierenden Schienenverkehr durch ausreichende Investitionsmittel für die Schieneninfrastruktur und die Voraussetzungen für den Zugang anderer Wettbewerber zum Netz geschaffen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kaufmann, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Kaufmann SPD: Ich fasse zusammen.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war nicht die Frage! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wir unterstützen die Landesregierung selbstverständlich bei ihren Verhandlungen mit dem Bund

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Zuruf: Bravo!)

über einen höheren Anteil an den Regionalisierungsmitteln, um den Interregioverkehr im bisherigen Umfang zu ermög-

lichen und weiterzuentwickeln. Insoweit haben die Ergebnisse der Dresdner Konferenz positive Aspekte gebracht. Das wird von uns unterstützt. Hier gibt es ein natürliches Konkurrenzverhältnis zwischen Land und Bund. Aber hier stehen wir auf der Seite des Landes.

Wir kritisieren aber den Zeitverzug bei der notwendigen Vorbereitung zur Berücksichtigung neuer Angebote beim Fahrplanwechsel Ende 2002. Schon jetzt muss diese Zeitspanne als äußerst kritisch angesehen werden. Um nicht wiederum ohne Alternativen dazustehen und dann auf Angebote der DB AG zurückgreifen zu müssen, sind eine schnelle Klärung der möglichen Angebotskonzepte und eine anschließende Angebotseinholung notwendig.

Ich verstehe ja, dass man nicht ausschreiben wollte. Das kann ich vielleicht noch nachvollziehen. Aber dass man keine Verhandlungen und keine Gespräche geführt und keine entsprechenden Angebote unter Vorbehalt eingeholt hat, das ist meines Erachtens nicht nachvollziehbar.

Wir plädieren für Wettbewerb auf der Schiene. Wir sind sicher, dass wir durch die Belebung der Konkurrenz auch zu besseren und kostengünstigeren Ergebnissen für unser Land kommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Herr Kollege Kaufmann, Sie haben es geschafft, die festgelegte Redezeit um exakt 100 % zu überschreiten.

(Heiterkeit – Abg. Kaufmann SPD: Ich gelobe Besserung, Herr Präsident! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Seimetz CDU: Der übertrifft ihn jetzt noch!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer!

(Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Bitte melden, wer!)

Ich stelle fest: Die Zwischenfrage von Herrn Hauk wäre bei den Rednern der Regierungsfractionen angebracht gewesen. Von ihnen wurde gar nicht zu dem Antragsthema, sondern zu einem Entschließungsantrag der CDU und der FDP/DVP geredet, der heute Morgen auf unserem Tisch gelandet ist. Das war ein völlig anderes Thema.

(Abg. Schebesta CDU: Ich habe den Antrag zitiert!)

Diese Berichterstattung hier war so peinlich, dass Sie offenbar gar nicht mehr darauf eingehen wollten.

(Abg. Schebesta CDU: Ich habe die Stellungnahme zitiert!)

Das Thema war eigentlich ein ganz anderes. Das Thema ist doch: Oberschwaben sieht rot. Rot ist nämlich die Farbe

(Boris Palmer)

des Nahverkehrs. Die Farbe Blau des Fernverkehrs ist verschwunden. Südlich der Linie Stuttgart – Ulm finden Sie praktisch keinen Fernverkehrszug mehr. Von früher acht ist einer übrig geblieben. Statt acht Direktverbindungen von Friedrichshafen nach Stuttgart sind nur noch drei vorhanden. Wenn man dort unterwegs ist – Sie haben offenbar die Zeitungen gelesen –, dann kommen sogar die schwarzen Oberbürgermeister und machen mit den Grünen gemeinsame Sache, weil sie sagen: „Es ist ein Unding, dass man nicht einmal mehr Züge reservieren kann. Wenn nächstes Jahr das neue Tarifsysteem kommt, bekommen wir für unsere Strecke keine Frühbucherrabatte mehr.“ Dasselbe droht ihnen auf der Schwarzwaldbahn.

Sie müssen sich schon einmal fragen, ob Sie in der Vergangenheit etwas falsch gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen)

Die Antwort liegt auf dem Tisch. Sie haben locker-flockig 30 Millionen DM in ein Angebot versenkt, das schlechter ist als vorher – mehr Geld für weniger Leistung – und das am 1. Januar 2003 weg ist. Dann steht möglicherweise gar nichts mehr auf dem Gleis. Diese völlig ungewisse Zukunft haben Sie mit Ihren Rangierfahrten von einem Abstellgleis zum nächsten mit verantwortet – nur ja nichts anfangen, überall in Baden-Württemberg Spitze sein. Beim Straßenbau sind Sie mutig. Wenn es einmal darum geht, ein paar Mark in die Hand zu nehmen, um Bahnverkehr zu bestellen, weisen Sie immer mit allen fünf Fingern auf den Bund. Das ist Ihre Schienenverkehrspolitik.

(Beifall bei den Grünen)

Sehen Sie sich einmal an, welche logischen und rechtlich konsistenten Argumentationen in der „wunderbaren“ Stellungnahme des Ministeriums zu dem Antrag enthalten sind. Da heißt es unter Ziffer 2 Buchst. b:

Eine Ausschreibung entfallender Interregioverkehre durch die Landesregierung ist deshalb aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Unter Ziffer 2 Buchst. c der Stellungnahme – das ist der direkt anschließende Absatz – lese ich aber: Das Land wäre allerdings bereit, wenn der Bund das Geld zur Verfügung stellt, trotzdem auszuschreiben. Übersetzt heißt das: Das Land ist zu Rechtsbruch bereit, wenn der Bund dafür bezahlt.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Sie sollten einmal die zuständige Abteilung, die einen solchen Unfug zusammenschreibt, ausmisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Überprüfen Sie einmal Ihre Argumentation. Vor drei Monaten lautete sie: „Wir können nicht ausschreiben, weil es erstens keinen Anbieter gibt, zweitens das Grundgesetz dagegen steht und uns drittens das Regionalisierungsgesetz verbietet, das Geld für solche Zwecke auszugeben.“ Das ist alles von A bis Z – von eins bis drei – Unfug. Es gibt erwiesenermaßen Angebote von Konkurrenzunternehmen, die Sie aber nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Abg. Scheuermann CDU: Fernverkehr!)

Natürlich dürfen Sie auch dann, wenn der Bund im Allgemeinen die Verantwortung für ein bestimmtes Thema hat, sagen: Wir machen das. Dann wird Sie der Bund nicht daran hindern. Sie sind nicht gehindert, höchstens durch Ihre eigene Politik.

(Abg. Scheuermann CDU: Ist das dann Fernverkehr?)

Was für ein Verkehr ist es auf der Strecke?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Frage ist doch, welche Halte bedient werden und wohin der Zug fährt.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch kein Angebot!)

Ob Sie das Fern- oder Nahverkehr nennen, Herr Scheuermann, ist ziemlich gleichgültig.

(Abg. Scheuermann CDU: Lesen Sie bitte einmal Ihren ersten Satz, den Sie hier gesagt haben!)

Die Bezeichnung ist egal, das Angebot muss stimmen.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie widersprechen sich doch! Sie widersprechen sich! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Denken Sie an Ihre Gesundheit!)

Sie könnten ein Angebot in Fernverkehrsqualität bereitstellen, wenn Sie nur wollten. Daran haben Sie aber kein Interesse. Stattdessen machen Sie, Herr Scheuermann, Fundamentalopposition.

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Scheuermann CDU)

Sie drohen mit dem Bundesverfassungsgericht und glauben, dass es der Bahn irgendetwas nütze, wenn man in Karlsruhe ein paar Jahre lang eine Warteschleife drehe.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie versprechen alles und merken nicht, wie Sie sich widersprechen!)

Das ist wirklich der allergrößte Blödsinn, Herr Scheuermann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihre Bundesratsinitiative hat die PDS jetzt lächerlich gemacht bis dort hinaus – noch schlimmer, als Sie, Herr Kaufmann, es zitiert haben. Am 18. Oktober – vor einer Woche – kam es im Deutschen Bundestag zur Abstimmung. Ich habe das Protokoll dabei und könnte Ihnen zitieren, was dabei herauskam: Das Haus lehnte gegen die Stimmen der PDS – nur die hat anders abgestimmt – Ihre eigene Bundesratsinitiative – die des Landes Baden-Württemberg –, wortwörtlich übernommen, ab.

(Lachen bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Unruhe – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Qualität haben Ihre Bundesratsinitiativen – Planwirtschaft Marke PDS. Schade, dass Herr Oettinger nicht mehr

(Boris Palmer)

hier sitzt. Er sollte einmal erfahren, was für eine Politik Sie eigentlich betreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Leiser! Lautstärke ersetzt nicht die Qualität!)

Erinnern Sie sich daran, wie er gestern wieder die PDS als Schreckgespenst aufgebaut hat, und die Einzige, die Ihre Initiativen unterstützt, ist die PDS. Sie machen gemeinsame Sache mit der PDS, aber das merken Sie schon gar nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kommen wir jetzt einmal auf die wahren Gründe, warum Sie nicht ausschreiben wollen, obwohl gegen die Ausschreibung überhaupt kein Argument greift. Die wahren Gründe sind doch – –

(Glocke des Präsidenten – Abg. Seimetz CDU: Wer schreit, hat Unrecht!)

– Wer so laut schreit, muss überschrien werden. Wenn Sie leise sind, bin ich auch leiser; das ist ganz einfach.

(Unruhe und vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Achtung, der Scheuermann hat Bluthochdruck! – Weitere Zu- und Gegenrufe)

Sie nennen keinen Grund, warum Sie nicht ausschreiben. Sie haben sich gegenüber der Bahn verpflichtet, über zehn Jahre 50 Millionen Kilometer zu bestellen und etwas draufzulegen. Deswegen können Sie denen nichts wegnehmen. Das ist der einzige Grund für Ihr ganzes Verhalten.

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt kriegen wir Geld!)

Ich habe ja auch eine Vision. – Ich werde die Redezeit nicht doppelt überziehen, Herr Präsident. – Ich habe eine Vision: Mit der Ausschreibung verbinden wir Grüne ja ein Ziel; sie ist für uns nicht Mittel zum Zweck, sondern wir verbinden damit ein Ziel. Ich kann mir vorstellen, dass durch den Schwarzwald einmal wie in der Schweiz Panoramawagen fahren und die Fahrgäste hinausschauen können,

(Abg. Fleischer CDU: Leise, Junge! – Zuruf von der CDU: Jetzt kommt das gemeinsame Ziel!)

dass sie bei der Fahrt Service genießen, dass sie Kaffee am Tisch serviert bekommen, dass sie das Fahrrad nicht irgendwie reinschieben müssen, sondern dass sie Hilfe bei seiner Unterbringung haben. Das alles kriegen wir aber nur, wenn Sie endlich bereit sind, zu überprüfen, welche Angebote eigentlich auf dem Markt sind.

(Beifall bei den Grünen)

Sie müssen ausschreiben; sonst kommt so etwas nie.

Unser Ziel ist der bessere Bahnverkehr, und wir haben dafür auch den besseren Weg vorgeschlagen. Ihr Antrag richtet aber wieder ausschließlich Forderungen an den Bund – immer nur auf die andere Seite zeigen und die eigenen Aufgaben nicht erkennen. Der Bund soll dieses und jenes tun.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle – da haben Sie sogar weitgehend Recht –: Wir sind auch der Meinung, dass der Bund möglichst viel Geld für den Nahverkehr zur Verfügung stellen soll.

(Abg. Scheuermann CDU: Also! – Beifall des Abg. Schebesta CDU)

– Danke, Herr Schebesta.

Wir sind uns bereits einig – der Bund und die Länder. Das Geld für den Interregioverkehr steht zur Verfügung – 200 Millionen DM. Es geht nur noch um die Frage, wie viel Geld es für den Rest gibt, für den eigentlichen Nahverkehr. Nur darum wird gestritten, und in diesem Punkt unterstützen wir Sie.

Da das Geld aber zur Verfügung steht, ist jetzt die logische Konsequenz Ihrer eigenen Argumentation, da Sie Ihre Verhandlungsposition nicht schwächen wollten, sofort auszuschreiben. Es gibt nichts mehr zu verhandeln; die Verhandlungen zu diesem Punkt sind zu Ende. Sie müssen jetzt ausschreiben, weil Sie sonst den Verkehr bis Anfang 2003 nicht auf die Schiene bringen. Das ist das eigentliche Problem. Deswegen fordern wir die sofortige Ausschreibung. Und wir fordern auch von Ihnen, dass Sie so ehrlich sind, eingestehen, dass Sie dem Bund einen Vorwand geliefert haben, die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr zu kürzen, indem Sie bis zu 150 Millionen DM pro Jahr für andere Zwecke, zum Beispiel für die Sanierung des Landeshaushalts, abgezweigt haben.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Die finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion weiß, dass das stimmt.

Wir bringen deswegen in Ergänzung einen Antrag ein, der die Landesregierung für die Zukunft verpflichtet, mit diesem unseriösen Ausgabeverhalten Schluss zu machen. Dann hätten wir nämlich dreierlei erreicht: Erstens hätten wir etwas viel Besseres als den alten Interregio auf der Strecke, zweitens würde uns der Bund mehr Geld für den Schienenverkehr zur Verfügung stellen, und drittens würden Sie es sogar für den Schienenverkehr ausgeben. Stimmen Sie also unserem Ergänzungsantrag zu. Wir werden Ihren Antrag dann auch gerne mittragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin vorhin bewusst etwas auf die Chronologie eingegangen, weil dadurch eigentlich auch Ihnen, Herr Palmer, hätte deutlich werden müssen, dass wir einen größeren Teil unseres Antrags in der damaligen Aktuellen Debatte schon vorberaten haben und dass zum Zweiten ein Teil der Antwort durch die Realität inzwischen bereits überholt ist.

Herr Kollege Kaufmann, Artikel 87 e des Grundgesetzes ist unbestritten, und dass der Interregio Fernverkehr ist, ist auch unbestritten. Das Thema ist, dass die Bahn vom Bund Geld bekommt und dass sie es nicht für den Interregio ver-

(Heiderose Berroth)

wendet. Wir sagen: Wenn die Bahn das Geld nicht dafür verwendet, soll der Bund das Geld bitte uns zur Verfügung stellen, weil wir wissen, was wir richtig damit machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vielleicht erinnern Sie sich an den Parlamentarischen Abend. Da hat Herr Schnell ganz locker-flockig gesagt, es könne jeder schon jetzt einsteigen, und hat sich darüber amüsiert, dass Bewerber sogar Unterstützung für Wagenmaterial und Ähnliches verlangen.

(Abg. Fleischer CDU: So war es!)

Es könne jeder zu den Bedingungen einsteigen, wie sie die DB auch habe. Da habe ich eine ganz konkrete Frage an Herrn Schnell:

(Abg. Göschel SPD: Der ist aber nicht im Landtag!)

Zu welchen Bedingungen macht es die DB denn? Sie hat ihre Wagen doch auch nicht selbst gekauft. Sie bekommt doch Unterstützung vom Bund. Dazu will ich endlich einmal konkrete Zahlen haben. Erst dann, Herr Palmer, kann ich mit potenziellen Übernehmern reden, weil ich ihnen die Konditionen sagen muss.

Wenn Herr Schnell sagt, die Übernehmer könnten zu den gleichen Bedingungen einsteigen wie die Bahn, dann soll er mir diese Bedingungen bitte nennen. Dann kann man in Verhandlungen treten. Man kann aber nicht – das sollten auch Sie inzwischen gelernt haben; deswegen unser konkreter Antrag – eine Ausschreibung machen, solange einem die Aufgabe nicht zugeordnet ist. Deswegen brauchen wir die rechtliche Änderung vom Bund. Bitte besprechen Sie sich einmal mit einem Juristen, der Sie darüber vielleicht noch etwas genauer informieren kann.

Was wir aber jetzt schon tun können und müssen, ist, Gespräche mit potenziellen Übernehmern zu führen. Ich gehe auch davon aus, dass sie inzwischen geführt werden. Da gibt es ein großes Potenzial. Ich habe ganz schnell fünf, sechs auf einer Liste gehabt, als ich mir überlegt habe, wer infrage kommt.

Mir wäre es wichtig, dass man nicht bundesweit einen Großen beauftragt. Sonst haben wir Staat durch Staat ersetzt. Das erfüllt nicht die Zielsetzung von mehr Wettbewerb. Wir sollten vielmehr von Fall zu Fall ausschreiben, und dann sollten diejenigen den Zuschlag bekommen, die es am besten leisten. Dabei geht es mir durchaus auch um Qualität. Wenn Sie noch ein bisschen zusätzliches Geld für den Panoramawagen mitbringen, fahren wir sicher alle gern damit.

Es geht auch darum, Überlegungen zu einer vernünftigen Tarifkonzeption anzustellen, gerade wenn unterschiedliche Anbieter tätig werden. Wir können nicht in die Kleinstaaterei vor Friedrich List zurückfallen, sondern wir müssen ein einheitliches Konzept erstellen, und wir müssen die neuen Anbieter auch zur Übernahme dieses Konzepts verpflichten. Da ist auch das Verkehrsministerium gefordert, Ideen zu entwickeln, wie so etwas aussehen könnte.

(Abg. Kaufmann SPD: Ja, sehr richtig!)

Ein weiterer Punkt ist die Anbindung an Verbünde, die Einbindung in Rabatttarife – das haben Sie angesprochen, und das finde ich auch wichtig – und die Einbindung in den Fahrplan, damit es wirklich ein attraktives Angebot wird.

Nun zu Ihrem Änderungsantrag: Diesem Antrag haben wir zunächst grundsätzlich positiv gegenübergestanden. Je länger Sie jedoch hier gesprochen haben, desto tiefer ist der Pegel unserer Zustimmung gesunken. Wir können diesem Antrag jetzt auf keinen Fall hier zustimmen. Da besteht Beratungsbedarf. Dieser Antrag weist im Gegensatz zu unserem Antrag nach innen. Unser Antrag weist nach außen und soll zum Beispiel auch ein deutliches Signal nach Oberschwaben senden, denn Oberschwaben liegt uns in diesem Fall besonders am Herzen. Oberschwaben ist derzeit nämlich am stärksten negativ betroffen. Oberschwaben braucht hier dringend eine Lösung, damit der Wirtschaftsraum angebunden ist.

Wir schlagen vor, Ihren Änderungsantrag an den Ausschuss zu überweisen und dort noch einmal in Ruhe darüber zu reden. Wir bitten Sie, über unseren nach außen gerichteten Antrag schon heute abzustimmen. Wir hoffen auf eine breite Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Guter Vorschlag!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kaufmann, ich beziehe mich jetzt nur auf das, was Sie am Schluss noch als Zusammenfassung gesagt haben, Sie unterstützten die Landesregierung in der Position, die das Ministerium für Umwelt und Verkehr in der Verkehrsministerkonferenz bezogen habe. Es geht jetzt darum – das sagten Sie ja auch –, das umzusetzen. Ja, was wäre denn unsere Position, wenn wir das gemacht hätten, was Sie sagen – Angebote, Gespräche usw.? Nichts würde sich daran ändern, dass wir keine Ausschreibung hätten, dass wir keinen festgelegten Zeitpunkt hätten, an dem jemand weiß, dass er Interregioverkehre fahren soll. Damit ändert sich für denjenigen, der das nachher fahren soll, nichts. Es geht darum: Welche Position beziehen wir mit der Forderung, dass der Bund uns das Geld geben soll, bevor wir einen solchen Verkehr fahren? Es geht darum, die Verhandlungsposition nicht zu schwächen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir hier das eine tun und das andere fordern und der Bund sagt: „Ihr macht doch schon, ihr wollt doch das Ganze machen. Deshalb führt ihr doch die Gespräche schon.“

Herr Kollege Palmer, also in einer riesengroßen Erregung hier vorne hinzustehen und zu erzählen, was alles großer Mist sei, und hinterher zu sagen: „Aber wir stimmen dem Entschließungsantrag in allen Punkten zu“ – – Also, wunderbar.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Mit der Ergänzung!)

(Schebesta)

Das ist im Übrigen auch gar nicht verwunderlich; denn so weit weg von der Position, die Sie vor drei Monaten vertreten haben, ist das ja gar nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann haben Sie sich aber geändert!)

– Moment! Mit dem einen Unterschied: Bei Ihnen geht es immer um die Frage der Ausschreibung: Wann? Jetzt! Das ist der einzige Unterschied. Aber sonst waren Sie doch genau derselben Meinung: Wir brauchen mehr Mittel, wenn wir das fahren lassen sollen. Die Frage ist nur: Wie setzen wir das durch? Sie haben jetzt hier ein Riesentheater gemacht und stimmen am Ende zu. Dafür sind wir dankbar. Das Theater war meines Erachtens überhaupt nicht notwendig, wenn wir uns in diesem Punkt alle einig sind.

(Beifall bei der CDU)

Und wir hätten nicht zum Thema geredet: Ich habe die Stellungnahme zitiert, in der genau erwähnt ist, dass die Ausschreibung nicht erfolgen kann, weil erstens keine rechtliche Zuständigkeit bestehe und zweitens keine Bundesmittel zur Verfügung gestellt würden. Das steht in der Stellungnahme, die sich auf den Antrag der Fraktion der FDP/DVP bezieht. Ich habe das zitiert. Also sprechen Sie nicht davon, wir redeten von irgendetwas anderem. Der Präsident hat den Entschließungsantrag, zu dem wir auch geredet haben, bei diesem Tagesordnungspunkt aufgenommen. Na ja, also, wir haben genau dazu gesprochen.

Frau Berroth hat einen Verfahrensvorschlag gemacht. Sie nehmen mit Ihrer Ziffer 5 einen Punkt auf, der nichts damit zu tun hat, dass wir die Forderungen der Verkehrsministerkonferenz in ihrem Stellenwert Richtung Bund unterstützen, sondern der etwas mit dem Land zu tun hat. Sie haben in Ihrer Rede im vergangenen Juli schon einmal etwas zum Thema „Regionalisierungsmittel und ihre Verwendung im Land“ gesagt. Ihnen wurde darauf vom Kollegen Scheuermann und von der Landesregierung geantwortet. Das haben Sie anscheinend nicht verstanden. Deshalb schlage ich Ihnen vor: Wir machen das im Ausschuss noch einmal ausführlich und reden dort darüber. Vielleicht ist dann auch Ziffer 5 in Übereinstimmung zu erledigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Mappuschau! – Heiterkeit bei der SPD)

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, etwas überrascht, mit welcher Emotionalität das heute Morgen diskutiert wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Uns geht es um die Sache!)

– Herr Palmer, bei Ihnen hätte man heute Morgen gar nicht den Turbo reinhauen müssen. Denn ich glaube, wir sind in der Sache gar nicht so weit auseinander, wie es vielleicht manchmal nach außen scheint, auch wenn Sie in den letzten Tagen massive Pressearbeit betrieben haben. Ich denke,

dass wir relativ nahe beieinander sind. Ich möchte deshalb auch den Versuch unternehmen, es so darzulegen, dass wir nachher in der gleichen Übereinstimmung wie exakt vor einem Jahr einen entsprechenden Beschluss fassen können.

Meine Damen und Herren, 25. Oktober 2000: Es gab einen viergliedrigen Beschluss, der einstimmig – und ich glaube, dass das auch in der Außenwirkung sehr positiv war – gefasst wurde, wonach der Schienenpersonenfernverkehr eben nicht durch Nahverkehr ersetzt wird, dass es keine Bezahlung des Schienenpersonenfernverkehrs durch die Länder gibt, dass die Verantwortung des Bundes für den Schienenpersonenfernverkehr nach wie vor qua Grundgesetz gegeben ist und dass das Land eben eindeutig für den Schienenpersonennahverkehr verantwortlich ist. Dieser einstimmige Beschluss hat der Landesregierung bei den darauf folgenden Verhandlungen mit der Bahn sehr geholfen. Ich darf nur daran erinnern, dass wir noch heute vor einem Jahr davon ausgehen durften, dass etwa 1,7 Millionen Zugkilometer ersatzlos gestrichen werden. Sie wissen, welche Millionenbeträge man hätte erbringen müssen, um diese zu ersetzen. Wir haben dies nicht getan, weil wir in den Verhandlungen auch dank dieses Beschlusses erfolgreich sein konnten.

Insbesondere das, was sich danach auf Verkehrsebene ereignet hat, war schlussendlich nur deshalb möglich, weil Baden-Württemberg – und im Übrigen in der Zwischenzeit auch verschiedene andere Länder – auch in den Punkten Einstimmigkeit und Einigkeit erzielen konnte. Wir haben im Übrigen von jeher die Bereitschaft betont, Interregioverkehre zu übernehmen, aber unter der Voraussetzung, dass der Bund bereit ist, uns zusätzliche Mittel für diesen Bereich fest zu geben, unter der Voraussetzung, dass die Schnittstelle zwischen Nah- und Fernverkehr eindeutig definiert wird, und unter der Voraussetzung, Herr Palmer, dass auch die rechtliche Situation ganz eindeutig so geändert wird, dass wir dies überhaupt dürfen.

Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle schon sagen: Ich finde eines bemerkenswert: Sie haben gestern in einer sich für meinen Geschmack an der Grenze bewegenden Art und Weise einen Minister zum Rücktritt aufgefordert, und zwar mit dem Argument, er hätte sich angeblich nicht millimetergenau an bestimmte Gesetze oder Verordnungen gehalten, gehen aber einen Tag später hier ans Rednerpult und fordern die Landesregierung auf, gegen geltendes Bundesrecht zu verstoßen. Meine Damen und Herren, das ist der Fakt im Moment, und das kann so nicht sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist auch noch etwas anderes bemerkenswert, wenn Sie sich einmal den wahren Stellenwert des Schienenverkehrs bei der Bundesregierung betrachten. Ich darf Ihnen aus einem Schreiben des Bundesverkehrsministeriums an einen Abgeordneten der SPD aus dem Südbadischen zitieren:

Es ist Sache des Landes Baden-Württemberg, im Rahmen seiner Bestellung von Verkehrsleistungen für den Schienenpersonennahverkehr

– und jetzt kommt es –

das gesamte Verkehrsangebot auf der Schwarzwaldbahn mit der DB AG zu verhandeln.

(Staatssekretär Mappus)

Meine Damen und Herren, das ist mehr als bemerkenswert. Denn erstens steht in diesem Satz nichts anderes drin, als dass der komplette Verkehr auf der Schwarzwaldbahn angeblich nur noch Nahverkehr ist, und zweitens finde ich diese Aussage deshalb interessant, weil selbst dann, wenn es so wäre, der Bund dazu auffordert, ausschließlich mit der Deutschen Bahn AG zu verhandeln. Deshalb kann ich nur sagen: Herr Palmer, Sie sind bei uns an der falschen Adresse. Wenn Sie Konkurrenz wollen, sollten Sie zunächst einmal im Bundesverkehrsministerium in Berlin aufräumen, weil man dort offensichtlich davon ausgeht, dass man auf bestimmten Strecken ausschließlich mit der Deutschen Bahn AG verhandelt. Das, was hier von diesem Ministerium geschrieben wurde, finde ich sehr bemerkenswert.

Jetzt zu dem, was eigentlich Gegenstand der Diskussion ist, weil die ganze Diskussion ja auf der Basis dessen angestoßen wurde, was auf der Verkehrsministerkonferenz vor zwei Wochen in Dresden beschlossen wurde. Zunächst einmal: Die Länder haben einstimmig festgestellt, dass der Bund nach Artikel 87 e des Grundgesetzes nach wie vor und eindeutig die Verantwortung für den gesamten Schienenpersonenfernverkehr trägt. Das war ein Zitat. Ich sagte „einstimmig“, und wenn mich die Realität nicht täuscht, ist es immer noch so, dass nicht wenige rot-grüne Landesregierungen an dieser Konferenz beteiligt waren.

Das heißt, der Bund hat ein den Verkehrsbedürfnissen und dem Gemeinwohl entsprechendes Verkehrsangebot zu erbringen, und dies war bisher auch unstrittig, egal, welcher parteipolitischen Couleur man angehört hat.

Es ist uns bei diesen Verhandlungen erstmalig gelungen, das Thema Interregio mit dem Thema „Revision der Regionalisierungsmittel“ zu verknüpfen. Erstmalig!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sagen Sie mal, dass die Idee von den Grünen kam!)

– Ich habe nie bestritten, meine Damen und Herren, dass es auch bei den Grünen eine streng limitierte Anzahl von guten Personen gibt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke! – Abg. Blenke CDU: Kontingentierte! – Weitere Zurufe)

– Richtig. Die Betonung liegt auf „streng limitiert“.

(Abg. Blenke CDU: Kontingentierte!)

Insofern ist es umso verwunderlicher, dass Sie heute Morgen diesen Zauber aufgeführt haben. Das muss ich auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Konferenz gab es eigentlich drei Knackpunkte:

Erstens: Es ist erstmalig akzeptiert worden, dass man das Thema Interregio mit dem Thema Revision verknüpft.

Zweitens: Wir sind uns bei der Sachrevision, also der Aufteilung der Regionalisierungsmittel zwischen den Ländern, beim prozentualen Schlüssel, beim Anteil, den Baden-Württemberg bekommt, einig geworden. Da lagen unter-

schiedliche Vorlagen auf dem Tisch; wir haben uns als Land – ich glaube, es ist im Sinne von uns allen, dass wir einen Kompromiss erzielen – bewegt. Wir hatten bisher einen Anteil von rund 10,2 % und haben akzeptiert, dass er auf etwa 9,8, 9,9 % sinken würde; ich glaube, das ist vertretbar. Denn man kann nicht verhandeln, ohne sich zu bewegen. Insofern haben wir bei der Sachrevision erstmalig zwischen den Ländern Einigkeit erzielt.

Wir haben auch im dritten Punkt Einigkeit erzielt; das war die Finanzrevision. Sie wissen, dass den Ländern im nächsten Jahr eigentlich 14,3 Milliarden DM zustehen würden und dass die Dynamisierung auf der Basis des Umsatzsteuereinkommens erfolgen würde – so war es beschlossen im Zuge der Regionalisierung. Aber Herr Eichel, der ja äußerst findig ist, wenn es darum geht, den Ländern in die Tasche zu greifen, hat die neueste Idee, nur noch 13,2 Milliarden DM bereitzustellen und die Dynamisierung entfallen zu lassen. Die Länder haben sich darauf geeinigt: 13,8 Milliarden DM inklusive 200 Millionen DM für den Interregio, aber unter Berücksichtigung der zukünftigen Dynamisierung. Das wäre ein Kompromiss, den alle Länder einstimmig mittragen könnten und mit dem man leben könnte. Im Übrigen würde der Bund dabei, wenn Sie es so betrachten, Jahr für Jahr 700 Millionen DM – auch dieser Betrag dynamisiert – einsparen. Ich glaube, das ist ein sehr faires Angebot, zumal vor dem Hintergrund, dass dieses Gesetz, wie wir alle wissen, nur mit der Zustimmung der Länder im Bundesrat verändert werden kann.

Ich denke, man sollte deshalb in Berlin sehr wohl darüber nachdenken, ob man auf diesen Kompromiss nicht eingehen sollte. In der Zwischenzeit haben wir allerdings Signale, dass der Finanzminister wieder einmal über den Verkehrsminister obsiegt. Die Gesetzesinitiative vom Bund, die notwendig ist – und zwar schnellstmöglich, darauf komme ich noch –, greift diesen Vorschlag nicht auf. Deshalb kann ich nur sagen, Herr Palmer: Sie können zeigen, welchen Einfluss Sie in Berlin haben. Ich wünsche Ihnen viel Spaß und viel Erfolg – es wäre zum Wohle des Landes Baden-Württemberg und im Übrigen auch der anderen Länder, wenn dieser Antrag durchgehen könnte.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das machen wir genauso kämpferisch! – Gegenruf von der CDU: Aber mit weniger Theater!)

– Hervorragend. Ich freue mich auf das Ergebnis.

Jetzt zum Ausblick: Wie geht es weiter? Zunächst einmal ist unbestritten, dass der Bund die Finanzierungsverantwortung für den Fernverkehr und damit auch für den Interregioverkehr trägt, meine Damen und Herren. Deshalb fand ich das eine oder andere schon interessant, was Sie, Herr Abg. Kaufmann, hier gesagt haben. Sie sprachen davon, das Land habe die Aufgabe, ein integriertes Konzept für den Nah- und den Fernverkehr vorzulegen.

(Abg. Göschel SPD: So ist es!)

Ich kann nur zum vierhundertsebenunddreißigsten Mal sagen: Das Land ist nicht für den Fernverkehr zuständig. Wenn wir für den Fernverkehr nicht zuständig sind und Sie im Übrigen im letzten Jahr zugestimmt haben, dass wir dafür nicht zuständig sind, dann können Sie sich doch heute

(Staatssekretär Mappus)

nicht hier hinstellen und sagen: Aber das Land muss ein integriertes Verkehrskonzept darlegen. Das funktioniert nicht.

Der zweite Punkt: Sie haben davon gesprochen, es wäre gewollt, dass Eingriffe in die Deutsche Bahn AG nicht mehr möglich sind.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göschel?

Staatssekretär Mappus: Immer, gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Staatssekretär, sind Sie mit mir der Auffassung, dass ein SPNV-Konzept, also ein Konzept für den Schienenpersonennahverkehr, nicht isoliert und abgehoben von den Fernverkehrsbeziehungen auf der Schiene sein kann und dass ein integriertes Konzept eben nur unter Einbeziehung des Fernverkehrs, für den natürlich die Deutsche Bahn AG zuständig ist, erfolgen kann?

Staatssekretär Mappus: Wenn Sie damit meinen, dass zwei Konzepte aufeinander abgestimmt werden müssen, sind wir uns sofort einig.

(Abg. Göschel SPD: Darum geht es ja!)

Aber es war von einem integrierten Nah- und Fernverkehrskonzept die Rede. Dann werde ich schon hellhörig, denn das ist etwas anderes. Wenn Sie Ersteres damit gemeint haben – kein Problem. Übrigens machen wir das auch. Der Integrale Taktfahrplan funktioniert logischerweise nur dann, wenn die Konzepte aufeinander abgestimmt sind.

Der zweite Punkt: Eingriffe in die Entscheidungen der Deutschen Bahn AG wären nach der Regionalisierung nicht mehr erwünscht. Herr Kaufmann, dazu kann ich nur sagen: Bei jeder Aktiengesellschaft gibt es einen Aufsichtsrat, der im Regelfall durch die Eigentümer des Unternehmens bestückt wird.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das Unternehmen Deutsche Bahn AG ist im hundertprozentigen Besitz des Bundes. Da haben die Grünen leider wieder einmal den Kürzeren gezogen, denn im Aufsichtsrat sitzt exakt ein Mitglied der Grünen – in diesem Punkt ist das ausnahmsweise schade. Der Rest besteht aus Sozialdemokraten. Jetzt so zu tun, als ob es keine Einflussmöglichkeiten gebe, ist natürlich nicht ganz korrekt; das wissen wir beide.

Im Übrigen, weil Sie sich wieder auf das alte Lied – im Zuge von 16 Jahren Pfusch hat die CDU mal wieder Mist gebaut – bezogen haben: Ich darf darauf verweisen, dass zu dieser Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig war. So Leid es mir tut: Die CDU und die FDP hatten damals keine Zweidrittelmehrheit. Im Übrigen wurde der Beschluss zur Regionalisierung einmütig gefasst. Insofern sollte man sich jetzt nicht hier hinstellen und sagen: Es waren mal wieder die anderen. Wenn schon, Herr Kaufmann, dann waren wir es alle gemeinsam. Dass das Gesetz, weil es eigentlich revolutionär

war, auch seine Schwächen hat, ist unbestritten. Aber da sind wir alle gefordert, vor allem der jetzige Bundesgesetzgeber. Das sind wir – ich gestehe es gerne zu – leider nicht mehr.

Jetzt zu der Frage: Wie geht es in Zukunft denn weiter? Sie haben passend – und völlig überraschend, versteht sich – zur Sommerpause plötzlich von einem tollen Angebot gehört: dass der komplette Interregioverkehr, bundesweit, versteht sich, locker von einer privaten Gesellschaft, die ich namentlich jetzt nicht nennen möchte, übernommen werden könne. Die Headline war Klasse. Wenn Sie aber weitergelesen haben: Das war hoch interessant. Zum einen sagt diese private Gesellschaft selbst, sie könne das nur, wenn sie von der Deutschen Bahn AG das Material dazu bekomme. Das ist eigentlich eine atemberaubende Forderung, denn das heißt, dass man quasi vom Mitbewerber Material will. Wer das in einer Marktwirtschaft als Bewerber mitmacht, dem wünsche ich viel Spaß für die Zukunft.

Das Zweite war – und das war neu, Herr Palmer – der kleine Zusatz, dass man als Anschubfinanzierung bescheidene 2 Milliarden DM braucht, damit das Ganze überhaupt funktioniert – nachdem uns ein Jahr zuvor noch im Zusammenhang mit Südbahn und Schwarzwaldbahn gesagt wurde: Wenn die Privaten den Regionalverkehr dort bekämen, werde der Interregioverkehr umsonst mitgefahren. Insofern war das schon ein erstaunlicher Schritt, dass man jetzt plötzlich 2 Milliarden DM Staatsknete braucht, um das Ganze überhaupt anschubfinanzieren zu können. Da muss man eigentlich schon einmal genau hinschauen, wie das Ganze funktioniert.

Jetzt zu Ihrem Thema, wo ich Ihnen bei allem Verständnis für Ihre Forderung sagen muss: Sie sind rechtlich einfach auf dem falschen Dampfer. Das Land Baden-Württemberg – das sage ich Ihnen gerne zu – ist sofort bereit, unter zwei Bedingungen auszuschreiben. Erste Bedingung: wenn wir diese 200 Millionen DM für den Interregio bekommen – da sind wir uns wahrscheinlich auch noch einig. Da kann ich aber nur sagen: Dann muss das Gesetz möglichst schnell kommen, und daran hängt es. Zweite Bedingung – das dürfte eigentlich kein Problem sein –: dass wir auch die rechtlichen Voraussetzungen dafür bekommen, dass wir dies dürfen. Denn wir sind nicht für den Fernverkehr zuständig. Wenn man für etwas nicht zuständig ist, kann man auch nicht ausschreiben. So einfach ist die Regel.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer zu?

Staatssekretär Mappus: Von Herrn Palmer immer besonders gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich stelle die Frage ganz ruhig, Herr Mappus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoffentlich!)

Herr Mappus, ich gehe davon aus, dass Sie der Meinung sind, dass für den Bund dasselbe Recht gelten muss wie für das Land. Sie sagen, Sie könnten nicht ausschreiben, weil

(Boris Palmer)

die Aufgabe dem Bund zustehe. Jetzt frage ich Sie: Wie verhält es sich mit den Kreisen, die Lokalbahnen ausschreiben, betreiben und die das Defizit übernehmen? Im Gesetz ist geregelt, dass der Schienenpersonennahverkehr Landesaufgabe ist. Nach Ihrer Argumentation begehen diese Kreise einen Rechtsbruch und nehmen Ihnen damit Kosten ab.

Staatssekretär Mappus: Nein. Der Vergleich hinkt jetzt gewaltig. Tatsache ist, dass beim Schienenpersonennahverkehr das Land die Aufgabenträgerschaft hat und diese im Einvernehmen mit den Landkreisen delegiert. Die Ausschreibungen laufen natürlich nicht gegen unseren Willen oder gesetzeswidrig, sondern sind delegiert. Aber das können Sie natürlich nicht mit dem Bund vergleichen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Bund würde auch nichts dagegen einwenden!)

Das ist ja etwas völlig anderes, und das wissen Sie auch ganz genau. Das brauchen wir jetzt nicht vertieft zu diskutieren. Ich sage nur: Machen Sie in Berlin Dampf. Wir wollen ausschreiben, meine Damen und Herren. Wir machen es sofort. Aber wir brechen nicht geltende Gesetze, damit nachher, wenn irgendetwas schief gehen sollte – auf die Probleme komme ich gleich noch zu sprechen –, die Gleichen, die uns vorher zur Ausschreibung aufgefordert haben, sich hier hinstellen und sagen, das hätte das Land eigentlich gar nicht machen dürfen.

Deshalb jetzt zu einigen Punkten, die ich noch ansprechen möchte und die Sie von sich aus – das fand ich, was gewisses Zahlenmaterial angeht, schon bemerkenswert – angesprochen haben.

Zunächst einmal, Herr Palmer, zu Ihrem Ergänzungsantrag. Ich habe gehört, es gebe einen Antrag der Grünen zum Thema Interregio. Der kommt jetzt heute nicht. Das finde ich relativ schade. Ich habe schon eine Ahnung, warum der heute nicht kommt. Aber ich habe auch kein Problem damit, dass wir im Vierwochenrhythmus die Diskussion über den Interregio führen. Zu dem Ergänzungsantrag, den Sie eingebracht haben, kann ich nur sagen, Herr Palmer: Wir geben die Regionalisierungsmittel zu 100 % für das aus, wofür sie vom Bund bestimmt sind. Übrigens ist das rechtlich auch gar nicht anders zulässig. Aber weil Sie immer draußen herumlaufen und sagen, das Land würde ständig die Landesausgaben für den ÖPNV herunterfahren, darf ich Ihnen einmal ein paar Zahlen zu Ihrer bescheidenen Kenntnis geben, damit Sie einmal wissen, was das Land Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern ausgibt.

Wir geben pro Jahr 2,5 Milliarden DM für den ÖPNV aus. Das ist übrigens dreimal so viel wie GVFG-finanzierter kommunaler Straßenbau, Bundesfernstraßenbau und Landesstraßenbau zusammen. Das muss man einfach wissen, damit endlich einmal mit der Mär aufgeräumt wird, wir würden immer nur Geld für den Straßenbau ausgeben und nichts in den ÖPNV investieren. Es ist genau umgekehrt. Wenn Sie draußen, und zwar nicht nur im Bereich der Südbahn, wo Sie offensichtlich in der Zwischenzeit Ihren Erstwohnsitz haben, sondern auch in anderen Teilen des Landes unterwegs sind, dann hören Sie nicht wenige Stimmen, die genau dies kritisieren.

Jetzt aber einmal ein paar Zahlen. Ich fange einmal mit dem berühmten Thema Schülerbeförderungskosten an, weil ja immer so getan wird, als ob das Land Baden-Württemberg sich praktisch davon verabschiedet hat. Ich sage Ihnen einmal, was ein paar andere Länder machen. Das ist ganz interessant.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die alte Leier!)

Ich bitte Sie übrigens, immer darauf zu achten, wer denn in dem betreffenden Land regiert. Ich beginne mit Bayern.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In welchem Land?)

– Der Freistaat Bayern, ein Land, das nahezu doppelt so groß ist und deutlich mehr Bevölkerung und deutlich mehr Schüler hat als Baden-Württemberg, gibt komischerweise exakt so viel für die Schülerbeförderung aus wie das Land Baden-Württemberg, also relativ weniger. Im Land Bayern gibt es übrigens ab dem zehnten Schuljahr keine Schülerbeförderungskostenerstattung staatlicherseits mehr – nur einmal zur Information.

Aber viel interessanter wird es, wenn man einmal ein paar andere Zahlen anschaut: Baden-Württemberg 332 Millionen DM, Rheinland-Pfalz 145 Millionen DM, Saarland 2,9 Millionen DM, Schleswig-Holstein 0 DM für Schülerbeförderung. Ich finde die Zahlen schon erstaunlich. Aber wir können munter weitermachen. §-45-a-Mittel, Ihr Lieblingsthema: Baden-Württemberg 347,2 Millionen DM, Bayern 246,3 Millionen DM, Niedersachsen – ganz besonders interessant – 156 Millionen DM. Ich könnte jetzt munter weitermachen. Ich stelle Ihnen die Zahlen übrigens gern zur Verfügung. So viel zum Thema „Das Land Baden-Württemberg macht mit Landesmitteln angeblich nichts im öffentlichen Personennahverkehr“. Meine Damen und Herren, das ist erstunken und erlogen. Sie können es schriftlich haben. Es stimmt nicht. Wir geben viel aus.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer, der Herr Staatssekretär lässt die Zwischenfrage zu.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Erste Frage: Herr Mappus, in welchem Umfang legt das Land Baden-Württemberg Sparkasse aus Regionalisierungsmitteln für das Projekt Stuttgart 21 an?

Zweite Frage: Wenn das alles stimmt, was Sie sagen, ist es ja vollkommen in Ordnung, unseren Änderungsantrag heute so zu beschließen, weil Sie das, was darin gefordert wird, ohnehin schon längst erfüllen. Ist das auch richtig?

Staatssekretär Mappus: Zu Letzterem: Wenn Sie etwas fordern, was schon lange geschehen ist, und suggeriert wird, dass wir es nicht gemacht hätten, kann ich dem Antrag logischerweise nicht zustimmen. Das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der CDU)

Herr Palmer, Ihre Argumentation erinnert mich immer an den Brandstifter, der sich darüber beschwert, die Feuer-

(Staatssekretär Mappus)

wehr arbeite zu langsam. Es kann nicht sein, dass es so läuft und wir noch zustimmen.

Aber jetzt zu Ihrer ersten Frage, weil das die berühmte Mär ist, wir würden jede Menge Geld horten und für Stuttgart 21 reservieren. Ich kann nur sagen: Schön wäre es, wenn wir ein Sparkässchen anlegen könnten. Aber wir haben keine Sparkasse. Lediglich einige Projekte verschieben sich zeitlich. Das wissen Sie auch. Das hat überhaupt nichts mit Stuttgart 21 zu tun. Wir haben im südbadischen Raum Projekte, die sich verschieben. Denken Sie an die Rhein-Neckar-S-Bahn. Dieses Projekt hat sich zeitlich verschoben. Richtig ist, dass der Mittelabfluss für diese Projekte etwas in zeitlichen Verzug geraten ist; aber das ist keine Sparkasse und schon zweimal keine Sparkasse für Stuttgart 21. Auch diese Mär stimmt nicht.

Jetzt noch ein paar Punkte, wo wir einfach aufpassen müssen, weil wir dabei alle ganz schnell vom Thema Privatisierung eingeholt werden. Wir können so verfahren, wie wir uns eigentlich einig sind: zusätzliches Geld für Interregio, gesetzliche Änderung. Ich glaube, da gibt es gar keinen Dissens. Aber, meine Damen und Herren, es gibt ein paar andere Probleme, über die bisher nicht geredet wurde. Und darüber muss geredet werden.

Stichwort Tarifierungsprobleme: Ich darf Ihnen einmal von einem Projekt im Bereich der Euro-Bahn in Bielefeld berichten. Manchmal ist es ganz interessant, zu erfahren, was andere Länder tun – manchmal haben die ja ganz gute Ideen; das ist unbestritten –, was passiert, wenn ein Vorhaben umgesetzt wird. Dort hat man die Bahn AG hinausgeschmissen, weil ein privater Anbieter billiger, kostengünstiger war, und diesen privaten Anbieter hereingenommen. Tatsache ist, dass in diesem Bereich, weil tarifverbundübergreifend und anbieterübergreifend, die Monatsfahrkarten um 20 % teurer geworden sind, und zwar deshalb, weil wir bis zum heutigen Tag keine Regulierungsbehörde, auf welcher Ebene auch immer, für die Tarife haben. Deshalb beinhaltet unser Antrag auch dies. Es nützt mir nichts, wenn das Angebot scheinbar wirtschaftlicher ist und dann der komplette Raum Südbaden, an der Spitze wahrscheinlich Abg. Palmer, in Stuttgart auf der Matte steht und sich darüber beschwert, dass plötzlich die ganzen Tarife teurer geworden sind. Wir brauchen dann auch ein Überwachungsinstrument, damit wir das hinkriegen. Deshalb haben wir das in unseren Antrag aufgenommen.

Zum nächsten Punkt: Ich bitte Sie einfach, zu akzeptieren, dass wir auch in Vorlaufinvestitionen gehen müssen, denn es ist nicht mit 200 Millionen DM zusätzlich für den Betrieb getan. Wir brauchen für einen dreistelligen Millionenbetrag neues Wagenmaterial – dafür gibt es keinen Ersatz –, und wir werden unter dem Strich, selbst wenn wir Effizienzgewinne haben, ein Stück weit drauflegen müssen. Ich gehe davon aus, dass das dann auch die Zustimmung dieses hohen Hauses findet, und zwar die einstimmige Zustimmung.

Deshalb als Resümee des Ganzen, meine Damen und Herren: Ich habe in einem Punkt ein Problem mit dem, was Sie im Bereich von Südbahn und Schwarzwaldbahn artikulieren, Herr Palmer.

(Abg. Bebbler SPD: Oje! Nehmen Sie es mit heim!)

Wir alle wissen – das muss jetzt einfach der Ehrlichkeit halber hier gesagt werden –: Selbst wenn die Bundesregierung morgen das Gesetz ändern und uns übermorgen die 200 Millionen DM auf den Tisch legen würde – der Zeitplan ist, was Sie auch wissen, Frühjahr nächsten Jahres –, wäre es unmöglich, innerhalb von 12 oder 13 Monaten auszusprechen, das neue Fahrzeugmaterial zu beschaffen und die Inbetriebnahme durch eine private Gesellschaft umzusetzen. Deshalb ist es nicht seriös,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es ist höchste Eisenbahn!)

im Bereich der Südbahn herumzulaufen und zu sagen: Die Stuttgarter müssen nur zustimmen, dann läuft zum 1. Januar 2003, zum Fahrplanwechsel, alles en bloc hervorragend; die Privaten machen das. Es geht zeitlich nicht. Das muss man der Ehrlichkeit halber einfach einmal sagen. Deshalb sagen wir: Wir wollen die Gesetzesänderung. Wir wollen das Geld. Wir werden sofort ausschreiben. Was dann dabei herauskommt, ist eine ganz andere Frage – Stichwort Rhein-Neckar und anderes mehr. Und dann ist es sicherlich trotz großer Zeitprobleme möglich, ein Jahr später, zum 1. Januar 2004, wenn alles gut läuft, das Ganze auf die Schiene zu bringen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir sind selbstverständlich bereit, für die Übergangszeit auch Regionalisierungsmittel zu investieren, damit man einen guten Übergang hinkriegt. Daran soll es nicht scheitern; das ist überhaupt keine Frage. Das gilt übrigens nicht für den Bereich der Südbahn, Herr Palmer, Ihr Lieblingsprojekt. Es gibt auch noch ein paar andere Strecken: Schwarzwaldbahn, Rennsteig, Murrbahn und anderes mehr. Wir machen das, aber wir brauchen die Unterstützung der Bundesregierung dabei. Wir brauchen die Gesetzesänderung. Wir brauchen das Geld. Wir erreichen das, wenn der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP/DVP heute unterstützt wird. Damit werden wir noch mehr Vorlauf und noch mehr Unterstützung nach Berlin bekommen. Deshalb bitte ich Sie am heutigen Tage sehr herzlich um Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/55, ist ein Berichtsantrag, der mit der heutigen Aussprache erledigt ist. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Dann kommen wir zu dem Entschließungsantrag Drucksache 13/373. Bei diesem Antrag müssen wir noch eine Ergänzung vornehmen. Er muss den Titel „Entschließungsantrag“ erhalten. Ich bitte, das zu ergänzen.

Ferner kann sich der Landtag nicht direkt, sondern nur über die Landesregierung an den Bund richten. Deswegen soll die Einleitung wie folgt geändert werden:

(Präsident Straub)

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

ihre gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten zur Umsetzung der nachstehenden Entschließung auszuschöpfen:

Mit dieser Einleitung soll der Antrag nun behandelt werden. Zu dem Antrag liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/377, vor. Es wurde vorgeschlagen, diesen Änderungsantrag an den Ausschuss zu überweisen und heute nicht darüber abzustimmen. Wird dem zugestimmt, Herr Palmer?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dem können wir nicht zustimmen.

Präsident Straub: Dem können Sie nicht zustimmen. Gut. Dann lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/377, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP/DVP, Drucksache 13/373, mit der von mir erwähnten Änderung der Einleitung abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 24. Juli 2001 – Entwurf einer Bekanntmachung der Landesregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 13/127, 13/291

Berichterstatteerin: Abg. Birgit Kipfer

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Beschlussempfehlung keine Aussprache stattfinden soll. Wir stimmen daher über die Beschlussempfehlung ab. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Antrag der Landesregierung ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Punkt 4 – Fragestunde – wird nach der Mittagspause aufgerufen.

Dann rufe ich jetzt **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ganztagesangebote an Schulen – Drucksache 13/10

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bildungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik hat sich gewandelt. Jahrzehntlang war die Ganztagschule heftig umstritten. Jetzt wird die Ganztagschule nicht nur akzeptiert, sondern es gibt ein breites gesellschaftliches Bündnis für die Ganztagschule von Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden sowie von den sozial- und jugendpolitischen Verbänden.

Nur bei der CDU-regierten Landesregierung hat sich die Akzeptanz der Ganztagschule und der Ganztagsangebote noch nicht herumgesprochen. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass es immer noch eine breite Abwehr gegen Ganztagschulen und Ganztagsangebote an Schulen gibt? Denn dies sind die Fakten: Nur 118 von über 4 000 Schulen in Baden-Württemberg sind Ganztagschulen; es gibt – bei insgesamt 2 500 Grundschulen – nur vier Ganztagsgrundschulen, und für nur 1,4 % der Schulkinder gibt es Hortangebote. Dies, meine Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land, für ein Land, das wirtschaftlich überall Spitze sein will.

(Beifall bei den Grünen)

Ich füge hinzu: Es ist auch ein Trauerspiel, was sich derzeit in den Verhandlungen zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung abspielt.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Fraktionskollegen Kretschmann?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, es ist weder die Ministerin noch der Staatssekretär anwesend. Ich halte es für wenig sinnvoll, eine schulpolitische Debatte in Abwesenheit der Exekutive zu führen.

Stellv. Präsident Birzele: Das war doch keine Zwischenfrage. Fragen Sie die Rednerin. Oder wollen Sie einen Geschäftsordnungsantrag stellen? Dann müssen Sie warten, bis die Rednerin zu Ende ist. Dann können Sie den entsprechenden Geschäftsordnungsantrag stellen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Danke für die Belehrung, Herr Präsident! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber Sie wissen doch, was die Rednerin sagen will!)

Frau Kollegin Rastätter, bitte fahren Sie fort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich sehe gerade, dass der Staatssekretär kommt. Daher gehe ich davon aus, dass ich jetzt einen aufmerksamen Zuhörer aus dem Kultusministerium habe. Ich vermute, dass die Ministerin nicht mitbekommen hat, dass der Tagesordnungspunkt vorgezogen wurde.

Ich fahre jetzt fort. Ich war dabei zu sagen, dass dieses geringe Angebot an Ganztagschulen und Ganztagsangeboten ein Armutszeugnis für Baden-Württemberg ist. Ich will aber noch hinzufügen: Monatlang finden jetzt bereits die Verhandlungen zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung über den Ausbau von Ganz-

(Renate Rastätter)

tagsbetreuung statt. Es ist wirklich ein Trauerspiel, wie sich die Landesregierung hier verhält, sodass sich die kommunalen Landesverbände von dieser Landesregierung zu Recht im Stich gelassen fühlen, die nicht bereit ist, sich in einem angemessenen Umfang an der Finanzierung und Ausgestaltung dieser Nachmittagsangebote zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, die Defizite in unserem Bundesland werden noch deutlicher, wenn wir uns vor Augen halten, wie die Situation der Ganztagsbetreuung in Europa aussieht. Fast in allen europäischen Ländern gibt es die Tradition der Ganztagschule. In Deutschland haben dagegen folgende Zustände Tradition: Unzuverlässige Schulzeiten, eine reine Begrenzung auf den Unterrichtsvormittag, ein fehlendes Angebot für Frühstück und Mittagessen an der Schule, und wir haben hier auch traditionell die Arbeitsteilung zwischen Schulunterricht und Hausaufgaben, wobei traditionell die Mütter zu den Hilfslehrerinnen der Nation gemacht werden.

Schließlich haben wir in steigendem Maße privat finanzierten Nachhilfeunterricht, den sich nur diejenigen leisten können, die das entsprechende Einkommen haben. Das bedeutet auch eine gravierende Verletzung der Chancengleichheit in diesem Bundesland.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte aber betonen: Der Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen ist nicht nur wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erforderlich, sondern ist auch aus pädagogischen Gründen absolut notwendig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Denn bei Ganztagschulen, bei Ganztagsangeboten geht es gerade nicht um die Betreuung der Kinder, sondern es geht um die Rechte von Kindern und Jugendlichen, nämlich um das Recht auf ein pädagogisch gutes und sinnvolles Angebot. Es geht um eine bessere individuelle Förderung der Kinder und um eine Verbesserung der Chancengleichheit. Das muss im Mittelpunkt eines Ganztagsangebots stehen.

Wir Grünen unterscheiden beim Ausbau der Ganztagsangebote in Baden-Württemberg – dazu bitte ich Sie, den von uns vorgelegten Antrag zu betrachten – zwischen dem Modell einer offenen Schule am Nachmittag und dem Modell der Ganztagschule mit verpflichtender Teilnahme für die Kinder innerhalb der festgesetzten Zeit.

Mit dem Konzept des offenen Nachmittags an der Schule soll ein flächendeckendes Angebot an allen Schulen des Landes erreicht werden. Ich sage: Flächendeckend an allen Schulen ist hier das Ziel.

In den offenen Nachmittag an den Schulen sollen integriert werden: Stütz- und Förderangebote, Hausaufgabenbetreuung, interessante Freizeitprojekte für die Schülerinnen und Schüler sowie Unterrichtsprojekte, die auch außerschulisch stattfinden sollen, wie zum Beispiel die Pflege eines Biotops, Waldpädagogikprojekte oder auch ein Projekt am Stadttheater. In dieses offene Angebot sollen auch die Arbeitsgemeinschaften der Schulen integriert werden.

Das offene Angebot, dieser offene Nachmittag, hat den Charme, dass es stufenweise ausgebaut werden kann und

ein flexibles Modell ist, das den unterschiedlichen Lebensentwürfen von Familien in unserer Gesellschaft gerecht wird. Das heißt, Familien können entscheiden, ob sie zwei oder drei Nachmittagsangebote für ihre Kinder annehmen. Familien können auch entscheiden, ob sie das gesamte Angebot brauchen.

Wir wollen, meine Damen und Herren, dass dieses Angebot allen Kindern zur Verfügung steht, und eine ganz wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass für den offenen Nachmittag keine Gebühren verlangt werden dürfen.

(Abg. Herrmann CDU: Und wer zahlt das?)

– Darauf komme ich gleich zu sprechen.

(Abg. Herrmann CDU: Das wird interessant!)

Es dürfen keine Gebühren verlangt werden – mit Ausnahme von ganz besonderen Angeboten, zum Beispiel der Unterricht von Musikschulen oder von Kunstschulen oder auch, wenn hier ein qualitativ hochwertiges Angebot integriert ist, das von den Eltern sozusagen speziell gewünscht wird. Für diese einzelnen Bausteine können auch Gebühren verlangt werden. Aber die grundsätzliche Offenheit beinhaltet Hausaufgabenbetreuung, Stützkurse, Arbeitsgemeinschaften. Diese Angebote müssen – –

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Zum Teil mit Landesmitteln, zum Teil ehrenamtlich. Die Schulen machen ein pädagogisches Konzept. Sie binden ehrenamtliche Kräfte, Honorarkräfte, eigene Lehrerstunden und Vereine mit ein. Für die dann notwendige Finanzierung ist ein fairer Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen zu finden.

Ein Beispiel: Wir wollen, dass die Grundschule zu einer echten Halbtagsgrundschule in der pädagogischen und finanziellen Verantwortung des Landes ausgebaut wird. Das bedeutet, dass dann, wenn wir eine echte Halbtagsgrundschule haben, auch die 20 Millionen DM, die die Kommunen heute noch dafür ausgeben, für einen offenen Nachmittag an den Schulen bereitstehen.

Gleichzeitig wollen wir, dass Ganztagschulen mit einem entsprechenden pädagogischen Ganztagskonzept ausgebaut werden. Aber da sage ich, an die Adresse der SPD gerichtet: In welchem Zeitraum und in welcher Zahl Schulen zu echten Ganztagschulen ausgebaut werden, dürfen wir nicht von oben verordnen. Wir wollen auch nicht, dass die vollen Ganztagschulen den Schulen übergestülpt werden, sondern als Schulentwicklungsprojekte dort eingerichtet werden, wo die Eltern, die Schulen und die Kommunen dies wünschen.

Wie viele Schulen das in den nächsten Jahren sein werden, hängt von den pädagogischen Konzepten und von der Bedürfnislage ab. Aber wir verstehen Ganztagschulen eben als echte, hervorragende pädagogische Angebote, die nicht übergestülpt werden und damit im Grunde Betreuungseinrichtungen werden.

(Zurufe von der CDU)

Das wollen wir nicht.

(Zuruf von der CDU: Warum eigentlich nicht?)

(Renate Rastätter)

Meine Damen und Herren, wir sehen das so: Der Weg wird längerfristig in Richtung Ganztagschule führen. Wir sehen in der von uns angestrebten Kombination von offenem Nachmittag an der Schule auf absehbare Zeit an möglichst allen Schulen, getragen von der Bereitschaft aller Beteiligten und gefördert von allen Beteiligten, mit dem Ausbau von Ganztagschulen ein gutes Angebot, die Möglichkeit eines zukunftsweisenden Modells, das den Erwartungen einer pluralen Gesellschaft entspricht,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

das für Eltern gute Angebote macht, aber – und das ist das Entscheidende – die besten Angebote für die Kinder und Jugendlichen bereitstellt; denn um die geht es, und die sind uns am wichtigsten.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Herrmann CDU:
Für die Grünen fällt Geld vom Himmel!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen greifen mit ihrem Antrag ein ernsthaftes Anliegen auf, die SPD-Fraktion hat sich angehängt,

(Widerspruch bei der SPD)

das Oppositionsboot steht gewaltig unter Dampf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bist du gedopt?)

– Natürlich, noch von gestern Abend.

(Heiterkeit – Abg. Fischer SPD: Er ist wenigstens ehrlich!)

Der vorgelegte Antrag zum Ganztagsangebot an Schulen scheint nicht nur bildungspolitisch motiviert, sondern bemüht auch wirtschaftspolitische Fragen – die SPD spricht von „Standortpolitik“ –, und die – ich unterstreiche das – pädagogischen Absichten sind unverkennbar. Aber gerade weil Pädagogik mit im Spiel ist, hätte dem Antrag ein allseits bekannter Satz der Didaktik gut getan: Weniger wäre mehr gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht mir keineswegs um einen simplen Frontalangriff gegen Ihre gesellschaftlichen Vorstellungen. Angreifbar sind sie schon deshalb, weil Sie von einer veralteten Pädagogik und einem egalisierenden Gesellschafts- und Menschenbild ausgehen.

(Widerspruch der Abg. Christine Rudolf SPD)

Damit werden Sie den jungen Menschen in ihrer Gesamtheit keineswegs gerecht. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass es Differenzierungen geben muss.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Eine moderne Pädagogik muss auf Unterschiede abheben und flexibel auf Milieus hin ausgerichtet sein. Im Gegen-

satz zu dem Ihren ist unser Modernisierungsanspruch darauf ausgerichtet, den verschiedenen Wirkungserwartungen auch gerecht zu werden.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir scheuen zu Recht vor einem Fiasko zurück, das diese Gleichausrichtung entsprechend Ihren schulpolitischen Auffassungen

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

für die Kinder und Jugendlichen mit sich bringen würde.

(Beifall bei der CDU)

Ich verwerfe Ihre Auffassungen nicht in Bausch und Bogen. Ihr familienpolitisches Argument kann ich akzeptieren.

(Abg. Fischer SPD: Das ist aber schön!)

Das fällt mir schon deshalb nicht schwer, weil die CDU in diesem Land über Jahre und Jahrzehnte eine gute Familienpolitik betrieben hat und betreibt

(Beifall bei der CDU)

und wir gerade von dieser Wählerklientel am meisten Stimmen bekommen.

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben doch eine Kehrtwende um 180 Grad gemacht!)

– Herr Wintruff, wir bekommen da die meisten Stimmen. Das zeigt, dass wir gar nicht so schlecht liegen.

(Abg. Wintruff SPD: Wir sind aber nahe dran!)

Diese familienpolitischen Leistungen können sich auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern sehen lassen,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Au!)

aber ich bezweifle entschieden, Frau Rastätter, ob das von Ihnen anvisierte flächendeckende Angebot einer offenen Schule am Nachmittag und damit ein flächendeckendes Ganztagsangebot sinnvoll ist.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Klar ist – ich sage das, damit Sie mich nicht bewusst missverstehen –, dass es gute Gründe für die Einrichtung von Ganztagsangeboten gibt. Es geht mir nicht um die einfache Abweisung von Ganztagsangeboten. Wir fangen auch hier im Land nicht bei null an.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber fast!)

Natürlich haben sich gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen, die den Wandel der Situation von Familien und Frauen beinhalten. Selbstverständlich müssen wir den veränderten Lebensverhältnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden.

(Abg. Zeller SPD: Was gilt jetzt?)

Das heißt für diejenigen, die für die Bildungspolitik und die Bildungsplanung zuständig und verantwortlich sind,

(Seimetz)

dass im Kontext von Schulentwicklungsprozessen Ganztagsangebote Platz haben müssen – aber bitte doch nicht in dem von Ihnen vorgestellten Riesenwurf.

Von welchen Nachfragepotenzialen gehen Sie denn aus? Sie arbeiten doch mit utopischen Bedarfsfeststellungen, die uns wirtschafts- und finanzpolitisch überfordern würden.

Ich will aber gar nicht diese nüchterne ökonomische Argumentation bemühen, obwohl wir aus unserer Position der Gesamtverantwortung heraus diese Argumente nicht ignorieren dürfen. Ich will vielmehr pädagogisch fragen. Dann sehe ich ganz unterschiedliche Wirklichkeiten der Erziehungs- und Betreuungsnotwendigkeiten. Ich sehe keineswegs gleichartige Familienmilieus und gleichartige gesellschaftliche Kulturen.

(Abg. Zeller SPD: Wer spricht denn davon? Wer sagt denn so etwas?)

Für einen Teil unserer Kinder und Jugendlichen wäre es geradezu eine Zumutung, wenn wir sie, wie Sie es wollen, über den ganzen Tag hinweg mit Unterricht und Betreuungsangeboten zudecken würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: „Flächendeckend“ heißt doch nicht, dass jeder gehen muss!)

So sehr ich für Schule aufgeschlossen bin, weiß ich – und das wissen doch auch Sie –, dass die meisten Schülerinnen und Schüler nach der Schule anderswohin wollen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Hätten Sie sich besser krankgemeldet!)

Sie wollen nachmittags absolut nicht in der Schule bleiben. Sie hält am Nachmittag nichts in der Schule. Sie haben ihre Orte und Räume, in denen sie sich entwickeln und Halt finden können, außerhalb der Schule.

Das pädagogische Problem unserer modernen Gesellschaft ist die Differenz. Deshalb kann die Antwort auf Problemlagen dieser Gesellschaft überhaupt nicht in einem vereinheitlichenden Konzept bestehen, wie Sie es vorschlagen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber Sie halten am dreigliedrigen Schulsystem fest?)

Sie konstruieren ein vermeintlich grandioses Bildungs- und Betreuungskonzept, das Sie noch mit Begriffen wie „pädagogische Qualitätssicherung“ oder „innovative Schulentwicklungsprojekte“ garnieren. Doch Sie müssen sich sagen lassen, dass Ihre Konzeption der Modernisierung unserer Gesellschaft nicht gerecht wird und sich in ihrer eindimensionalen Ausrichtung von der Wirklichkeit abkoppelt.

Wirklichkeit ist allerdings, dass es Ganztagsangebote geben muss. Das ist kein Widerspruch.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das können nur Sie verstehen! – Abg. Zeller SPD: Das ist ein Eiertanz ersten Grades!)

Wir wissen alle, dass es Standorte gibt, die ein Ganztagsangebot zwingend erscheinen lassen, und ich sage das Enga-

gement meiner Fraktion in dieser Frage zu, wenn es um die Förderung von Kindern und Jugendlichen geht, die dadurch tatsächlich Chancen erhalten,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Muss man sich da bei Ihnen anmelden, oder geht das auch anders?)

die dadurch so etwas wie Stabilität erfahren und für deren Identitätsentwicklung eine weitgehende Betreuung und ein erweitertes Angebot unterstützend wirken.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Wintruff SPD: Er muss aber noch sagen, was die CDU wirklich will! So viel Zeit müssen wir ihm geben!)

Abg. Seimetz CDU: Ich werde jetzt kurz zusammenfassen: Auch wir wissen, dass aus der Situation der berufstätigen Mütter da und dort ein Ganztagsangebot notwendig wird, wenn wir deren Berufsmöglichkeiten damit unterstützen müssen. Das erfordert dann nicht nur eine ernsthafte Überprüfung, sondern hier muss auch die Durchsetzung angegangen werden.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Und wann? – Abg. Wintruff SPD: Wie denn nun? Ja oder nein?)

– Wir sind doch schon lange dabei.

Ernsthaft bedeutet für mich aber gerade nicht, dass wir kurzerhand ein flächendeckendes Konzept einfordern. Das ist der Punkt, an dem Sie überhaupt nicht solide arbeiten. Wir wollen dort, wo der Bedarf und die Notwendigkeit gegeben sind, für Ganztagsangebote, auch für Ganztagschulen, eintreten. Das unterstreiche ich gerade auch im Hinblick auf unsere schwächeren Schülerinnen und Schüler. Hierzu brauchen wir die entsprechenden Pädagoginnen und Pädagogen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Ein Ganztagsangebot ist nicht nur eine organisatorische Maßnahme,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Richtig!)

gewissermaßen eine äußere Bedingung. Viel wichtiger ist es, eine pädagogisch-inhaltliche Zielrichtung zu verwirklichen. Dies findet aber nicht unbedingt und wie von selbst bei einem Nachmittagsangebot oder bei einer Nachmittagsbetreuung statt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Und jetzt ist Feierabend!)

Die eigentliche schwierige Aufgabe, die wir haben, ist eine pädagogische, der wir uns stellen müssen. Die Lösung – ich sage es noch einmal –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Es wird nicht besser, Herr Seimetz!)

besteht nicht in einer Dauerbetreuung. Die Lösung besteht nicht in einem Daueringebot für Kinder und Jugendliche

(Seimetz)

von 8 bis 17 Uhr. Sie besteht für junge Menschen in einer pädagogischen Spitzenleistung, die nicht nach Stunden bemessen mehr oder weniger gut ausfällt. Es geht um eine Erziehungsaufgabe besonderer Qualität.

Weil dies so ist, lehnen wir den Antrag der Grünen ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Seimetz, es ist Ihnen gelungen, Ihre Redezeit um nahezu 80 % zu überziehen.

(Abg. Wacker CDU: Die Rede war exzellent! Das hat sich gelohnt! – Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Kleinmann wird um 90 % überziehen! – Gegenruf von der CDU: Kleinmann wird entsprechend kürzen! – Unruhe)

Ich erteile Herrn Abg. Zeller das Wort.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg bildet im Bereich der Ganztagschulen ein trauriges Schlusslicht. Von rund 4 500 allgemein bildenden Schulen sind, wie wir erst kürzlich gehört haben, nicht 112, sondern 118 Ganztagschulen. Dazu sage ich: Das ist ein Armutszeugnis.

Wenn wir Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern vergleichen – ich will gar nicht europäische Vergleichsmaßstäbe anlegen –, müssen wir erkennen, dass wir wirklich an letzter Stelle stehen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ich weiß nicht genau, was Herr Seimetz sagen wollte;

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

er hat ja hier einen gewissen Eiertanz aufgeführt. Im Grunde genommen ist aber eigentlich unbestritten, dass wir mehr Ganztagschulen und mehr Ganztagsangebote brauchen. Das ist unter Fachleuten eigentlich unbestritten – aber nicht nur unter Fachleuten, sondern auch von kommunaler Seite wird ein deutlicher Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten gefordert.

Herr Seimetz, insofern ist immerhin korrekt: Ganztagschulen bieten verbesserte Bildungschancen, sie bieten mehr Chancengleichheit. Im Übrigen gibt es auch interessante Untersuchungen, wonach im Ergebnis zum Beispiel die Abbrecherquote und die Sitzenbleiberquote in Ganztagschulen wesentlich geringer als in Halbtagsschulen sind. Die Ganztagschulen haben unbestritten enorme Vorteile. Insofern verstehe ich gar nicht, dass Sie von Gleichmacherei und solchem Zeug reden. Das, was Sie ausgeführt haben, war ein bisschen wirr.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir wissen auch, dass Ganztagschulen einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Im Übrigen geht es dabei auch um freiwillige Angebote und nicht um Pflichtvorschriften. Es sind freiwillige Angebote. Wenn allerdings Kinder dieses Angebot annehmen, ist es natürlich für ein Schuljahr verpflichtend.

Wir wissen inzwischen auch, dass Ganztagsangebote einen Standortvorteil bilden. Wirtschaft und Gewerkschaften sind sich deshalb darin einig, dass solche Angebote an einem Ort einen wirtschaftlichen Vorteil darstellen. Es gibt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, die besagt, dass jede zweite berufstätige Mutter – in der Regel geht es hierbei ja um Mütter und seltener um Väter – mit schulpflichtigen Kindern solche Ganztagsbetreuungsangebote für dringend notwendig hält. Deshalb verstehe ich den Popanz, den Sie hier aufgebaut haben, überhaupt nicht.

(Beifall der Abg. Christine Rudolf SPD)

Es ist dringend notwendig, hier in Baden-Württemberg mehr Ganztagschulen einzurichten. Das ist der zentrale Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da haben Sie, Herr Seimetz, Ihre Fraktion und Ihr Ministerium, bisher kläglich versagt.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Sie haben nur Lippenbekenntnisse abgegeben, aber in der Tat ist hier nichts unternommen worden.

Dann wird behauptet, es gebe gar keine Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen. Wissen Sie, wie das in der Praxis läuft? Wenn ein Schulträger eine Ganztagschule einrichten möchte, erkündigt er sich natürlich vorher danach, ob dafür überhaupt eine Chance bestehe. Sie sagen – und das haben Sie gerade bestätigt –, Sie ließen nur Ganztagschulen in so genannten Brennpunktschulen zu.

(Abg. Seimetz CDU: Wo es Bedarf gibt, ja!)

Deswegen werden gar keine Anträge mehr gestellt. Wir brauchen aber Ganztagschulen nicht nur bei den so genannten Brennpunktschulen, sondern in allen Schularten und in allen Schulformen, und das fehlt hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Nebenbei ist ja schon in – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Zeller SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Kollege Zeller, geben Sie zu, dass in der vergangenen Legislaturperiode allen Anträgen auf Einrichtung von Ganztagschulen, die ernsthaft gestellt wurden, entsprochen wurde? Das war die Aussage des Kultusministeriums, die von Ihnen im Schulausschuss nicht widerlegt wurde. Ich bitte im Grunde hier nur um die gebotene Ehrlichkeit.

Abg. Zeller SPD: Herr Wacker, ich sage Ihnen: Ihre Äußerungen und die Äußerungen von Frau Schavan – wir werden sie ja nachher wahrscheinlich wieder hören – waren stets, dass Sie Ganztagschulen bei den Hauptschulen und so genannten Brennpunktschulen zulassen wollen. Die Schulträger kommen doch gar nicht auf die Idee, zum Beispiel für eine Grundschule einen Antrag zu stellen, weil von vornherein keine Aussicht auf Erfolg besteht – das ist die Tatsache –, und deswegen müssen Sie Ihre Politik ändern, damit die Schulträger aufgefordert werden, mehr Anträge zu stellen. Ich bin gespannt, ob Sie den Anträgen dann entsprechen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass jährlich 100 Ganztagschulen in Baden-Württemberg eingerichtet werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jährlich!)

Das wären also bis zum Jahr 2006 500 Ganztagschulen.

(Abg. Seimetz CDU: Egal, ob notwendig oder nicht!)

Dazu brauchen wir mehr Personal; wir brauchen 300 zusätzliche Stellen. Wir wollen diese Ganztagschulen regional ausgewogen einrichten, das heißt, jeder Landkreis und jeder Stadtkreis sollte mindestens zwei solcher Schulen pro Jahr bekommen, und wir wollen das Stück für Stück dem Bedarf entsprechend anpassen.

Klar ist, dass der Nachmittagsunterricht an vier Wochentagen stattfinden soll. Im Übrigen ist eine Ganztagschule konzeptionell ja etwas anderes als eine Halbtagschule mal zwei.

Für die Eltern soll dies kostenlos sein; das ist ganz wichtig. Wir wollen nicht, dass die Eltern für ein solches Angebot bezahlen müssen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Weil dies nicht ausreichen wird, Frau Fauser, brauchen wir darüber hinaus weitere Betreuungsangebote an unseren Schulen, und zwar – das sage ich auch wieder dazu – nicht nur an den Hauptschulen, sondern auch an den anderen Schularten. Deswegen – das werden Sie dann sehen – werden wir bei den kommenden Haushaltsberatungen dazu entsprechende Anträge stellen

(Abg. Seimetz CDU: Das bezweifle ich nicht!)

und jährlich 20 Millionen DM dafür beantragen, damit wir mehr Möglichkeiten und mehr Angebote im Ganztagsbereich bekommen, was letztendlich unseren Kindern, unseren jungen Menschen und uns allen nur gut tun wird.

Dann wird sich zeigen, wie ernst Ihre familienpolitische Aussage ist, wenn es darum geht, Geld für unsere jungen Menschen einzustellen und ihnen bessere Chancen zu geben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt, Dieter, räum ab! – Gerufen des Abg. Fischer SPD: Da gibt es nichts abzuräumen!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Der Ausbau schulischer Ganztagsangebote ist erforderlich, und zwar grundsätzlich in der ganzen Bandbreite solcher Angebote, also von der Kombination des schulischen Angebots mit den verschiedenen Formen von Betreuung bis hin zum Angebot von eigentlichen Ganztagschulen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Gründe hierfür sind bekannt und mittlerweile hier auch im ganzen Haus anerkannt. Ich erinnere nur daran: Es gibt Veränderungen innerhalb der Gesellschaft – auch Kollege Seimetz hat schon darauf hingewiesen –, Veränderungen vor allem auch in der Struktur der Familien, Veränderungen auch im beruflichen Leben, die mittelbar oder unmittelbar auf unsere Kinder zurückwirken. Unabhängig davon, ob diese Entwicklungen im Einzelnen zu begrüßen sind oder nicht – ich begrüße sie nicht; das sage ich hier ausdrücklich –, machen sie eine Ausweitung der bereits vorhandenen Betreuungsangebote erforderlich.

Ich unterstreiche, dass dies für uns Liberale ausdrücklich heißt: nicht nur die Angebote schulischer Betreuung quantitativ ausweiten, sondern auch mehr Angebote im Bereich von Ganztagschulen schaffen. Ich kann mich hierzu auf die Koalitionsvereinbarung beziehen, in der dies als gemeinsames Ziel der Koalition, Frau Kollegin Rastätter, eindeutig formuliert ist. Die Behauptung der Fraktion GRÜNE, die Koalitionsvereinbarung sei in diesem Punkt schwammig, weise ich ausdrücklich zurück.

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Das Gegenteil ist richtig. Lesen Sie es nach, Herr Palmer. Ich kann Ihnen die Koalitionsvereinbarung gern auszugsweise geben, und da steht es ganz eindeutig drin.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Papier ist geduldig!)

– Ja, Papier ist geduldig. Aber Koalitionsvereinbarungen sind nun mal Verträge, die auf das Papier gehören. Wo wollen Sie sie sonst hinschreiben?

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Auch wieder wahr! – Weitere Zurufe)

Das sind immer so kluge Hinweise der Roten und der Grünen.

Ebenso eindeutig weise ich alle Forderungen zurück, die aus dem Konzept der verlässlichen Grundschule, meine Damen und Herren, das die FDP/DVP gewollt und auch mit initiiert hat, eine obligatorische Halbtags- – Kollege Seimetz – oder gar Ganztagsgrundschule machen wollen. Wir haben darüber an dieser Stelle wiederholt und ausführlich debattiert, und zwar mit eindeutigem Ergebnis: Die

(Kleinmann)

Vorstellung von einer für alle verpflichtenden Halbtagsgrundschule hat hier im Haus keine Mehrheit!

Die verlässliche Grundschule wird mit uns ein Angebot bleiben, das flächendeckend vorhanden ist – und wir sind, um dies durchzusetzen, auf dem besten Weg; noch nicht ganz angekommen, Herr Zeller, das ist richtig –, ein Angebot jedoch, das eben ein Angebot ist, also niemanden dazu zwingt, sein Kind einer über den Unterricht hinausreichenden Betreuung zu überantworten.

Ich bekräftige noch einmal unser Ziel, mehr Ganztagschulen einzurichten, und zwar in allen Schularten. Wir halten hieran fest, aber wir sind – das sage ich als finanzpolitischer Sprecher meiner Fraktion – keine finanzpolitischen Traumtänzer.

Ebenso betone ich deshalb: Das in der Koalitionsvereinbarung hierzu festgehaltene Ziel ist in beiden Teilen richtig. Es ist richtig, das Angebot an Ganztagschulen vorrangig im Bereich der Hauptschulen, die ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllen, auszubauen. Dieser Ausbau ist auch bereits im Gange. Wir haben derzeit – ohne Sonderschulen und ohne Privatschulen; Herr Zeller hat diese Zahl schon genannt – 118 allgemein bildende Ganztagschulen, davon 82 Hauptschulen, und unter diesen wiederum befinden sich 60 Hauptschulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten: brennpunktorientiert. Seit dem Jahr 2000 wurden 40 Hauptschulen neu als Ganztagschulen eingerichtet. Das ist gegenüber den früheren Jahren eine, wie ich meine, enorme Steigerung, Herr Zeller, und weitere werden hinzukommen.

(Abg. Wintruff SPD: Wo nichts ist, kann man gut steigern! – Heiterkeit)

– Herr Kollege Wintruff, wenn Sie mir erklären können, wie die Zahl 118 weniger 40 als „nichts“ zu bezeichnen ist, möchte ich einmal sehen, welche Philosophie dahinter steckt.

(Abg. Zeller SPD: Aber Sie wissen, Herr Kleinmann, dass es zum Teil nur einzelne Klassen sind!
– Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Dennoch ist „nichts“ bei mir eher null als 118 weniger 40.

Meine Damen und Herren, wir halten daran fest, dass dieser Ausbau – –

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Entschuldigung, Sie waren doch vier Jahre mit an der Regierung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Was war denn damals los? Wo waren da die Ganztagschulen? Von 1992 bis 1996 haben Sie mitregiert.

(Abg. Wintruff SPD: Auch da hat es die CDU verhindert!)

Jetzt sind wir mit in der Regierung, und seit 2000 sind 40 neue Ganztagschulen geschaffen worden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Herren, gehen Sie einmal zur Nachhilfe in Mathematik.

(Abg. Wintruff SPD: Auch damals hat es die CDU verhindert! – Abg. Dr. Birk CDU: Kollege Kleinmann, mäßigen Sie sich!)

Herr Wintruff, wenn dem so ist – das glaube ich Ihnen ja gerne –,

(Heiterkeit – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aus eigener Erfahrung!)

dann haben wir es jetzt erreicht, dass 40 Ganztagschulen geschaffen wurden – was Sie nicht hinbekommen haben. Sehen Sie: Das ist der Unterschied zwischen Liberalen und SPD.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Wir hatten Erfolg.

Meine Damen und Herren, wir halten daran fest, dass dieser Ausbau in enger Abstimmung mit dem Schulträger erfolgen muss, denn dieser muss sich auch finanziell beteiligen. Es versteht sich von selbst, dass dies auch im Zusammenhang steht mit der – noch nicht abgeschlossenen – grundsätzlichen Abstimmung mit der kommunalen Seite über die generelle Ausweitung von Betreuungsangeboten.

Das Land wird den hierzu erforderlichen Beitrag leisten. Die FDP/DVP legt allerdings größten Wert darauf, dass die vorgesehene Ausweitung schulischer Betreuungsangebote einschließlich solcher der Schulsozialarbeit in die verschiedenen Hortangebote und deren Förderung durch das Land eingepasst ist. Ich stehe aber ohne Wenn und Aber auch dazu, dass die Koalitionsvereinbarung über die Ausweitung des Angebots von Ganztagschulen in anderen Schularten ausdrücklich – wie von Ihnen erwähnt, Herr Kollege Seimetz – die Bedingung nennt: „im Rahmen des finanziell Möglichen“. Wer den Eindruck erwecken will, die Debatte über mehr Ganztagschulen außerhalb der Frage des gegenwärtig finanziell Möglichen führen zu können, wie Sie von der SPD und von den Grünen das gerade tun, macht nicht zuletzt sich selbst etwas vor.

Meine Damen und Herren, wer sich die in Baden-Württemberg und natürlich auch anderswo vorhandene Ganztagschullandschaft konkret anschaut, muss sagen: Machen wir weiter so, schaffen wir noch einige neue Angebote. Ich glaube, mit diesem Konzept können wir gut leben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die Quintessenz vorwegzunehmen und den Konsens in diesem Haus zu erhöhen, bekenne auch ich mich gerne dazu, dass wir konsequent und über alle Bereiche hinweg unser Schulwesen im Rahmen der finanziellen

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Möglichkeiten weiterentwickeln und ausbauen müssen, auch wenn es um Betreuung und Ganztagsangebote geht. Darüber streitet in Wirklichkeit niemand mehr, weder in Baden-Württemberg noch sonst irgendwo.

(Abg. Zeller SPD: Herr Seimetz schon!)

– Nein, auch Herr Seimetz nicht.

(Abg. Zeller SPD: Doch, doch!)

– Da haben Sie nicht zugehört.

Der Konsens hört erstens auf bei der Bewertung dessen, was wir in Baden-Württemberg haben, zweitens bei der Bewertung dessen, wie Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern dasteht – ein beliebtes Spiel, das man gerne macht, auch heute –, und drittens möglicherweise auch – das wird sich im Laufe der Zeit dann zeigen – bei der Frage, wie wir weiterentwickeln. Zu allen drei Punkten will ich einige Informationen geben.

Erstens: Stand in Baden-Württemberg. Wir haben nicht nur – den Oktober 2001 nehme ich jetzt als Zeitpunkt – 118 Ganztagschulen im Bereich der Hauptschulen. Wir haben darüber hinaus über 200 Ganztagschulen im Sonderschulbereich, und wir haben neben den Horten Betreuung am Nachmittag – Stand Schuljahr 2000 – bereits an 239 Hauptschulen und an 108 Förderschulen. Wenn Sie nun das freiwillige Angebot an 239 Hauptschulen, 108 Förderschulen und 118 Ganztagschulen zusammenzählen, stellen Sie fest, dass es bereits heute 465 Schulen im Land gibt, die ein Angebot am Nachmittag und auch pädagogische Angebote machen. Von „Schlusslicht“ kann also überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Natürlich!)

Daneben wurden quer durch alle Schularten hindurch, also nicht konzentriert auf Brennpunkt- oder Hauptschule, bereits im Schuljahr 2000 64 767 Lehrerwochenstunden für Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag investiert – übrigens neben dem schlichten Wort Betreuung die für Schülerinnen und Schüler attraktivere Variante, weil Sie Jugendliche nicht am Nachmittag betreuen können, sondern diese wollen ein vernünftiges Angebot haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die wollen etwas tun, die wollen ihre Kompetenzen einsetzen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb sind diese rund 65 000 Lehrerwochenstunden, die da investiert sind, mindestens so wichtig, wie es die Weiterentwicklung von Betreuungskonzepten ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Schöne Ablenkung!)

– Lieber Herr Zeller, das ist nicht Ablenkung, das ist Teil eines Konzepts, das mehr als die populistische Forderung nach Ganztagschulen enthält.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Die ist nicht populistisch, die ist notwendig! Das zeigt aber Ihre Einstellung, weil Sie das als populistisch bezeichnen!)

Ich habe noch nichts zu den vielen Horten gesagt, und ich habe nichts gesagt – –

(Abg. Zeller SPD: Ganztagschulen sind Populismus! Das gibt es doch nicht!)

– Populismus ist, das Thema ausschließlich auf Ganztagschulen zu beschränken.

(Abg. Zeller SPD: Wer hat denn das gemacht?)

– Sie machen es an Zahlen fest und sprechen von Schlusslicht. Die Zahl heißt 465 Schulen, an denen wir konkrete Angebote haben – daneben die Arbeitsgemeinschaften, die Betreuung an der Grundschule und die Horten.

(Abg. Zeller SPD: Die Leute können schon rechnen!)

Das ist der Stand in Baden-Württemberg.

(Abg. Wintruff SPD: Das wird jetzt alles als Ganztagschulen verrechnet?)

– Nein, ich verrechne das nicht als Ganztagschulen, weil ich davon überzeugt bin, dass das, was wir Familien als Angebot machen, nicht nur in Form der Ganztagschule, die eine Zwangsveranstaltung ist, Bedeutung hat,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern dass dazu die Reihe der freiwillig anzunehmenden Möglichkeiten gehört. Dazu zählen Ganztagsangebote. Ich möchte, dass wir beides weiterentwickeln.

(Abg. Wintruff SPD: Das wollen wir auch! – Abg. Zeller SPD: Dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen!)

Damit komme ich zur Weiterentwicklung. Sie wissen, dass wir gerade in Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden stehen. Es geht jetzt um Weiterentwicklung in allen Segmenten. Erstens geht es um die Weiterentwicklung der Ganztagschule. Nächstes Etappenziel sind 170. Zweitens geht es um die Ausweitung von Ganztagsangeboten am Nachmittag. Drittens geht es um die Weiterentwicklung von Horten. Viertens geht es um die Weiterentwicklung von Angeboten, die sich im Bereich der Arbeitsgemeinschaften und auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden vollziehen. Das ist die Palette, über die wir derzeit diskutieren. Das ist die Palette, bei der wir natürlich – das gehört dazu – auch über Finanzen diskutieren. Ich bekenne mich dazu, meine Damen und Herren: Es ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, dass wir nicht mehr ankündigen, als wir tatsächlich leisten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Zeller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, sofort.

Das heißt im Umkehrschluss: Das, was wir ankündigen, wird von vornherein mit den Kommunen besprochen, so dass es tatsächlich umgesetzt wird. Ich habe es schon einmal gesagt: Am Ende der Legislaturperiode werden wir dann einmal sehen, wie wir im Ländervergleich dastehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Bevor ich zum Ländervergleich komme, lasse ich gerne eine Zwischenfrage zu.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, Sie haben das Wort.

Abg. Zeller SPD: Frau Ministerin, trifft es zu, dass Sie im Bereich Ihrer so genannten verlässlichen Halbtagschule planen, die jetzigen Personalkostenzuschüsse zu reduzieren und dieses Geld umzuschichten? Ist das Bestandteil der Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: In den Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden gibt es derzeit ganz verschiedene Varianten. Dazu gehören nicht nur die Segmente, die ich gerade genannt habe, sondern dazu gehört auch die Frage der Mitfinanzierung von Schulsozialarbeit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Und eine Variante, die im Zusammenhang mit einer deutlichen Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit diskutiert wurde, war dieser Vorschlag. Das ist kein spezifischer Vorschlag des Kultusministeriums, aber einer, von dem die Kommunen gesagt haben: Beim Abwägen werden wir ihn mit prüfen. Darüber gibt es keine Entscheidung, sondern das ist eine

(Abg. Zeller SPD: Das war Ihr Vorschlag? – Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Alfred Haas CDU: Zuhören!)

von mehreren Möglichkeiten, wie wir das System weiterentwickeln können.

Ich komme aber gleich noch zu finanziellen Anteilen von Ländern. Ich führe Ihnen gleich einmal ein paar Finanzanteile aus anderen Ländern vor. Dann können wir über diese Frage auch bei uns weiterdiskutieren.

Ich komme zum Ländervergleich. Immer wieder lese ich, Baden-Württemberg sei Schlusslicht.

(Abg. Zeller SPD: In mancher Hinsicht stimmt das!)

Nun wissen Sie, dass ich ja die Möglichkeit habe, ziemlich regelmäßig auch mit Kollegen und Kolleginnen aus anderen Bundesländern zu sprechen, zuletzt vergangene Woche bei der Kultusministerkonferenz hier in Stuttgart. Überall ist dies ein großes Thema. Wissen Sie, wie in Rheinland-Pfalz – das ist ja deren Konzept, das Sie uns hier anbieten

– das große Versprechen, 300 Ganztagschulen einzurichten – in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt eine oder zwei; das haben Sie noch vergessen –,

(Abg. Wacker CDU: Die entwickeln ja nichts Eigenes, die Genossen!)

eingelöst wird? Da werden Bürgermeister und Vereine eingeladen und gefragt, welches Angebot sie machen können, damit im Zusammenspiel von Kommune und Vereinen ein Nachmittagsbetrieb ermöglicht wird.

(Abg. Zeller SPD: Das sind zusätzliche Stunden!)

– Ja, bei uns gibt es auch zusätzliche Stunden.

(Abg. Wintruff SPD: Da zahlt das Land 100 %!)

Und in Rheinland-Pfalz beginnt man überhaupt erst im nächsten Schuljahr mit den ersten Standorten. Das heißt, Sie finden kein Land,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr!)

in dem das, was Sie fordern, Wirklichkeit ist

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

oder auf den Weg gebracht wird.

(Abg. Wintruff SPD: Dort zahlt das Land, Sie wollen es auf die Kommunen abwälzen! Das ist der Unterschied!)

– Das ist nicht wahr.

(Abg. Wintruff SPD: Doch!)

In Rheinland-Pfalz gibt das Land Lehrerstunden, und das andere ist Sache der Kommunen. Dort gibt es exakt die gleiche Diskussion wie bei uns. Die wird in Hessen so geführt, die wird in Niedersachsen so geführt, die wird in Schleswig-Holstein so geführt. Die wird nirgends anders geführt, allerdings mit dem Unterschied, lieber Herr Zeller, dass das große und auch nicht arme Land Nordrhein-Westfalen für Betreuungsangebote, für das, was damit über den Unterricht hinaus geleistet werden muss, für ein ganzes Schuljahr lediglich einen Zuschuss von 10 000 DM zur Verfügung stellt und die Mittel seit 1993 nicht erhöht worden sind. Das ist SPD-Politik: 10 000 DM pro Jahr, seit 1993 nicht erhöht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sie wissen aber, dass das nur ein Bestandteil von etwas ganz anderem ist! Sie vergleichen Äpfel mit Birnen! Das ist doch der Punkt! – Abg. Wintruff SPD: Die haben aber auch ein anderes Angebot an Gesamtschulen!)

– Ja, das kommt noch dazu. Ich wollte eleganterweise verschweigen, dass man da überhaupt nur ein Angebot bekommt, wenn man an der Gesamtschule ist, und dass die anderen Schulen bis heute massiv benachteiligt sind.

Noch einmal: acht Jahre lang! Schauen Sie sich die Kostenentwicklung und die Haushaltsmittel in den Jahren 1993 bis heute in Baden-Württemberg an, und dann schauen Sie

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

sich die Mittel in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum an. Dann sehen Sie den Unterschied zwischen SPD- und CDU-Politik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Die haben mehr Ganztagschulen und Ganztagsangebote als Baden-Württemberg!)

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung und komme damit auch zum Schluss: Eine Weiterentwicklung eines differenzierten Angebots muss und wird schon in den nächsten Haushalten sichtbar werden, ein Angebot, das die Veränderung der familiären Lebenswelten genauso berücksichtigt wie die Entwicklung in den Kinder- und Jugendwelten. Die bestehen nicht nur aus Schule. Dazu gehört, dass bei uns jeder zweite Jugendliche in einem Sportverein ist. Dazu gehören Jugendmusikschulen sowie die Jugendarbeit in vielen Bereichen. Das wollen wir Stück um Stück zusammenbringen. Dazu gehören Schülermentorensysteme mit der Möglichkeit für Schüler und Schülerinnen, zusätzlich Verantwortung zu übernehmen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein. – Ich komme jetzt zum Schluss.

Deshalb, lieber Herr Zeller: Wenn Sie sagen: „Es wird sich zeigen, ob Sie bereit sind, Geld für bessere Zukunftschancen für junge Menschen zu geben“, dann würde ich Ihnen raten, einmal eine Zeit lang, ein paar Monate, mit diesem Satz ein bisschen vorsichtiger umzugehen.

(Abg. Zeller SPD: Wir werden es bei den Haushaltsberatungen sehen!)

Es ist wiederum keine CDU-Pressestelle, die jedes Jahr erneut bekannt gibt: 41,5 % der in den Landeshaushalt von Baden-Württemberg eingestellten Mittel gehen in Schule und Hochschule. Jede vierte Mark aus diesem Landeshaushalt geht in die Schulen. Wenn Sie die Abfolge der Länder nehmen, müssen Sie schon ganz schön Rubriken heruntergehen, bis Sie ein SPD-Land darin finden.

(Abg. Rückert CDU: Do glotzschd!)

Deshalb sage ich zugespitzt: Wo die SPD regiert, ist garantiert, dass es weniger Geld für Bildung gibt als da, wo die CDU regiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/10. Frau Kollegin Rastätter, was wird beantragt: Überweisung oder Abstimmung?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Abstimmung.

Stellv. Präsident Birzele: Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/10, abstimmen. Wer

dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Zeller SPD: Knapp! – Weiterer Zuruf von der SPD: Sehr knapp!)

Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Um 14:00 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:22 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/322

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Weitergewährung von Zuschüssen nach § 45 a PBefG für Semestertickets an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Frau Abg. Bauer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

Besteht eine Vereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN), dass die Zuschüsse des Landes, die nach § 45 a PBefG an den VRN gezahlt werden, in gleicher Höhe weitergezahlt werden, auch wenn die Verkaufszahlen des Semestertickets sich rückläufig entwickeln oder wenn das Semesterticket durch das bestehende MAXX-Ticket ersetzt würde, das derzeit schon für Schüler besteht?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Mappus, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abg. Theresia Bauer wie folgt:

Eine Vereinbarung der in der Fragestellung genannten Art besteht nicht. Nach § 45 a PBefG hat ein Verkehrsunternehmen, nicht jedoch der Verkehrsverbund, einen Anspruch auf eine Zuwendung für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs. Im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar fallen darunter insbesondere das MAXX-Ticket und das Semesterticket. Dabei gilt: Je niedriger der Ertrag aus dem Beförderungsentgelt, desto höher ist die Zuwendung. Abgerechnet wird grundsätzlich auf der Grundlage der tatsächlich verkauften Fahrausweise. Sind die Verkaufszahlen rückläufig, reduziert sich auch die Zuwendung.

(Staatssekretär Mappus)

Findet nur eine Umschichtung zwischen mehreren Angeboten von Ausbildungszeitfahrausweisen statt, kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass die Einnahmen der Verkehrsunternehmen aus Erträgen und Ausgleichsleistungen gleich hoch bleiben.

Für das MAXX-Ticket gibt es allerdings eine Sonderregelung. Weil dieses Tarifangebot wesentlich günstiger als herkömmliche Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs ist, war es notwendig, besondere Verfahrensabsprachen für die Ausgleichsberechnungen zu treffen. Mit Rheinland-Pfalz, Hessen und der Verbundgesellschaft der Verkehrsunternehmen wurde einvernehmlich eine Deckelung der Ausgleichsleistungen vereinbart, die allerdings bisher wegen der unerwartet hohen Nachfrage jährlich nachverhandelt werden musste.

Diese Deckelung erfolgt durch die Festlegung einer Obergrenze von ausgleichsberechtigten Stückzahlen. Für das Semesterticket des VRN besteht eine solche Deckelungsregelung nicht. Bei der Berechnung der Ausgleichsleistung für das Semesterticket werden also alle verkauften Stückzahlen berücksichtigt. Werden weniger Semestertickets verkauft, erhalten die Verkehrsunternehmen auch weniger Ausgleichsleistungen. Steigen die Studierenden vom Semesterticket auf das MAXX-Ticket um, kann letztlich nicht ausgeschlossen werden, dass die Verkehrsunternehmen wegen der Deckelungsregelung weniger Ausgleichsleistungen erhalten.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen? – Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Drogenpolitik in Baden-Württemberg – Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige – Drucksache 13/19**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Erlass einer Rechtsverordnung für den Betrieb von Drogenkonsumräumen – Drucksache 13/21**
- c) **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Drogenpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/105**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung je fünf Minuten, für die Aussprache über a bis c fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Wem von der Fraktion GRÜNE darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Lösch, Sie erhalten das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein suchtpolitisches Gesamtkonzept muss auf vier gleichberechtigten Säulen basieren: auf der Prävention, der Suchtkrankenhilfe, der Repression und den Überlebenshilfen. Angesichts der hohen Zahl der Drogentoten in Baden-Württemberg ist aus unserer Sicht eine differenziertere Sicht der Suchtpolitik unerlässlich, die Überlebenshilfen und Schadensminimierung einschließt.

In der Koalitionsvereinbarung kann man unter dem Titel „Drogenpolitik“ nachlesen – so, wie es auch in der Stellungnahme zu unserem Antrag zu lesen ist –:

Die Landesregierung wird ihren Kurs in der Drogenpolitik mit den Elementen Prävention, Therapie (einschließlich Überlebenshilfe) und Repression konsequent fortsetzen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Richtig!)

Nun kann „konsequent fortsetzen“ heißen: „Augen zu und durch! Was interessiert mich, wie zielgenau die bestehenden Angebote sind, wie sie überhaupt angenommen werden – Hauptsache, die ideologische Ausrichtung stimmt.“ Oder: „Konsequent fortsetzen“ kann auch heißen, die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln und das Suchtkrankenhilfesystem um neue Angebote und Maßnahmen zu ergänzen, und zwar vor allem im Bereich der Überlebenshilfen, wo das bisherige Hilfesystem nicht ausreicht.

Im Jahr 2000 sind in Baden-Württemberg 287 Drogentote zu beklagen gewesen. Auch wenn das nur ca. 5 % der Abhängigen entspricht und die meisten Abhängigen oder die meisten Drogentoten nach wie vor im Bereich der legalen Süchte, vor allem im Bereich des Alkohols, zu beklagen sind, ist dies kein Argument, für diese Gruppe nichts zu tun. Denn jeder Drogentote ist ein Drogentoter zu viel.

Viele Wege führen in die Sucht, und so müssen auch viele Wege aus der Sucht führen.

Ich verstehe die Suchtkrankenhilfe als ein Baukastensystem, das für die verschiedenen Gruppen verschiedene Möglichkeiten anbietet – so auch für die Gruppe der Langzeitabhängigen, die alle Therapiewege schon durchlaufen haben und immer wieder rückfällig geworden sind. Um diese Personen letztlich vor dem Tod zu bewahren, brauchen wir für diese Gruppe auch niedrigschwellige Angebote.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Angekündigt war in der Koalitionsvereinbarung ebenfalls die Prüfung, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen eine stationäre Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, bei denen wiederholte Therapien zur Entziehung erfolglos geblieben sind, als qualifizierte Ausstiegshilfe ermöglicht werden kann. Auf diese Ergebnisse, auf die wir immer noch warten, bin ich gespannt.

Der Städtetag hat sich Anfang Mai zu Wort gemeldet und die Formulierungen in der Koalitionsvereinbarung ebenfalls als nicht weitgehend genug bezeichnet. Der Städtetag will die Möglichkeit einer Abgabe von Heroin und einer Einrichtung von Drogenkonsumräumen. Er hat Minister Repnik einen Modellversuch in zwei oder drei Städten vorgeschlagen – gedacht war an Mannheim oder Lörrach –, wo die Einrichtung und der Betrieb von Drogenkonsumräumen nach den Vorgaben des Betäubungsmittelgesetzes und unter Berücksichtigung der gewachsenen kommunalen Suchthilfekonzepte zeitlich befristet erprobt werden sollten.

In einem offenen Brief hat der Oberbürgermeister von Mannheim diesen Vorschlag ausdrücklich unterstützt. Mi-

(Brigitte Lösch)

nister Goll von der FDP/DVP – da kommt er gerade –, an den der Brief auch gerichtet war, hat am 10. Mai gegenüber der Presse verkündet, er spreche sich für eine medizinisch kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige aus. Er mache sich für einen Modellversuch stark, mit dem die neue Drogenpolitik auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung mit der CDU erprobt werden solle.

Sein Ministerkollege Döring, der ebenfalls der FDP/DVP angehört, hat in einem SWR-1-Spezial im Juni in seiner ihm eigenen Art verkündet: „Ich glaube, dass wir im Jahr 2001 Fixerstuben haben werden.“

Das ist, finde ich, ein Grund, nachzufragen: Wie sieht denn die neue Drogenpolitik aus? Gibt es eine neue Drogenpolitik? Wenn ja, würde uns interessieren, wie und vor allem wann sie umgesetzt werden soll.

Wir halten den Einstieg in Überlebenshilfen für dringend notwendig. Nach Aussage des Statistischen Landesamts hat Baden-Württemberg die höchste Sterberate durch Drogen unter den Flächenstaaten in Deutschland. Während die Drogensterblichkeit Mitte der Neunzigerjahre im Bundesdurchschnitt rückläufig war, musste Baden-Württemberg einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Im Jahre 2000 gab es 287 Drogentote. Das ist von 1997 bis 2000 eine Zunahme um 26 %. Das ist überproportional; das ist die höchste Zuwachsrate in einem Flächenstaat in Deutschland.

Als die Landesregierung zu unserem Antrag Stellung genommen hat, lag die vom Sozialministerium in Auftrag gegebene IFT-Studie, die eine Analyse der Drogentodesfälle in Baden-Württemberg zum Auftrag hatte, noch nicht vor. Inzwischen liegt diese Studie vor. In ihr wird festgestellt, dass die hohe Zahl der Drogentoten Anlass geben muss, über Veränderungen hinsichtlich Interventions- und Präventionsstrategien zur Verhinderung zukünftiger Drogentodesfälle nachzudenken. Dabei wird explizit auch auf die Einrichtung von Drogenkonsumräumen verwiesen. Das heißt, wenn man die Ergebnisse dieser Studie ernst nimmt und das nicht nur „weiter so wie gehabt“ bedeuten soll, müsste daraus eigentlich folgen, dass man tatsächlich in die Überlebenshilfe für Schwerstabhängige einsteigen muss. Deshalb fordern wir in unserem Antrag auch, dass Sie die Konsequenzen aus der von Ihnen in Auftrag gegebenen Studie tragen und mit uns gemeinsam, wie es die kommunalen Landesverbände auch fordern, einen Modellversuch für eine kontrollierte Heroinabgabe und einen Modellversuch für Drogenkonsumräume als einen weiteren Baustein für eine humane Drogenpolitik zulassen sollen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die erste suchtpolitische Debatte in dieser Legislaturperiode. Wir sollten uns deshalb auch einmal vor Augen halten, auf welcher Grundlage wir diskutieren.

In Baden-Württemberg leben schätzungsweise 250 000 alkoholkrank und rund 150 000 medikamentenabhängige Menschen. Rund 20 000 Personen sind in Baden-Württem-

berg von illegalen Drogen abhängig. Frau Lösch ist auf die Sterblichkeitsrate in diesem Bereich schon eingegangen. Ende der Neunzigerjahre war die Sterblichkeit, die durch Drogenkonsum verursacht wird, in Baden-Württemberg um nahezu zwei Drittel höher als im übrigen Bundesgebiet.

Wir haben also allen Grund, heute über das Thema „Überlebenshilfen für suchtkranke Menschen“ zu diskutieren. Das ist aber nur ein Ausschnitt des vielfältigen Gesamtthemas Suchtpolitik. Es ist jedoch, weil es um die Verhinderung von Tod und Leid für suchtkranke Menschen geht, ein sehr wichtiger Ausschnitt.

Seit Jahren diskutieren wir im Land über die Einrichtung von Drogenkonsumräumen und über die ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin an eine eng umgrenzte Gruppe von Schwerstabhängigen. Was ist jedoch in den letzten fünf Jahren der Regierung von CDU und FDP/DVP geschehen?

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Viel!)

Nicht sehr viel, denn die erforderliche Weiterentwicklung bei der Suchtkrankenhilfe ist ausgeblieben. Die Suchtpolitik der Landesregierung war durch Selbstblockaden gekennzeichnet. In der Regierungskoalition lieferten sich ideologische Hardliner und die Befürworter einer humaneren Suchtpolitik ideologische Scheingefechte auf dem Rücken der suchtkranken Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Folge war ein jahrelanger lähmender Stillstand. Eigentlich müsste in dieser Legislaturperiode dieser lähmende Stillstand im Interesse der betroffenen Menschen so rasch wie möglich überwunden werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die ablehnende Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Vorstoß, die für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen erforderliche Rechtsverordnung endlich – endlich! – zu erlassen, macht aber deutlich, dass die ideologische Selbstblockade der Regierung von CDU und FDP/DVP

(Abg. Fleischer CDU: Die Ideologie ist bei Ihnen, Frau Kollegin!)

auch in dieser Wahlperiode fortgesetzt wird. Ich stelle fest: Auch die FDP/DVP-Minister im Kabinett tragen diese Blockadehaltung des Sozialministers sehr bewusst mit.

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Besonders mitleiderregend agiert bei diesem Thema die FDP/DVP-Fraktion. Früher hatten die Kollegen Noll und Glück zu ihrem gemeinsamen Glück noch die Republikaner im Landtag. Sie konnten ihr regelmäßiges Einknicken bei den entsprechenden Landtagsabstimmungen immer damit rechtfertigen, dass es sowieso keine Mehrheit für eine neue Suchtpolitik geben würde, weil die CDU dies zusammen mit den Republikanern verhindern würde.

Nun ist auch diese Rechtfertigung beim Teufel, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP-Fraktion. Es gibt in diesem Landtag eine Mehrheit für eine andere Suchtpolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Glauben Sie das im Ernst?)

(Ursula Haußmann)

Die Wählerinnen und Wähler haben am 25. März dafür gesorgt. Es ist nun an Ihnen, dieser neuen Mehrheit Geltung zu verschaffen. Die Zeit der Ausreden und die Zeit des Vertröstens ist vorbei.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wie in Berlin bei euch!)

Wenn Sie heute unseren Antrag ablehnen, haben Sie dafür keine Ausrede mehr. Sie müssen heute klarstellen, ob Sie für eine humane Suchtpolitik stehen oder ob Sie abermals vor der CDU zu Kreuze kriechen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Was Sie machen, ist inhuman, Frau Kollegin!)

Ich bin wirklich gespannt, mit welcher argumentativen Pirouette die FDP/DVP diesmal ihr Einknicken rechtfertigen will.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Sind Sie wirklich gespannt?)

Meine Damen und Herren, was steht denn zu diesem Thema im Koalitionsvertrag? Nur ein paar lächerliche Ladenhüter. Ein alter Hut wird als neuer Kompromiss verkauft. Die FDP/DVP hat sich weder bei der Möglichkeit zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen noch bei der Beteiligung des Landes an Modellversuchen zur ambulanten Heroinvergabe durchsetzen können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso denn Modellversuche?)

Die so genannte Alternative der stationären Heroinvergabe – Herr Haas, passen Sie auf, da können Sie noch etwas lernen –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Von wegen! Haben Sie eine Ahnung!)

die Sie in der Antwort auf den Antrag der Grünen ins Spiel bringen, ist nichts als ein fadenscheiniges Ablenkungsmanöver, denn bereits im letzten Jahr hat die Landesregierung einräumen müssen, dass sich trotz wiederholter Ankündigung ihres Sozialministers keine stationäre Einrichtung zur Durchführung eines Modellversuchs zur stationären Vergabe von Heroin an Süchtige bereit gefunden hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir brauchen doch kein Modell mehr! – Abg. Hillebrand CDU: Die Modelle sind in der Schweiz gescheitert!)

Deshalb sind die entsprechenden Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und in Ihrer Antwort auf den Antrag bereits jetzt gegenstandsloses Geschwätz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Experten haben ein eindeutiges Urteil gefällt. Dieses Konzept ist fachlich ungeeignet und kein Ersatz für die in der Fachwelt mittlerweile unumstrittene ambulante Heroinvergabe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Unumstritten? Jetzt geht es aber los!)

Überlebenshilfen für langjährig schwerstabhängige drogenkranke Menschen, für die andere Hilfe nicht oder zumindest nicht sofort möglich ist, sind ein unverzichtbarer Baustein der Suchtpolitik, den die Landesregierung aus ideologischen Gründen blockiert.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Haushaltsmitteln für die Suchtpolitik sagen. Wir haben im Land einen Bedarf an 40 zusätzlichen Fachkräften in den Suchtberatungsstellen. Der erforderliche Ausbau scheitert mangels entsprechender Haushaltsmittel. Im Gegenteil: Die Landesförderung der Beratungsstellen ist seit Jahren eingefroren. Angesichts steigender Personalkosten öffnet sich die Schere zwischen den tatsächlichen Personalkosten und der Landesförderung immer weiter. Dies führt dazu, dass viele Dienste in ihrem Bestand gefährdet sind. Dieser Entwicklung muss aus Sicht der SPD-Fraktion Einhalt geboten werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Tun wir schon!)

1995, Herr Haas, zu Zeiten der großen Koalition, standen im Landeshaushalt für Suchthilfe und -prävention Haushaltsmittel in Höhe von 22,7 Millionen DM zur Verfügung. Im Jahr 2000, unter CDU und FDP/DVP in diesem Land, standen dagegen gerade einmal 17,8 Millionen DM zur Verfügung. Dies ist trotz zunehmendem Bedarf eine Kürzung von 21,5 %. – Jetzt erwarte ich Ihren Zwischenruf, Herr Haas, aber es kommt nichts.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nächstes Jahr wird es halbiert!)

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Lasotta.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dr. Lasotta!)

Abg. Dr. Lasotta CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Uns liegen heute drei Anträge vor, und ich bin Ihnen dankbar, Frau Kollegin Lösch und Frau Kollegin Haußmann, dass Sie selbst erwähnt haben, dass Ihre Anträge natürlich nur einen Baustein der Drogenpolitik betreffen.

Aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass Sie die Wertigkeiten verschieben. Die Überlebenshilfe ist mit Sicherheit nicht das zentrale Element der Drogenpolitik in Baden-Württemberg, braucht es auch überhaupt nicht zu sein. Wenn Sie jetzt das Bild einer „Lichtgestalt Fixerstube“ aufbauen, das die Probleme in Baden-Württemberg lösen werde, liegen Sie eben falsch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt doch gar niemand! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Lassen Sie die lieber sterben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben selbst die Zahlen genannt, die für Baden-Württemberg gelten: 20 000 Abhängige von illegalen Drogen. Sie haben aber folgende Zahl vergessen: Wir haben 2 Millionen abhängige Raucher in Baden-Württemberg. Wenn Sie die Zahl der Drogentoten nehmen – in Baden-Württem-

(Dr. Lasotta)

berg 287 – und sie einmal mit den Toten aus dem Bereich des Alkohols und des Nikotins vergleichen –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zwei Drittel mehr als im übrigen Bundesgebiet!)

das sind bundesweit 40 000 Tote aufgrund alkoholbedingter Erkrankungen und 110 000 Tote aufgrund nikotinbedingter Erkrankungen –, zeigt das, dass Sie die Wertigkeiten falsch setzen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Deswegen müssen wir hier schon ein bisschen andere Zielsetzungen vornehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Welche?)

Was sind die Zielkriterien der baden-württembergischen Drogenpolitik? Ausstiegsorientierung ist ein wichtiges Element unserer Politik, das zentrale Element der Drogenpolitik. Deswegen dürfen wir das nicht ohne Not aufgeben.

Wenn Sie in der aktuellen Debatte Fixerstuben fordern, verkennen Sie, dass Sie damit vielleicht für 3 % der Patienten im illegalen Drogenbereich etwas tun würden, aber für 97 % ein fatales Signal setzen würden, indem Sie die Leute nämlich nicht aus der Sucht herausholen, sondern sie drin behalten und damit den anderen ein falsches Beispiel geben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Deswegen steht bei unserer Drogenpolitik der Abhängige im Mittelpunkt und nicht irgendeine ideologische Überlegung oder irgendein Schaugefecht, in dem Sie wieder etwas Neues eröffnen und sagen: „Jetzt lösen wir die Probleme.“

Im Übrigen ist auch barmherziges Samaritertum in der Drogenpolitik nicht gefragt. Wir müssen vielmehr die Maßnahmen ergreifen, die den Patienten wirklich helfen, und wir dürfen nicht ohne Not bewährte Grundsätze aufgeben. Man kann auch, wenn man es gut meint, etwas Schlechtes tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber gar nichts ist auch gar nichts!)

Wir haben ein differenziertes Betreuungsangebot mit niedrighwelligen Angeboten, fast 400 Stellen in der psychosozialen Betreuung, Kontaktläden, Streetworker, unsere kommunalen Suchtbeauftragten. 550 Ärzte substituieren, und wir haben niedrighwelligen Entzug. Das wollen wir weiterentwickeln. Selbstverständlich bleibt die Drogenpolitik nicht stehen, und darauf werden wir in der jetzigen Legislaturperiode den Schwerpunkt legen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir werden das sehr gespannt beobachten!)

Wir werden die von uns eingeführten Maßnahmen mit der Jugendhilfe, mit der Jugendgerichtshilfe, mit der Sozialarbeit zusammen weiter vernetzen, wir werden die Präventi-

on stärken – ein Element, das in Ihren Reden überhaupt nicht vorgekommen ist, keine starke Gewichtung gefunden hat. Ich glaube, es ist schon wichtig, unseren jungen Leuten zu vermitteln, dass wir etwas tun, um überhaupt Sucht zu verhindern; denn wir wissen genau: Je später jemand einsteigt – zum Beispiel beim Rauchen oder beim Alkohol Trinken –, umso weniger wird er in eine illegale Sucht abgleiten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen brauchen wir hierfür auch verstärkt Geldmittel.

Die Bundesregierung sagt uns Rauchern jetzt, wir sollten für die innere Sicherheit rauchen, genauso wie sie uns sagt, wir sollten für die Rente tanken.

(Unruhe bei der SPD)

Wir sagen: Wir wollen das Geld aus der Erhöhung der Tabaksteuer in eine vernünftige Prävention und Gesundheitspolitik geben, unsere Angebote weiter vernetzen. Selbstverständlich sind wir auch für neue Therapieverfahren offen wie zum Beispiel für Akupunktur oder für eine verstärkte Öffnung im ambulanten Bereich, weil wir dann die Patienten auch wirklich erreichen.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Schäuble: Sehr gut!)

Ausstiegsorientierte Angebote, die sich dann auch wirklich an wissenschaftlichen Kriterien der Effizienz und Effektivität orientieren, sodass wir wissen, wie viele Leute wir aus der Sucht herausholen, wie hoch die Rückfallquote ist und wie die soziale und berufliche Wiedereingliederung stattfindet – nach diesen Kriterien werden wir unser vernetztes Angebot weiterhin steuern und ausbauen.

Ganz zum Schluss zur Zahl der Drogentoten – weil ich meine Redezeit schon überzogen habe –: Frau Lösch, Sie haben dieses Gutachten, das in Auftrag gegeben wurde, zitiert. Auf Seite 111 steht da auch – ich zitiere wörtlich –:

Insbesondere Maßnahmen der Überlebenshilfe wirken lebensverlängernd, ohne dass notwendigerweise eine Reduktion der Todesrate damit verbunden sein muss.

Sie können die Drogenpolitik nicht von der Zahl der Drogentoten abhängig machen, denn die Zahl der Drogentoten ist unter anderem von der Qualität des Stoffes abhängig: Da ist einmal eine „gute“ Charge dabei, sodass es zu Überdosierungen kommt, oder Leute, die nicht mehr süchtig waren, erleiden nach dem Wiedereinstieg, weil sie eine niedrigere Toleranz haben, diesen schrecklichen Tod. Das allein an der Zahl der Drogentoten aufzuhängen ist unredlich und unehrlich. Sie benutzen hier ein Argument, welches den Patienten, den Menschen, überhaupt nicht gerecht wird.

Wir bleiben bei unserer bewährten Drogenpolitik in Baden-Württemberg und werden diese weiterhin ausbauen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Lasotta, ich will Sie nur darauf aufmerksam machen, dass Sie noch 5 Minuten und 57 Sekunden Redezeit haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: In der zweiten Runde! –
Abg. Fleischer CDU: Das war sehr freundlich! –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat nicht mehr zu sagen gewagt, Herr Präsident!)

Nicht, dass da ein Irrtum vorgelegen hätte.

Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lasotta, so viel Ovationen möchte ich nach einer Rede auch einmal haben. Herzlichen Glückwunsch! Das war Ihre erste.

(Abg. Herrmann CDU: Das liegt doch an Ihnen! –
Zurufe von der CDU: Das kommt immer darauf an!)

– Es kommt auch immer darauf an, von welcher Seite der Beifall kommt.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anträge der Grünen und der SPD weisen auf zwei objektive Feststellungen hin.

Zum einen wird eine Veröffentlichung des Statistischen Landesamts zitiert, wonach die Rate der Drogentoten in Baden-Württemberg die höchste unter den Flächenstaaten ist. Etwas haben Sie dabei vergessen, Frau Haußmann – Sie fixieren mich gerade mit dem Blick; das ist mir sehr angenehm –:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich bin sehr gespannt, was Sie sagen, Herr Glück!)

Die Datenlage ist sehr schmal. Das heißt, eine wirkliche Signifikanz kann daraus nicht geschlossen werden. Das sollten Sie vielleicht dazusagen.

Das Zweite ist der Drogenbericht der Bundesregierung. Dort wird festgestellt, dass die Zahl der Drogentoten dort geringer ist, wo genügend niedrigschwellige Angebote bestehen und wo unter anderem auch Konsumräume vorhanden sind. Die Kausalität allerdings zwischen den Konsumräumen einerseits und den Drogentoten andererseits ist so klar nicht bewiesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da lesen Sie mal die IFT-Studie, Herr Dr. Glück!)

Ob man sie so wie in der Stellungnahme einfach als empirische Feststellung abtun darf, das ist eine ganz andere Sache.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ist das jetzt schon der Beginn der Pirouette?)

– Wir zwei können mal eine Pirouette machen. Dann werden wir mal sehen, wer besser aussieht!

(Heiterkeit)

Was dann aber kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ist nichts anderes als die alte Leier: The same procedure as every year. Sie erfragen Dinge, deren Antwort Sie bereits kennen; Sie fordern Dinge, von denen Sie wissen, dass sie der Fachminister nicht unterschreibt, auch wenn Sie ihn siebenmal darauf hinprügeln, und Sie zitieren uns, obwohl Sie wissen, dass die Koalitionsvereinbarung uns die Hände bindet. Was solls also?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was verlaublich sind Sie dann ständig in der Zeitung? Das passt doch nicht zusammen!)

Was wollen Sie denn von uns? Sie kennen doch unsere Meinung, und teilweise ist sie doch identisch mit dem, was Sie fordern.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Beifall von uns!)

Sie dürfen mir glauben: Ich würde manchmal teilweise gern andersherum argumentieren. Herr Lasotta, wir sollten uns – hier können wir es nicht – einmal privatissime über diese Sachen unterhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Sie wollen nichts anderes, als dass wir zwei-, dreimal im Jahr verquere Winkelzüge machen – Pirouetten, wie Sie es nennen –, um uns aus der Sache herauszuwinden. Sie kennen unsere Koalitionsvereinbarung.

Jetzt mal ganz ehrlich: Wie soll ich denn anders argumentieren? Sachlich wissen Sie doch, wo ich stehe. Diese Koalitionsvereinbarung ist eine gute Grundlage für eine Zusammenarbeit von CDU und FDP/DVP und auch eine gute Grundlage für die Drogenpolitik, und selbst zur Überlebenshilfe enthält die Koalitionsvereinbarung wirklich sehr gute Vorhaben. Das wird aber immer ins Perverse gezogen, wenn man Drogenpolitik nur auf zwei Teilgebiete fokussiert, nämlich Fixerräume und kontrollierte Heroinvertgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Zwar sind auch wir der Meinung, die ganze Fraktion – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch ein völliger Quatsch!)

– Ja, gut, „völliger Quatsch“. Das ist Ihre Meinung. Herzlich gern. Sehr charmant ausgesprochen zumindest.

Wir fordern dies, wir wollen dies, aber Sie wissen ganz genau, dass wir das nach der Koalitionsvereinbarung im Augenblick nicht können, und jetzt gegen die CDU zu stimmen – das wissen Sie doch ganz genau – wäre die Aufkündigung der Koalition.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre mutig!)

Das ist doch scheinheilig, wenn Sie sagen, wir sollten jetzt nur einmal schnell mit der Opposition stimmen. Das ist doch keine Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Scheinheilig ist in dieser Sache etwas anderes, Herr Dr. Glück!)

(Dr. Glück)

Unser Antrag entspricht dem größten gemeinsamen Nenner, den wir hibekommen haben.

Jetzt will ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, noch etwas sagen. Wenn es Ihnen wirklich um die Weiterentwicklung der Drogenpolitik geht, wenn das wirklich die Intention ist, dann sollten sie nicht jedes Viertel- oder halbe Jahr immer wieder das Gleiche tun und uns provozieren, sondern dann sollten Sie auch einmal unserem Koalitionspartner die Muße und die Gelegenheit geben, seine eigene Meinung in Ruhe fortzuschreiben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einzige Chance!)

Dann kommen wir endlich zu dem Ziel, das wir haben wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Dr. Glück, Ihre Hoffnung hat Sie nicht getrogen, was den Beifall betrifft.

(Heiterkeit)

Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist einiges gesagt worden, das mich sehr gefreut hat, und einiges, von dem ich finde, dass es in einer solchen Diskussion fehl am Platz ist. Deshalb möchte ich einiges klarstellen.

Wir sehen die Fixerstuben nicht als „Lichtgestalt“ und fokussieren uns nicht nur auf einen oder zwei Bereiche in der Drogenpolitik.

(Abg. Alfred Haas CDU: So Ihr Antrag!)

Unser Antrag hat einen Bestandteil aus dem Gesamtkonzept der Drogenpolitik, der Suchthilfe herausgenommen, und zwar aufgrund der Aussagen, die Sie in der Koalitionsvereinbarung gemacht haben. Ich bin dem Kollegen Lasotta sehr dankbar für seinen Antrag, in dem die gesamte Drogenpolitik, das gesamte Suchtkonzept von Baden-Württemberg zur Diskussion steht.

Sie müssen wissen: Ich betrachte die Suchtpolitik nicht als ein Thema, das sich zur Ideologisierung eignet. Mir geht es tatsächlich um die Kranken, um die Süchtigen. Ich weiß sehr wohl über den Unterschied der legalen und der illegalen Drogen Bescheid. Ich weiß auch, dass der Großteil der Abhängigen im Bereich der legalen Süchte zu finden ist. Trotz alledem finde ich es richtig, sich auch um den anderen – wie Sie sagen, kleinen – Teil der Abhängigen zu kümmern. Es ist zynisch, zu sagen, dies seien bloß 5 % oder weniger, daher müsse man nichts für sie tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Jeder Drogentote ist ein Drogentoter zu viel, egal, ob er an legalen oder illegalen Mitteln stirbt.

Selbstverständlich steht für mich der Abhängige im Mittelpunkt. Wir führen schon seit Jahren eine Form der Suchtprävention durch, bei der es um Persönlichkeitsstärkung geht, nicht nur um die Aufklärung über Suchtmittel im le-

galen oder illegalen Bereich. Deshalb finde ich: Prävention ist das A und O der Suchtpolitik. Die Landesregierung sagt immer, ihr sei die Suchtprävention so wichtig; aber man muss sagen, auch in der Suchtprävention könnte man mehr tun.

Zum einen – Frau Kollegin Haußmann hat es angesprochen – haben die psychosozialen Beratungsstellen einen riesengroßen Bedarf an Personal, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens kommen zu den Angeboten der Suchtprävention viele Schulkassen und Gruppen; dort gibt es einen regelrechten Boom. Die Beratungsstellen kommen mit ihren Angeboten im Endeffekt gar nicht mehr nach und fordern deshalb Personalstellen.

Der zweite Grund liegt in der Substitution. Sie haben gesagt, Substitution sei nur sinnvoll, wenn sie unter psychosozialer Betreuung erfolgt. Wir haben diese psychosoziale Betreuung nur für ca. ein Drittel der Substituierten. Wenn wir jetzt wollen, dass die psychosoziale Betreuung ausgebaut wird, brauchen wir auch dafür wieder Personal. Deshalb kann es einfach nicht sein, dass die Antwort des Sozialministeriums auf die Briefe der kommunalen Landesverbände, die darstellen, dass sie ganz dringend Unterstützung brauchen, lautet, dass es einen Antragsstau von 40 Stellen gebe, dass man aber leider nichts machen könne. Dann kann man aber, finde ich, nicht sagen, Prävention sei die wichtigste Säule in der Suchtpolitik von Baden-Württemberg. Das stimmt dann einfach nicht.

Zum Zweiten: „In der Ruhe liegt die Kraft.“ Na gut, die Politik der ruhigen Hand oder was es da alles gibt.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das hat der Schröder gesagt!)

– Ja, da ist ja etwas Wahres dran. Aber man muss einfach auch einmal sehen: Erstens ist das heute in dem neuen Landtag unsere erste Diskussion zur Suchtpolitik. Ich finde es wichtig, dass man in eine Diskussion darüber einsteigt, wie die Suchtpolitik sich weiterentwickeln soll. Zweitens, finde ich, kann man schon ganz realistisch sagen: Wir diskutieren diese Themen nicht erst seit gestern, sondern wir diskutieren diese Themen schon seit Jahren. Ich finde, nach fünf Jahren kann man schon erwarten, dass das eine oder andere zu Ende überlegt worden ist. Es würde mich dann schon interessieren, wie die Ergebnisse dieser Diskussion aussehen.

Es gibt Studien in der Schweiz. In der Schweiz laufen ja die Modellversuche mit „Gassenzimmern“ schon lange. Da gibt es ausgewertete Studien. Da muss man nicht bei Adam und Eva noch einmal anfangen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

sondern da kann man sich auf Ergebnisse beziehen, und diese kann man dann auch in die Suchtpolitik in Baden-Württemberg einfließen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb meine ich nach wie vor: Bitte lösen Sie sich von dieser Ideologie im Bereich der Suchtpolitik. Lassen Sie uns gemeinsam den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

(Brigitte Lösch)

Stimmen Sie unserem Antrag zu, einen Modellversuch zu starten, um diesen Langzeitabhängigen, diesen Schwerstabhängigen zu helfen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben doch gerade gesagt, es gibt schon alles!)

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Glück, ich habe mir schon bei der Vorbereitung meiner Rede vorgestellt, dass Ihre Klagen über die Beziehungskiste mit der CDU-Fraktion kommen werden.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Keine Klagen, eine Feststellung!)

Auch Ihre Pirouette, die Sie jetzt wieder vollführt haben, konnte ich mir schon vorstellen. Deshalb habe ich mir einmal die Mühe gemacht, die Liste der leeren Versprechungen der FDP/DVP zur Suchtpolitik zusammenzustellen.

Bereits 1996 hat die SPD im Landtag beantragt, dass wissenschaftlich begleitete Erprobungsmodelle staatlich kontrollierter ärztlicher Heroinverschreibung unter sozial- und psychotherapeutischer Begleitung ermöglicht werden und die Rechtmäßigkeit von Konsum- und Gesundheitsräumen durch entsprechende Vorschriften in den Betäubungsmittelgesetzen ermöglicht wird; vgl. Drucksache 12/115.

Am 26. September 1996 führte die FDP/DVP im Sozialausschuss zu diesem Antrag aus – ich zitiere –:

Die Position der FDP/DVP liege inhaltlich nicht weit von dem entfernt, was die Antragsteller forderten. Die aufgegriffene Angelegenheit sei der FDP/DVP wichtig, stelle für sie jedoch keinen Anlass dar, sich gleich in der zweiten Ausschusssitzung von ihrem Koalitionspartner CDU spalten zu lassen. Die FDP/DVP wünsche sich genügend Zeit, um mit der CDU darüber beraten zu können, was sich gemeinsam tragen lasse.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wissen Sie auch etwas Neues? – Abg. Pfister FDP/DVP: Alles richtig!)

Anstatt sich mit der CDU zu beraten, Herr Dr. Glück, tritt die FDP/DVP aber zunächst selber. Im März 1997 machte ein Streit zwischen FDP/DVP-Justizminister Goll und der Landtagsfraktion Schlagzeilen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Was?)

– Sie wissen es schon gar nicht mehr. Sie sind Weltmeister im Verdrängen. – Goll lehnte die Einrichtung von Drogenkonsumräumen im Gegensatz zur Haltung seiner Fraktion ab; vgl. „Südwest Presse“ vom 4. März 1997.

Im Herbst 1997 brachte die SPD erneut einen Antrag mit derselben Zielrichtung ein.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Zitieren Sie alles? Sind das alles Zitate?)

Im Frühjahr 1998 wurde dieser Antrag im Plenum beraten. CDU und FDP/DVP lehnten den Antrag wiederum ab.

(Abg. Alfred Haas CDU: Eine gute Entscheidung!)

Der suchtpolitische Sprecher der FDP/DVP, Dr. Horst Glück, gab zum Abstimmungsverhalten folgende Erklärung ab:

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: So schön hat noch niemand meinen Namen ausgesprochen! – Abg. Alfred Haas CDU: Es wäre besser, Sie würden mal etwas zur Drogenpolitik der SPD sagen!)

Ich habe gegen den Antrag der SPD gestimmt, und zwar nicht, weil ich inhaltlich so sehr davon entfernt wäre, sondern deshalb, weil ich zutiefst bedaure, dass heute zur Unzeit diskutiert worden ist und wir der Sache Schaden zufügen. Im Übrigen gebe ich diese Erklärung in gleicher Weise auch für eine Reihe meiner Fraktionskollegen ab.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Daran hat sich nichts geändert!)

So im Plenarprotokoll nachzulesen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Haußmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Glück?

Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich will Herrn Dr. Glück gerade noch einmal diese Liste der leeren FDP/DVP-Versprechungen aufs Auge drücken. Anschließend können wir uns gern unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

1998 beantragte die SPD erneut, dass das Land sich an einem Modellversuch zur heroingestützten Behandlung von Suchtkranken, die mit den bisherigen Hilfemaßnahmen nicht oder nicht erfolgreich behandelt werden konnten, beteiligen solle. Die baden-württembergischen Städte, die Interesse an der Beteiligung an einem solchen Modellversuch signalisiert hatten, sollten unterstützt werden, indem das Land sich an den Kosten eines solchen Modellprojekts beteilige.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nullverschuldung!)

Ich zitiere aus dem Bericht über die Beratung des Antrags Drucksache 12/3873:

Ein FDP/DVP-Abgeordneter erklärte, der Einsatz von Heroin in der Überlebenshilfe für Suchtkranke werde zwar in der Stellungnahme des Sozialministeriums noch keineswegs so dargestellt, wie er sich dies wünschen würde, aber . . . er sei der Meinung, dass hier ein riesiger Fortschritt zu verzeichnen sei. Denn bis vor kurzem sei Heroin noch ein Non-Wort gewesen,

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Stimmt!)

und nun schreibe der Sozialminister immerhin, dass Heroin zur Therapie, wenn auch nur im stationären Bereich, eingesetzt werden könne.

(Ursula Haußmann)

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das war ein Quantensprung!)

Diesmal enthielt sich die FDP/DVP nicht mehr der Stimme, sondern stimmte mit der CDU gegen den Antrag. Die von der FDP/DVP angesprochene und von der CDU bewusst als Ablenkung ins Spiel gebrachte stationäre Therapie-Alternative entpuppte sich auch bald als Rohrkrepierer. Das Sozialministerium musste im Sommer 2000 einräumen, dass keine Klinik entsprechende Konzeptionen oder Anträge vorgelegt hatte.

Dann tönte noch Herr Döring 1998 öffentlich in der Zeitung, die Drogenpolitik müsse ins Kabinett. – Dieses Trauerspiel ließe sich unendlich fortführen.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP:

(Minister Dr. Döring: Ich bin gerade noch rechtzeitig gekommen, Frau Haußmann! Wann war das noch einmal?)

– Schon 1998, Herr Wirtschaftsminister. Ich kann Ihnen nachher den Presseauschnitt geben.

Wenn Sie schon das Gefühl haben, dass Sie mit Ihrem Koalitionspartner keine Fortschritte in eine moderne Suchtpolitik machen können, dann gehen Sie diesen Weg heute mit uns. Die Mehrheit dazu haben wir mit Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das würde Ihnen so passen!)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Haußmann, Sie haben angekündigt, nach Ihren Zitaten Herrn Glück die Möglichkeit einer Nachfrage zu geben, nachdem die Redezeit abgelaufen ist.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Haußmann, Ihre langen Aufzählungen beweisen doch eigentlich, wie unnötig die heutige Debatte ist, weil die Spielregeln die gleichen sind.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Voraussetzungen sind noch ganz genau dieselben. Dann muss ich wieder zu dem kommen, was ich eingangs sagte. Sind Sie sich darüber im Klaren

(Zurufe: Frage!)

– ich habe es gerade noch rechtzeitig eingebracht –: The same procedure as every year? Ihr solltet meinen Nachsatz berücksichtigen: Gebt dem Koalitionspartner einmal ein bisschen Zeit zum Nachdenken.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich bin mir darüber sehr wohl im Klaren. Ich frage mich, wie lange die FDP/DVP noch Zeit braucht.

(Abg. Pfister und Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wir brauchen keine Zeit!)

Es ist ein unendliches Trauerspiel mit Ihnen. Ich wehre mich dagegen, dass Sie Fortschritte in der Zeitung verkündigen und hier im Parlament mit Rücksicht auf Ihren Ko-

alitionspartner keinen Schritt in eine moderne Drogenpolitik zu gehen bereit sind. Das ist ein Trauerspiel. Ich rahme Ihnen diese lange Liste der leeren FDP/DVP-Versprechungen ein. Die können Sie sich irgendwo hinhängen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Lasotta, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Haußmann, man muss sich ja bei der Debatte schon fragen, um was es Ihnen eigentlich geht. Geht es Ihnen um die Drogenpolitik in Baden-Württemberg oder darum, einen Keil zwischen CDU und FDP/DVP zu treiben?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe ja dafür großes Verständnis. Als Opposition würde ich das auch machen. Das ist doch selbstverständlich. Da nutzt man ja jedes Scheinargument.

(Abg. Zeller SPD: Sie machen beides!)

Aber Sie disqualifizieren sich mit dieser Debatte,

(Lachen bei der SPD)

weil Sie sich nicht um die Drogenpolitik und die Abhängigen in Baden-Württemberg kümmern.

Frau Lösch, Sie haben durchaus qualifizierte Beiträge geleistet und haben ein differenziertes Bild der Drogenpolitik hier geliefert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich bin gerade erschrocken!)

Ich denke, wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Es ist wirklich eine Frage der Wertigkeiten. Sie dürfen ausstiegsorientierte Angebote nicht ohne Not aufgeben. Sie wollen in der Drogenpolitik einen Paradigmenwechsel, und das wäre ein falscher Weg. Baden-Württemberg hat das ausdifferenzierteste Angebot in der Drogenpolitik. Das wird uns von allen Fachleuten bestätigt. Sprechen Sie einmal mit Professor Mann – der einzige Lehrstuhl für Suchtmedizin in Deutschland ist an der Universität Heidelberg/Mannheim ansässig –, der uns das genauso bescheinigt. Daher glauben wir, dass wir auf einem guten Weg sind.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wo kommen denn Ihre Drogentoten her? Erklären Sie das einmal! Das ist halt echter Zufall, oder?)

– Jetzt nennen Sie die Drogentoten. Darüber kann man natürlich diskutieren. Sie haben Recht, dass da zufällige Elemente eine Rolle spielen. Wenn Drogenabhängige aus Frankfurt nach Heilbronn fahren und sich da einen goldenen Schuss setzen und dann hier in der Drogenstatistik mitgezählt werden, haben wir eben entsprechend andere Zahlen. Wenn in der Schweiz Drogenabhängige abgeschoben werden und in Lörrach landen, dann haben Sie einen Anstieg der Zahl von Drogentoten in Lörrach. Das ist doch selbstverständlich.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

(Dr. Lasotta)

Selbst das Gutachten über die Drogentoten, das in Auftrag gegeben wurde, gibt doch keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass die Zahl der Drogentoten direkt von diesen Angeboten der Überlebenshilfe abhängig ist. Da müssen Sie schon ein bisschen genauer lesen, wenn Sie ein entsprechendes Bild dazu aufbauen wollen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Lassen Sie mich noch auf zwei oder drei Punkte eingehen, die in der Diskussion angesprochen worden sind. Genauso, wie wir die Fixerstuben für falsch halten,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Drogenkonsumräume sind das!)

halten wir die ambulante Heroinabgabe für falsch, weil wir denken, dass hier ein falsches Signal gegeben wird, wenn Leute in ihrer Sucht gehalten werden. Das passiert auch bei der ambulanten Heroinabgabe. Da ist eben kein Anreiz dafür da, auszusteigen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Drogenabhängigen brauchen einen gewissen Druck vom Staat, zumindest eine gesellschaftliche Ächtung dieser Droge, um letzten Endes vielleicht doch noch in die Therapie zu gehen und auszusteigen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die Erfahrungen in der Schweiz betrachten: Da wird ja jetzt in bestimmten Bereichen Heroin auf Krankenschein abgegeben. Da sehen wir in diesen Städten im Rahmen von Modellversuchen im Vergleich mit Methadon,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

dass manche Therapieeinrichtung nicht mehr genügend Abhängige bekommt und dass Therapieeinrichtungen schließen müssen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Die müssen schließen, weil sie keine Gelder von Ihnen bekommen! Deshalb schließen die!)

Stellen Sie sich einmal das Bild vor: Der Staat gibt nur noch Heroin ab, und wir kriegen niemanden mehr in die Therapie hinein. Das wollen wir nicht. Wir wollen den Betroffenen, den Patienten, den Abhängigen aus ihrer Sucht heraushelfen. Danach werden wir unsere Angebote ausrichten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Ruth Weckenmann SPD sowie Brigitte Lösch und Kretschmann GRÜNE)

Wo kommen wir denn hin? Wo ist denn das Ziel? Sprechen Sie einmal mit den Leuten in Nordrhein-Westfalen, die diese Fixerstuben betreiben. Was haben die denn für Ziele? Die Leute in dieser Stube zu halten, dass sie weiterhin fixen. Sie haben aber keinerlei Angebote, die Leute wirklich aus der Sucht herauszuholen. Das ist ein falscher Weg.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Das gilt im Übrigen auch in Basel, wo ja schon wieder eine Fixerstube zugemacht werden soll.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie sollten ein bisschen mehr differenzieren! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal etwas zu Baden-Württemberg!)

Wenn Sie sehen, was sich da in der Dealerszene um diese Fixerstuben herum entwickelt, glaube ich auch nicht, dass Sie dieses vom Städtetag ordnungspolitisch gedachte Element, die Leute aus dem Straßenbild wegzubringen, letzten Endes verwirklichen können. Da geht es doch nicht um die Hilfe für die Patienten und die Abhängigen, sondern da geht es um rein ordnungspolitische Gesichtspunkte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Es geht darum, dass die Leute keinen Drogenabhängigen auf der Straße sehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vielleicht der Gewerbeverein oder der Herr Schill, aber bestimmt nicht die Städte!)

– Frau Lösch, ein bisschen kenne ich mich schon mit der Thematik aus. Als Narkosearzt ist mir der Umgang mit Betäubungsmitteln nicht ganz fremd,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

denn ich arbeite in diesem Bereich. Nehmen Sie bitte auch einmal einen fachlichen Rat einfach an.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mit Patienten und Abhängigen spreche, dann sagen mir alle oder ein großer Teil, 95 %, dass letzten Endes der Druck, die Ächtung vom Staat, die Repression für sie mit ein entscheidendes Element gewesen ist, aus der Sucht herauszukommen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Das dürfen wir ohne Not nicht aufgeben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werden wir selbstverständlich unsere Angebote weiterentwickeln. Wir sind für alles offen, was ausstiegsorientiert ist. Wir machen ja auch Modellprojekte, zum Beispiel über die Landesstiftung. Wir arbeiten mit Kindern von Suchtkranken. Dafür stehen 1,5 Millionen DM zur Verfügung.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das sind wichtige Elemente in dem Kampf gegen die Abhängigkeit. Bitte versuchen Sie nicht, ein Bild zu erstellen, als ob wir uns hier in der Drogenpolitik nicht weiterbewegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir erstellen kein Bild; das ist die Realität!)

(Dr. Lasotta)

Manchmal ist die Kärnerarbeit und das Bewährte viel wichtiger für die Abhängigen als irgendeine Idee,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, was ist da Weiterentwicklung?)

die letzten Endes aber nicht umgesetzt werden wird, weil sie den Patienten und den Abhängigen nicht helfen wird.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Repnik.

(Abg. Bebbler SPD: Ein klares Signal jetzt!)

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bebbler meinte, ich solle ein liberales Signal geben. Ich sage in aller Offenheit gerade an die Freunde des liberalen Koalitionspartners, dass wir in Baden-Württemberg gemeinsam eine Drogenpolitik und eine Suchtpolitik machen, die sich in ganz Deutschland sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Natürlich gibt es da und dort auch innerhalb der Koalitionsparteien in dem einen oder anderen Schwerpunkt noch einige Unterschiede. Das darf ja auch so sein. Aber wir machen gemeinsam eine gute Drogen- und Suchtpolitik.

Es ist schon verwunderlich – Frau Lösch, Ihnen sehe ich es nach, weil Sie ja neu im Landtag sind.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Nein, das meine ich jetzt nicht negativ. – Es ist aber schon verwunderlich, dass man immer wieder die Zahl der Drogentoten als Maßstab für die Drogenpolitik nimmt. Wir haben dies nie getan. Wir waren im Übrigen bis zum Jahr 1999 immer führend, ganz unten, was die Zahl der Drogentoten anbelangt. Niemand aus der Opposition hat uns gelobt nach dem Motto: „Sie machen eine gute Drogenpolitik.“ Jetzt ist sie hochgestiegen. Das hat etwas mit Aussiedlern und mit Schwerpunkten zu tun, zum Teil auch mit besonderem Stoff, der auf dem Markt war. Plötzlich heißt es, wir würden eine schlechte Drogenpolitik machen.

Ich nenne Ihnen einmal ein paar Zahlen. Wenn dem so wäre: In Bremen haben wir eine Sterberate von 11,46 Drogentoten auf 100 000 Einwohner.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Keine Flächenstaaten!)

– Moment, das ist in Ordnung.

In Bremen haben wir eine Sterberate von 11,46 Drogentoten auf 100 000 Einwohner. Jetzt nehmen wir einen Flächenstaat: In Nordrhein-Westfalen – dort gibt es teilweise Fixerstuben – liegt diese Sterberate bei 2,86. Das sind die Zahlen vom letzten Jahr. In Baden-Württemberg – wir haben keine Fixerstuben – haben wir eine Sterberate von 2,73 Drogentoten auf 100 000 Einwohner.

Ich weiß nicht, ob man diese Zahlen wirklich hochrechnen darf, weil sie eben nicht der Maßstab für eine gute Politik sind.

Ich sage in aller Offenheit – Sie haben es hier angesprochen –: Wir brauchen eine humane Drogenpolitik. Sie sagen uns, wir sollten nicht ideologisch sein. Ich bin in dieser Hinsicht Ideologe. Ich habe die Ideologie, dass wir dem Kranken, dem Abhängigen helfen sollten, aus der Krankheit herauszukommen. Da bin ich Ideologe.

(Beifall bei der CDU)

Wir akzeptieren in Baden-Württemberg Drogenabhängige als Kranke, aber wir akzeptieren nicht die Drogenakzeptanz. Ja zum Kranken, Hilfe zum Ausstieg, aber mit Sicherheit keine Hilfen zum Drinbleiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen heilen helfen. Deswegen geben wir alle Hilfen zum Ausstieg, aber nicht zum Drinbleiben. In Baden-Württemberg werden wir uns nicht auf die beiden Punkte fokussieren, die Sie immer wieder ansprechen, die Sie jedes Jahr wieder bringen, um den Koalitionspartnern rote Ohren zu verschaffen; ich weiß das ja.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jedes halbe Jahr, Herr Minister!)

– Jedes halbe Jahr. – In Baden-Württemberg haben wir eine Drogenpolitik, eine Suchtpolitik, die umfassend ist. Wir haben – die Zahlen wurden schon genannt – insgesamt 420 000 Schwerstabhängige, davon ca. 250 000 Alkoholabhängige, 150 000 Medikamentenabhängige und 20 000 von illegalen Drogen Abhängige. Bei Ihnen dreht es sich doch immer darum, was wir mit den von illegalen Drogen Abhängigen machen. Ihnen fällt nichts anderes ein, als gebetsmühlenartig zu fordern: Macht endlich eine Rechtsverordnung für Heroinmodelle oder für den Bereich der Fixerstuben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist wegen der IFT-Studie!)

– Es ist ja schön, dass Sie die IFT-Studie gelesen haben. Diese Studie wurde übrigens von mir auf den Weg gebracht, weil ich mich darüber gewundert habe, dass so viele Drogentote zu Lebzeiten bei Ärzten in Methadonbehandlung waren. Über 20 % der Drogentoten sind direkt oder indirekt substituiert gewesen und waren bei Ärzten in Behandlung. Vor zehn Jahren hat man gesagt, mit Methadon könne man alles regeln und heilen, die Drogenabhängigen könnten aussteigen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat kein Mensch behauptet!)

– Das hat man gesagt. So war das doch immer. Herr Kretschmann, Sie waren dabei. Wir haben hier 1988, 1989 und 1990 schon Debatten über Schweizer Modelle geführt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch alles Schwarz-Weiß-Malerei!)

(Minister Dr. Repnik)

– Nein, ich male nicht schwarz-weiß. Vor zehn Jahren hat es geheißen: Mit Methadon kann man heilen, mit Methadon kann man aussteigen. Mit Methadon kann man ausschleichen. Methadon gibt keinen Kick.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Wir haben inzwischen über 3 500 Menschen in Methadonprogrammen und wissen ganz genau: Ohne psychosoziale Betreuung kann niemand aussteigen.

Dann kam die nächste Forderung: „Denjenigen, die kein Methadon vertragen, geben wir eben Heroin. Diesen armen Kerlen geben wir Heroin.“ Das ist doch ein Anachronismus sondergleichen. Warum?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

– Nein. Frau Haußmann, Sie sollten einmal zuhören.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kann ich nicht zuhören!)

Wir haben doch keinen reinen Heroinjunkie mehr. Es handelt sich doch bei allen um Politoxikomane.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, und?)

Die nehmen Heroin, die nehmen Kokain, die saufen, die rauchen, die schnupfen, die nehmen Crack,

(Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: 80 % sind es!)

Rohypnol, Tranquilizer, alles. Bei 98 % handelt es sich um Politoxikomane.

(Abg. Wieser CDU: Poli! Nicht Mono! – Zurufe von der SPD)

– Vielleicht übersetzt für die, die das nicht verstehen: Das sind die Vielgiftler.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Wieser CDU: Die Präsidentin soll einmal für Ruhe sorgen!)

Das heißt doch im Umkehrschluss: Wenn ich bereit bin, Heroin im ambulanten Bereich zu geben, wie es die Schweiz gemacht hat – ich kann ein paar Zahlen nennen –, muss ich mir doch die Frage stellen: Heute Heroin – – Aber jetzt ist der Betreffende vielleicht ein Kokser. Ja, warum gebe ich dem nicht Kokain? Ein anderer hängt vielleicht auf Crack. Einem Dritten gebe ich meinetwegen ein anderes Rauschmittel. So ist es.

(Zuruf: Trollinger! – Heiterkeit)

– Trollinger, natürlich.

Aber nein: Sie merken etwas.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, ich hoffe, dass Sie etwas merken.

In der Schweiz hat es nicht funktioniert, weil es den reinen Heroinjunkie nicht gibt. Das würde bei uns natürlich auch nicht funktionieren können.

Es ist auch überraschend, dass während der Modellversuche in der Schweiz – die Abhängigen sind ja drei- oder viermal angetreten, um ihr vom Staat bezahltes Heroin abzuholen –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

6 % der Teilnehmer weiterhin noch illegal Heroin dazugespritzt haben, 19 % gelegentlich. 5 % haben täglich noch Kokain dazugespritzt. Auch Cannabis-Missbrauch war regelmäßig mit dabei. Auch Benzodiazepin und Alkohol wurden regelmäßig konsumiert.

(Unruhe)

Das heißt, Sie haben damit nichts erreicht. Und nur 3 % dieser kranken Menschen waren bereit, sich zum Ausstieg in eine weiterführende Therapie zu begeben.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Heroingaben

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sind Menschen!)

– natürlich, es dreht sich um Menschen – mit Sicherheit der falsche Weg. Wir wollen alles tun – wir geben übrigens über 20 Millionen DM pro Jahr aus; ich möchte ein Bundesland sehen, das so viel ausgibt –, dass den Menschen geholfen wird – gerade wenn sie krank sind –, ihre Krankheit zu überwinden und sich auch der Nachsorge zu unterziehen, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer will denn das nicht? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das wollen alle!)

– Ich will nicht suchterlängernde Maßnahmen ergreifen. Jemanden zu heilen heißt: heraus aus der Sucht, heraus aus der Krankheit.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Einstieg zum Ausstieg!)

– Einstieg zum Ausstieg: Jetzt haben wir mit Methadon doch den Einstieg zum Ausstieg gemacht – wahnsinnig viele, die da aussteigen. Jetzt wollen wir bei Heroin den Einstieg zum Ausstieg. Sie können doch niemandem erklären, dass er dann aussteigen soll, wenn er Heroin bekommt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ein geringer Prozentsatz, der das erhalten würde! Das sind schwerstkranke Menschen!)

Deswegen habe ich gesagt: Wenn wir den Einstieg zum Ausstieg – – Frau Haußmann, ich rede doch über Schwerstkranke. Sie verstehen es nicht.

Ich habe gesagt: Wenn wir den Einstieg zum Ausstieg machen – übrigens, ein Apotheker kann mit Heroin sehr wohl umgehen, weil er weiß, was das ist –, wäre es sinnvoll, dass man einen Heroinjunkie in der Tat zum Herausschleichen auch im stationären Setting bringt.

(Abg. Döpfer CDU: Schwerstabhängige!)

(Minister Dr. Repnik)

– Ein Schwerstabhängiger, aber bitte im stationären Setting.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Nur: Mir sagen die Ärzte eben, und zwar in großer Breite: „Das macht deswegen keinen Sinn, weil wir keinen reinen Heroinjunkie mehr haben. Wir können mit dem Originalstoff nicht mehr arbeiten.“

Dann vielleicht noch zum Thema – das ist ihr zweites großes Thema –: Rechtsverordnung Fixerstuben. Man muss sich diese Perversion des Denkens vorstellen:

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

– Doch, Frau Lösch: Perversion des Denkens. – Wir haben Kranke, die illegale Drogen zu sich nehmen und sich damit schwerst schädigen.

(Zuruf von der SPD: Wie die Raucher!)

Ich rede als Gesundheitsminister. Wir wissen, dass das nicht in Ordnung ist. Wir wissen, dass diese Menschen sich ungeheuer schwer schädigen. Und jetzt sollen wir, staatlich getragen, Räume zur Verfügung stellen, wo sich diese Menschen, diese kranken Menschen einen unbekanntes Giftcocktail spritzen.

(Abg. Döpfer CDU: Selbstmord in Raten! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch unrealistisch! Das stimmt doch nicht! – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ist es auf der Bahnhofstoilette besser?)

– Es ist so. – Und wir sollen es unterstützen. Dann wird gesagt, damit könnte ich verhindern, dass sich der eine oder andere einen goldenen Schuss setze.

Ich habe mir dieses Thema nicht leicht gemacht. Ich kenne die Fixerstuben nördlich der Alpen, zumindest bis Saarbrücken. Ich kenne die in Basel, die in Frankfurt und die in Saarbrücken. Ich habe alle besucht und viele Gespräche geführt.

Punkt 1 ist, dass ich – Frankfurt zeigt es – nur maximal 3 bis 4 % der Abhängigen erreiche. Die anderen 96 % werden weiterhin irgendwo im privaten Bereich zurückgezogen bleiben.

Punkt 2 ist, dass auch keine Ansprache möglich ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt doch nicht!)

– Liebe Frau Haußmann, ich nehme Sie an der Hand und zeige Ihnen das. – Die Ansprache ist deswegen nicht mehr möglich, weil die sehr gehetzt in die Fixerstube kommen, um sich einen Schuss zu setzen, und hinterher nicht ansprechbar sind.

Jetzt sage ich Ihnen einen weiteren Punkt, den mir der Chef der Gassenzimmer in Basel, Herr Meury, geschildert hat. Er sagte: „Herr Repnik, für einen – –“

(Unruhe)

– Vielleicht hat er „Herr Minister“ gesagt, aber ich weiß es nicht mehr.

(Heiterkeit)

Er, der Chef der Gassenzimmer von Basel, hat mir gesagt, zu einer guten Drogenpolitik und zu Fixerstuben gehörten Dreierlei.

Erstens: Wir brauchen den Kontaktladen. Wir haben in Baden-Württemberg 13; auch die werden ausgebaut werden. Man braucht also einen Kontaktladen, wo man sich aufwärmen kann, wo man etwas zum Essen kriegt, sich auch einmal waschen kann, wo man aber nicht schlafen kann. Prima! Das haben wir in Baden-Württemberg – mehr als die Schweizer.

Zweitens sagt er: Neben einem Kontaktladen brauchen wir eben die Fixerstube, damit sie hygienisch sauber spritzen können.

Drittens – jetzt wird es interessant – sagt er – –

(Zuruf von der SPD: Das haben wir!)

– Nein, das haben wir nicht. Solange ich Sozialminister bin, wird es das auch nicht geben. Sie haben Herrn Döring zitiert. Er soll sich um den Wohnungsbau kümmern, und ich werde mich um diesen anderen Bereich kümmern.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Christine Rudolf SPD: Dann baut der halt die Fixerstuben und nicht Sie!)

– Nein; er wurde zitiert.

(Unruhe und Zu- und Gegenrufe)

– Ich bin noch bei Herrn Meury. Es ist ganz wichtig – –

(Unruhe – Zuruf von der SPD: Der dritte Punkt fehlt noch!)

– Der dritte Punkt fehlt. – Herr Meury sagt zu mir: „Wenn dies funktionieren soll – und bei uns in Basel funktioniert es einigermaßen –, dann muss vor der Fixerstube oder um die Fixerstube herum zumindest eine Art rechtsfreier Raum sein, wo auch gedealt werden kann.“ Es war einer von der Polizei dabei, der gesagt hat: „Jawohl, wir schauen augenzwinkernd zu.“ Das heißt ein Stück weit Liberalisierung und Freigabe von Drogen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Also, Herr Minister!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier noch einmal klar und deutlich sagen – ich sage es nach einem halben Jahr wieder, Frau Haußmann –: Wir in Baden-Württemberg werden auf dem Weg fortschreiten, den wir seit Jahren gegangen sind, übrigens in einer großen Eintracht zwischen allen hier vertretenen Parteien.

Wir werden sagen: Ein Schwerpunkt bei der Prävention muss sein – um das Schlimmste zu verhindern, und zwar frühzeitig – im Kindergarten, in der Schule, wo auch immer.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dann müssen Sie auch Schwerpunkte setzen!)

(Minister Dr. Repnik)

– Wenn ich mit Ihnen irgendwann noch einmal eine Stunde reden darf, werde ich Ihnen sagen, was wir alles tun, Frau Lösch. Das würde heute zu lange dauern.

Zweitens: Wenn wir wissen, dass wir dem einen oder anderen mit Prävention nicht helfen konnten, müssen wir versuchen, den kranken Menschen zu helfen, und alle Hilfen geben, um aus dieser Krankheit wieder herauszukommen. Wir werden darüber hinaus in 110 psychosozialen Beratungsstellen, in über 13 Kontaktläden auch weiterhin genau die Überlebenshilfe bieten, die wir anbieten können. Wir haben ein qualifiziertes Angebot an Ausstiegshilfen, an Therapieplätzen, an Kurz- und Langzeittherapieplätzen, wie es kein anderes Bundesland hat.

Deswegen sage ich in aller Offenheit: Wir bieten alle Hilfen zum Ausstieg, alle Hilfen, um eine Krankheit zu heilen, aber es gibt kein Ja zur modellhaften Vergabe von Heroin und kein Ja zu Fixerstuben in Baden-Württemberg.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort Herrn Minister Dr. Goll erteile, begrüße ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne die neue Generalkonsulin der Republik Bulgarien, Frau Veneta Momtcheva.

(Beifall im ganzen Haus)

Sie hat ihren Sitz in München und ist mit für das Land Baden-Württemberg zuständig. Frau Generalkonsulin Momtcheva stattet heute dem Landtag von Baden-Württemberg ihren offiziellen Antrittsbesuch ab.

Frau Generalkonsulin, ich wünsche Ihnen weiterhin einen guten und informativen Aufenthalt hier im Landtag und freue mich auf eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Goll.

Justizminister Dr. Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir wenige Anmerkungen zu dieser Diskussion.

Das Erste ist: Es ist bekannt, dass es in der Tat zwischen FDP/DVP und CDU unterschiedliche Auffassungen zu den hier angeschnittenen Fragen gibt. Es gibt Auffassungsunterschiede zwischen dem Sozialministerium und dem Justizministerium. Es ist ganz klar: Ich will aus guten Gründen nicht vertieft darauf eingehen,

(Abg. Zeller SPD: Das wäre schon interessant! –
Abg. Alfred Haas CDU: Gehen Sie mal auf die
Drogen im Gefängnis ein! Das wäre Ihr Thema!)

mit Ausnahme einer Bemerkung: Für uns sind Fixerstuben keinesfalls eine Perversion des Denkens, sondern eine Ergänzung eines Hilfeangebots,

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Grünen –
Abg. Alfred Haas CDU: Schuster, bleib bei
deinen Leisten!)

wie sie etliche Städte und Kreise bei uns fordern. Aber Herr Abg. Dr. Horst Glück hat dazu das Notwendige gesagt; das ist hinlänglich bekannt.

Ich möchte etwas in Richtung der Antragsteller von Rot-Grün sagen. Zunächst geht eine Frage an Frau Haußmann: Sie haben uns Liberalen eine schöne Liste von Vorstößen unter die Nase gehalten. Sie haben dabei die Zeit ab 1996 genannt. Das Thema ist aber nicht 1996 entstanden. Haben Sie eine solche Liste wenigstens auch für die Jahre vorher, oder haben Sie sich da gar nicht getraut, irgendetwas zu sagen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Haben Sie damals den Dialog innerhalb der Regierung so eröffnet, wie wir es getan haben, oder haben Sie selbst das nicht getan?

Das Zweite ist eine Feststellung: Es hat sich seit 1996 etwas verändert. Wir haben seit 1996 zum Beispiel einen Versuch zur Heroinabgabe in Karlsruhe, an dem wir auch lernen können. Es gibt unter den Koalitionspartnern immerhin einen interessanten Kompromiss, der sich für die Möglichkeit ausspricht, einen Versuch in einem stationären Setting zu prüfen. Dieses stationäre Setting würde ich nicht ohne weiteres vom Tisch wischen – ich ohnehin und aus Überzeugung nicht. Ich fände auch einen solchen Versuch interessant. Da so zu tun, als habe sich gar nichts bewegt, ist für mich etwas realitätsfremd.

Drittens: Verzeihung, aber für ein bisschen scheinheilig halte ich die Art, wie Sie von uns als Liberalen jetzt erwarten, dass wir für die Verordnung des Landes zu den Fixerstuben sorgen sollten. Ich persönlich respektiere – das ist überhaupt keine Frage – die Zuständigkeit des Kollegen Repnik für sein Ressort. Das ist eine ganz klare Sache. Das gehört zu den Grundlagen und zu den Spielregeln. Ich habe eine ganz andere Frage: Wenn Sie von der Sache so überzeugt sind, warum haben Sie dann im Bund das Gesetz überhaupt so gemacht, dass die Situation entsteht, die Sie jetzt beklagen? Sie hätten ohne weiteres auf Bundesebene ein Gesetz verabschieden können, das es jeder Kommune wie Mannheim und anderen ermöglichen würde, sofort zu beginnen.

(Abg. Birzele SPD: Hätte Baden-Württemberg bei einer anderen Regelung zugestimmt?)

Sie haben dieses Gesetz so verabschiedet. Aus Ihrer Sicht müsste das eine Schwäche Ihres eigenen Gesetzes sein. Jetzt erwarten Sie von der liberalen Fraktion, dass sie durch eine Art Erpressungsakt gegenüber dem Koalitionspartner die Lücke schließt. Gerade bei diesem Thema sind aber Erpressungen nicht am Platz. Bei diesem Thema sind für mich Dialog und Überzeugungsarbeit am Platz, weil man da aus guten Gründen auch unterschiedliche Positionen vertreten kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf
SPD: Sie gehen davon aus, dass Baden-Württemberg dem zugestimmt hätte!)

Die letzte Bemerkung darf ich mir gegenüber Ihnen, lieber Herr Dr. Lasotta, erlauben. Ich drücke es vorsichtig aus:

(Minister Dr. Goll)

Sie haben den Zug hereingebracht, da sei irgendetwas in der Schweiz gescheitert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Alles ist gescheitert! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gar nichts ist gescheitert, aber gar nichts!)

Ich möchte Ihnen sagen: Ich bin solchen Hinweisen – –

(Lebhafte Zu- und Gegenrufe von der CDU, der SPD und den Grünen)

– Lieber Herr Haas, das ist die Art, wie man die Diskussion halt nicht führen sollte. Manche führen sie schon so und kolportieren natürlich auch viel Unsinn aus anderen Ländern. Ich kann Ihnen hier nur aus meiner Erfahrung berichten:

(Anhaltende Unruhe)

Alles, was ich überprüft habe – ob das Hinweise aus Skandinavien oder aus der Schweiz waren –, hat sich, wenn man sich vor Ort erkundigt und mit eigenen Augen überzeugt hat, als unrichtig herausgestellt. Es waren immer nur Nebeltöpfe. Ich bitte, auch das zu unterlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP/DVP und den Grünen – Abg. Döpfer CDU: Das war der größte Nebeltopf! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Nebelkerzenwerfer!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Ich darf um Ruhe bitten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/105, ist ein Berichtsantrag. Die antragstellenden Fraktionen beantragen, diesen Antrag zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/19, ist ebenfalls ein Berichtsantrag. Kann ich feststellen, dass er durch die Aussprache erledigt ist? – Das ist so beschlossen.

Wird zu Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/19, Abstimmung gewünscht?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

Dann lasse ich über Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/19, abstimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Halt, zur Geschäftsordnung!)

– Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, wir beantragen ebenso Überweisung an den Sozialausschuss.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Welches Antrags?

Abg. Hauk CDU: Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, den Sie soeben aufgerufen haben.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die Fraktion GRÜNE wünscht Sachabstimmung über diesen Antrag?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, wir bitten um Abstimmung! – Unruhe)

Wir stimmen zunächst über den Geschäftsordnungsantrag ab, den Herr Abg. Hauk für die CDU-Fraktion gestellt hat. Wer für die Überweisung des Abschnitts II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/19, an den Sozialausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die Jastimmen waren die Mehrheit. Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/19, ist zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss überwiesen.

(Lebhafte Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/21.

(Anhaltende Unruhe)

Wünscht die SPD Abstimmung über diesen Antrag?

(Abg. Fischer SPD: Ja! – Abg. Hauk CDU: Zur Geschäftsordnung!)

– Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, wir beantragen ebenso Überweisung an den Sozialausschuss.

(Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die CDU-Fraktion beantragt Überweisung dieses Antrags an den Sozialausschuss.

(Abg. Zeller SPD: Ihr seid alle Feiglinge!)

Wer diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Drexler SPD: Hasenfüße! Feiglinge seid ihr! Lauter Hasenfüße! – Lebhaftige Unruhe)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit, der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss überwiesen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darf ich um Ruhe bitten!

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten, damit wir in der Tagesordnung zügig fortfahren können.

(Fortdauernde Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten, damit wir in der Tagesordnung zügig fortfahren können.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe – Drucksache 13/282

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 Gescho

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Gefährdung der Atomkraftwerke in Baden-Württemberg durch Terroranschläge – Drucksache 13/309

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Wer in der Bundesrepublik Kernkraftwerke betreibt, muss nach dem Stand von Wissenschaft und Technik Vorsorge betreiben, damit Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren dieser Energiequelle geschützt werden. So steht es im Atomgesetz. Die schrecklichen Ereignisse vom 11. September erfordern im Bereich dieser Vorsorge ein Umdenken. Terroranschläge – darauf haben Atomkraftkritiker schon vor Jahrzehnten hingewiesen – stellen für Atomkraftwerke ein deutliches Risiko dar.

Das aber, was am 11. September in New York und Washington geschah, übersteigt schlimmste bisherige Befürchtungen. Durch diese Terroranschläge, also den Einsatz von Passagiermaschinen als fliegende Bomben, rückt ein Schadensereignis für Atomkraftwerke in den Bereich des Möglichen, das bisher unter Restrisiko subsumiert wurde.

Bekanntlich handelt es sich beim Restrisiko um die Folgen von Ereignissen, die zwar theoretisch denkbar sind – wie zum Beispiel der Einschlag eines Meteors in ein AKW –, deren Wahrscheinlichkeit aber so gering ist, dass sie im Sicherheitskonzept nicht berücksichtigt werden müssen.

Bis zum 11. September konnten wir guten Gewissens auch den gezielten Absturz einer Passagiermaschine auf ein AKW unter dem Restrisiko subsumieren.

Jetzt – und das ist eine Folge der Terroranschläge – ist das aber nicht mehr möglich. Jetzt müssen solche Ereignisse im Sicherheitskonzept von AKWs berücksichtigt werden. Die Atomkraftwerke im Land sind aber gegen einen solchen Anschlag nicht ausgelegt, und das bedeutet: Im Augenblick klafft eine Lücke im Sicherheitskonzept dieser Anlagen.

(Beifall bei den Grünen)

Damit ist die vom Atomgesetz geforderte Vorsorge derzeit nicht gewährleistet.

Wie lässt sich diese Sicherheitslücke schließen? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen: Wir alle sind zunächst

ratlos. Ich wiederhole: Wir alle sind zunächst einmal ratlos. Es gibt keine Lösung, die diese Sicherheitslücke sofort und perfekt schließen kann.

In dieser Situation, in der es keine optimalen Lösungen gibt, schlagen wir von der Grünen-Fraktion folgende Schritte vor:

Erstens: Wirkliche Sicherheit vor Terroranschlägen auf Atomkraftwerke wird es nur dann geben, wenn die Nutzung der Atomkraft beendet wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir fordern daher die Landesregierung auf, ihre Ablehnung des Atomkonsenses aufzugeben und daran mitzuarbeiten, dass die darin vereinbarte Stilllegung von AKWs beschleunigt vollzogen wird.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Zunächst ist es Aufgabe der Betreiber, die bestehende Sicherheitslücke zu schließen. Daher soll die Landesregierung von den Betreibern ein Konzept einfordern, wie diese diese Sicherheitslücke schließen wollen. Meine Fraktion ist dabei wie auch das Umweltministerium der Meinung, dass eine Nachrüstung der Kraftwerke kaum möglich ist, sondern dass Sicherheit vorrangig durch Maßnahmen im Flugverkehr erreicht werden kann. Die Stichworte lauten: Flugsheriffs, Sicherheitsverriegelung zum Cockpit und was es derlei mehr gibt.

Solange diese Maßnahmen aber nicht umgesetzt sind, besteht die Sicherheitslücke fort, und die vom Atomgesetz geforderte Vorsorge ist nicht gewährleistet.

Drittens: Bis neue Sicherheitskonzepte greifen, fordern wir die vorübergehende Stilllegung der Atomkraftwerke in Baden-Württemberg auf der Basis von § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes. Wir sind uns dabei im Klaren, dass auch abgeschaltete Atomkraftwerke nicht risikolos sind, solange sich das gefährliche radioaktive Inventar nach wie vor im Reaktor befindet, aber – darauf weist auch die Reaktorsicherheitskommission hin – die Beherrschung eines Störfalls wird leichter. Ich darf aus der Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission vom 11. Oktober zitieren. Dort heißt es:

Als kurzfristig realisierbare Möglichkeit ist im Bedrohungsfall das Abfahren der Anlagen in den kalten, unterkritischen Zustand durchführbar.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Im Bedrohungsfall!)

Durch die nach der Abschaltung verminderte Nachzerfallsleistung und die bereits kalten, drucklosen Systeme stehen längere Karenzzeiten für Notfallmaßnahmen zur Verfügung. Offen bleibt die Frage, welche Maßnahmen nach einem derartigen Ereignis aufgrund der zu erwartenden Beschädigung der Anlage noch möglich sind.

Die Landesregierung bezieht sich in ihrer Stellungnahme zu dieser Forderung auf ein Schreiben des Bundesumweltministeriums, in dem mitgeteilt wird, dass ein terroristischer Anschlag auf ein Atomkraftwerk derzeit eher als un-

(Dr. Witzel)

wahrscheinlich anzusehen ist. Abgesehen davon, dass die Formulierung „eher als unwahrscheinlich“ sehr schwammig ist, verdeckt diese Antwort, in der die Landesregierung auf die Bundesregierung verweist, die Tatsache, dass für die Atomaufsicht zunächst einmal das Land zuständig ist. Das Land muss das Atomgesetz umsetzen, und der Landesumweltminister muss zusammen mit seinem Kollegen Innenminister entscheiden, ob eine Stilllegung erforderlich ist oder nicht. Das heißt, hier ist konkret das Land gefordert.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung zum Antrag der SPD-Fraktion machen. Die Sicherheitslücke, von der ich eben sprach, besteht bei allen Atomkraftwerken. Daher beschränken wir uns in unserem Antrag nicht nur auf die älteren Atomkraftwerke, wie es die SPD fordert, sondern wir beziehen alle Atomkraftwerke ein.

(Abg. Drexler SPD: Ganz Deutschland abschalten!)

Liebe Kollegen von der SPD, für mich ist auch nicht nachvollziehbar, dass von der SPD gefordert wird, hier im Ländle nur die älteren Atomkraftwerke abzuschalten, dass Kollege Puchta aber gleichzeitig sagt, am Hochrhein, auf der Schweizer Seite sollten alle AKWs – ohne Rücksicht auf ihr Alter – ausnahmslos stillgelegt werden.

(Abg. Drexler SPD: Das hat er doch nicht gesagt!
– Abg. Schmiedel SPD: Da ist eine Einflugschneise!)

Das passt doch nicht zusammen.

(Abg. Drexler SPD: Alle abschalten! Ganz Deutschland! Die ganze Welt!)

Meine Damen und Herren, ich will die Lage nicht dramatisieren, aber die Terroranschläge vom 11. September erfordern, Herr Drexler, neue Sicherheitskonzepte. Angesichts des fast unendlich hohen Schadens an Leben, Gesundheit und Sachgütern, den eine fliegende Bombe bei einer Kollision mit einem AKW zur Folge hätte, müssen wir handeln, auch wenn die Wahrscheinlichkeit für einen solchen Anschlag derzeit nur sehr gering ist. Aber wir müssen handeln. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Dr. Caroli.

(Abg. Teßmer SPD: Walter, zeigs ihnen!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Bebbler SPD: Mach das Pult runter, sonst gucken nur die Ohren raus!)

Zu den Risiken der Atomenergienutzung – zum Beispiel die ungeklärte Entsorgungsfrage, der Transport nuklearen

Abfalls und die Sicherheitsmängel in Atomkraftwerken – ist ein neues, gravierendes Risiko hinzugekommen: Die Gefahr durch bewusst herbeigeführte Terroranschläge auf atomare Anlagen.

Nach den schrecklichen Ereignissen des 11. September interessiert zuallererst die Frage, welche Auswirkungen terroristische Angriffe mit Flugzeugen auf Atomanlagen in Deutschland, in Baden-Württemberg oder in Grenznähe zu Deutschland hätten.

Die Lektüre der ersten, noch vorläufigen Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission hat mich betroffen gemacht. Ihr zufolge gibt es zwar einen gewissen Grundschutz für die baulichen Anlagen von Kernkraftwerken, dies allerdings nur bei neueren Auslegungen und unter der Voraussetzung bestimmter Szenarien – ich nenne den postulierten, zufallsbedingten Absturz einer schnell fliegenden Militärmaschine bei einer Aufprallgeschwindigkeit von ca. 774 km Kilometer in der Stunde. Bei Anlagen, die vor 1973 eine Teilerrichtungsgenehmigung erhalten haben, ist dieser Grundschutz nicht gewährleistet. Wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass ein gezielter Angriff mit einem voll getankten großen Verkehrsflugzeug bisher nicht unterstellt worden ist und somit hierfür keine Untersuchungsergebnisse vorliegen. Bisherige Untersuchungen haben auch Kerosinmengen von allenfalls 5 Tonnen unterstellt – dabei müssten wir von 100 Tonnen ausgehen – und gingen von niedrigeren Aufprallgeschwindigkeiten aus, als sie im Falle von Terroranschlägen zu erwarten wären. Was das Kerosin anbelangt, haben wir ja Untersuchungsergebnisse von der internationalen Länderkommission Kerntechnik zu erwarten, die einen entsprechenden Untersuchungsauftrag von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen bekommen hat.

Wenn die Risiken auch differenziert gesehen werden müssen, lässt sich der Kenntnisstand so zusammenfassen:

Erstens: Die deutschen Atomkraftwerke sind gegen terroristische Anschläge von Selbstmordkommandos mit vollbetankten Flugzeugen nicht gesichert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht nur die deutschen!)

– Da gebe ich Ihnen Recht, Frau Berroth. Aber wir reden jetzt im Augenblick über deutsche und insbesondere über baden-württembergische Anlagen.

Zweitens: Kurzfristige Möglichkeiten, das Schadensausmaß zu verringern, bestehen nicht.

Drittens: Über technische Nachrüstungsmaßnahmen besteht weitgehend Unklarheit.

Viertens: Über die Folgen etwaiger Angriffe auf Zwischenlager gibt es noch keine ausgearbeiteten Szenarien.

Fünftens: Das Abfahren des Atomkraftwerks im Gefahrenfall in den so genannten kalten und unkritischen Zustand verbessert zwar die Ausgangssituation für Notfallmaßnahmen. Durch das Abfahren wird aber das radioaktive Inventar nicht entscheidend reduziert.

(Dr. Caroli)

Nun, Herr Kollege Witzel, müssen Sie einmal erklären, was es dann für einen Sinn haben soll, wenn Sie auf der ganzen Welt sämtliche Atomkraftwerke abschalten wollen, aber nach wie vor das radioaktive Material als tickende Zeitbombe in den abgeschalteten Kraftwerken zur Verfügung steht. Ich frage Sie, inwieweit das jetzt für unseren Zusammenhang von Bedeutung ist. Deswegen müsste man etwas differenzierter, glaube ich, an diese Fragestellung herangehen.

Meine Damen und Herren, angesichts der jetzt vorgetragenen Erkenntnisse – jetzt richte ich mich an die Damen und Herren von CDU und FDP/DVP –

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir haben sehr genau zugehört!)

sollten Sie doch endlich Ihre atomfreundliche Haltung überdenken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Anstatt jetzt schon über die Einführung von Flugverbotszonen und über den Schutz der Anlagen mit Flugabwehrgeschützen und Raketen zu spekulieren, sollten Sie sich darüber klar werden, dass nur eines langfristig tatsächlich hilft:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Abschalten!)

Meine Damen und Herren, der sicherste Schutz ist der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wieser CDU: Wer sich scheiden lässt, hat keinen Ärger mit der Frau! – Heiterkeit bei der CDU)

– Bitte gestatten Sie mir, dass ich jetzt auf witzige Bemerkungen bei diesem Sachverhalt überhaupt nicht eingehe.

Nun weiß ich natürlich auch, dass sich der im Atomkonsens vereinbarte Ausstieg über Jahrzehnte hinzieht. Deswegen fordern wir eine Neubewertung der Sicherheit der Atomanlagen in unserem Land inklusive der atomaren Zwischenlager. Wenn die Untersuchungen ergeben, dass in Atomkraftwerken unzureichende bauliche Auslegungen und mangelhafte Notfallsysteme bestehen, sind diese Atomkraftwerke bei einer Verschärfung der Sicherheitslage abzuschalten. Wenn sicherheitstechnisch nicht nachgerüstet werden kann – dabei muss man wissen: eine solche Nachrüstung dauert Jahre und kostet mehrere hundert Millionen Mark pro Kraftwerk –, sollte auch unabhängig von konkreten Sicherheitslagen abgeschaltet werden.

Der Atomkonsens und die Atomgesetznovelle haben die Möglichkeit geschaffen, Strommengen zu übertragen, Herr Witzel. Sie teilen doch diesen Atomkonsens, wie Sie vorhin geäußert haben. Dann hätten Sie sich eigentlich in dieser Frage ähnlich äußern können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der war aber vor dem 11. September!)

Zu dem von uns verlangten Schutzkonzept, das von den Betreibern einzufordern ist, gehören vorbeugende Siche-

rungsmaßnahmen auf den Flughäfen, technische investive Maßnahmen in Atomanlagen und organisatorisch-politische Maßnahmen der Atomaufsicht. Dabei sind grenznahe Anlagen in die Szenarien einzubauen. Das ist ein Punkt, den ich für besonders wichtig halte. Wir reden immer nur von baden-württembergischen oder deutschen AKWs, dabei gibt es in Grenznahe Richtung Schweiz oder Frankreich – AKW Fessenheim – durchaus auch Anlagen, die sehr wohl in die Szenarien einzubauen sind.

Es gibt uns natürlich allen zu denken, dass es die Reaktorsicherheitskommission als wirksamste Maßnahme ansieht, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen so gering wie möglich zu halten. In der Tat, meine Damen und Herren, wir haben die schwierige Aufgabe zu lösen, die fliegende Bombe nicht zuzulassen. Eine abschließende Lösung bringt aber, wie bereits gesagt, nur der Ausstieg aus der Atomenergie. Deshalb appelliere ich noch einmal an die bisher so atomfreundliche Mehrheit dieses Hauses: Befreien Sie sich von der Illusion, die Risiken der Atomkraft seien vom Menschen zu bewältigen. Schaffen Sie in Ihrem Denken endlich Raum für eine Energiewende mit ihren bedeutenden energiewirtschaftlichen, ökologischen und technologischen Möglichkeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis zum 11. September haben wir das Problem der fliegenden Bombe, wie es mein Kollege Caroli gesagt hat, für unvorstellbar gehalten. Seither können wir diese Möglichkeit nicht mehr ausschließen. Dies stellt uns natürlich vor sehr weit reichende Fragestellungen, wie es mit unseren Kernkraftwerken weitergehen soll. Aber ich stelle bereits an dieser Stelle einmal fest: Auf keine der Fragen, die meine beiden Vorredner ausnahmslos berechtigt aufgeworfen haben, gibt es zum jetzigen Zeitpunkt auch nur eine einzige feststehende Antwort.

(Zurufe: Abschalten!)

– Ich komme auf das Abschalten.

Deswegen sind wir heute und morgen, ohne dass wir auch nur halbwegs gesicherte Antworten auf diese ganz ernstesten Fragen haben, nicht bereit, zu sagen: Wir stellen jetzt einmal vorläufig ab.

Ich möchte ein paar Gründe nennen, warum wir nicht bereit sind, vorläufig abzustellen:

Erstens: Nicht einmal der atomkritischste Politiker, den es in Deutschland gibt, der derzeitige Bundesumweltminister Trittin, hat bisher diese Forderung erhoben.

Zweitens: Auch die SPD hat diese Forderung nicht erhoben. Wenn Sie sich die beiden Anträge, über die wir jetzt sprechen, einmal vor Augen führen, sehen Sie, dass es wesentliche Unterschiede zwischen diesen beiden Anträgen

(Scheuermann)

gibt. Ich kann mich fast vollständig mit dem einverstanden erklären, was im SPD-Antrag gefragt wird und was da Beschlussteil ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Gut!)

Aber ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, dass ohne eine Antwort von vornherein Konsequenzen gezogen werden, die nur meiner Meinung dienen und meine Meinung unterstützen: Kernkraft ist vom Übel und alles wird herangezogen, was dieses Übel unterstützt, ob es nun eine gesicherte Antwort ist oder nicht.

Also weder Trittin noch die SPD fordern das sofortige Abstellen.

Jetzt kommt das Dritte: Wo bleiben denn die Brennelemente, wenn ich heute abstelle? Wo bleiben die Brennelemente?

Nächste Frage: Wo kommt der Strom her?

(Zurufe von der SPD)

In der ganzen Diskussion verstehe ich überhaupt nicht, dass wir als die Glaubenstreuesten abstellen und dann morgen den Strom von Kernkraftwerken beziehen, die viel unsicherer sind als unsere.

(Beifall bei der CDU und auf der Zuhörertribüne – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann müssen Sie endlich Ihren Widerstand gegen die Windräder aufgeben, Herr Scheuermann!)

Letztlich, meine Damen und Herren, würden sich die Terroristen am meisten ins Fäustchen lachen, weil sie bei uns die Welt in Unordnung gebracht hätten, ohne bei uns auch nur einen kleinen Finger gerührt zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lieber Herr Witzel, jetzt rächt sich, dass Sie unsere zentralen Zwischenlager stillgelegt haben.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Jetzt rächt es sich, dass Sie Ihre Hand gereicht und durchgesetzt haben, dass Brennelemente in Castoren auf dem Hof unserer Kernkraftwerke stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Wenn Sie schon von Sicherheitsrisiken sprechen: Diese Castoren, die praktisch im Freien in den Kernkraftwerken stehen, weil Sie die zentralen Zwischenlager stillgelegt haben,

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

sind das größte Sicherheitsrisiko.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Immerhin brauchen wir noch fünf bis zehn Jahre, bis wir die lokalen Zwischenlager überhaupt gebrauchen können. Wem es wirklich um die Sicherheit zu tun ist, der soll morgen Gorleben und Ahaus wieder aufmachen, damit wir das, was heute auf dem Hof steht, wenigstens sicher ablagern können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt: Es stellen sich ganz ernste Fragen. Dazu bekennen wir uns. Wir bekennen uns dazu, dass diese Fragen so nachhaltig wie nur möglich untersucht werden, damit wir auf diese Fragen schlüssigere Antworten erhalten, als wir heute geben können. Die wichtigsten Fragen möchte ich stichwortartig nennen.

Wenigstens unsere neueren Kernkraftwerke haben einen Schutz vor dem Absturz eines Phantomjägers. Frage: Ist damit das Schutzlimit erreicht, oder gibt es noch eine Sicherheit, die darüber hinausgeht? Ich will mich nicht auf die Sicherheit berufen, aber man darf doch wenigstens fragen, und man muss das doch wissen.

Nächste Frage: Was muss erfüllt werden, um einen größeren Schutz herbeizuführen, und was kostet das? Hat so eine Investition im Blick auf die jetzt festgelegten Laufzeiten unserer Atomkraftwerke überhaupt noch einen vernünftigen wirtschaftlichen Sinn?

Drittens: Es muss besser als heute untersucht werden, ob wir über stärkere Sicherheitsmaßnahmen beim Luftverkehr das Risiko der fliegenden Bombe nachhaltig minimieren können.

Nächstens: Wir brauchen sicherlich einen besseren Schutz dieser lokalen Zwischenlager, als wir bisher angenommen haben.

Und vielleicht das Leichteste – aber wir dürfen das überhaupt nicht außer Acht lassen –: Wir brauchen wahrscheinlich auch einen nachhaltigeren Schutz vor terroristischen Maßnahmen vom Boden aus und aus einer Anlage heraus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ernste Fragen stellen sich. Antworten, die belastbar sind, haben wir bis heute nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abschalten!)

Deswegen verschließt sich die CDU vorschnellen Konsequenzen, sie möchte aber alles tun, dass wir so schnell wie möglich belastbare Antworten auf die Fragen bekommen, die uns alle gemeinsam ohne Unterschied berühren. Wir von der CDU sind dafür, dass wir diese Anträge zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines vorweg: Dieses Thema gehört eigentlich nicht öffentlich behandelt. Denn mit jeder öffentlichen Debatte wird die Gefahr für die Sicherheit ein Stück größer, weil man damit potenzielle Täter wieder einmal auf Möglichkeiten hinweist.

(Abg. Fischer SPD: Sie wissen gar nicht, was die fertig bringen!)

Außerdem hat der Verband der Elektrizitätswirtschaft nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht, wenn man Panik verbreitet und gleichzeitig keine Lösungen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In derselben Pressemitteilung ist übrigens erwähnt, Herr Dr. Witzel, dass sich führende Grüne gegen die Forderung nach sofortiger Stilllegung gewandt haben; Frau Hustedt und Herr Özdemir sind als Beispiele genannt. Vielleicht unterhalten Sie sich mit denen einmal.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Nicht gegen die dauerhafte, gegen die vorläufige Stilllegung!)

Weil dies nicht öffentlich behandelt gehört, haben wir am 11. Oktober einen Bericht des Ministers für Umwelt und Verkehr im zuständigen Ausschuss in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Die dort ausgetauschten Argumente und Informationen will ich hier gar nicht wiederholen. Es ist übrigens interessant, dass der Antrag der SPD nach dieser Sitzung eingereicht wurde.

Ein Zweites ist zu bemerken: Die Konzentration auf Kernkraftwerke in den beiden vorgelegten Anträgen ist aus meiner Sicht zu kurz gesprungen. Sie zeigt ganz deutlich, dass es ein eindeutig ideologischer Hintergrund ist, der Sie dazu gebracht hat, die Anträge einzureichen.

(Zuruf von den Grünen)

Denn das Beispiel Sandoz oder auch dass man sich zu Recht in den Hochhäusern im Finanzzentrum Frankfurt um verstärkte Sicherheitsbedingungen bemüht, zeigt, dass es auch ganz andere Gefährdungspotenziale gibt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ein Hochhaus kann man nicht abschalten!)

Deswegen ist die Konzentration auf Kernkraftwerke eindeutig zu wenig.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wollen Sie Hochhäuser abschalten, Frau Berroth?)

Selbstverständlich – das ist kein Thema – müssen wir im Flugverkehr alle nur denkbaren Sicherheitsmaßnahmen ergreifen. Da kann durchaus auch Kreativität gefragt sein. Ich habe allerdings noch keine Resonanz von Fachleuten auf den Vorschlag, den mein hessischer Kollege Hahn kürzlich gemacht hat. Dieser Vorschlag hat zwar einen gewissen Charme – er wollte Windkraftanlagen rings um die Kernkraftwerke aufstellen –, aber ob das eine technisch sinnvolle Lösung ist, weiß ich nicht. Aber man muss auch solche Möglichkeiten prüfen. Man muss auch einmal prü-

fen, ob zum Beispiel im Gefahrenfall eine automatische Fremdsteuerung von Flugzeugen möglich ist.

(Zuruf von den Grünen – Zuruf von der SPD: Das sind doch Kleinflugzeuge!)

All diese Dinge sind zu prüfen. – Das Problem der Kleinflugzeuge ist auch noch nicht behandelt; es ist auch schwierig in den Griff zu bekommen und kann ebenfalls erhebliche Gefahren bergen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: In den meisten Fällen ist hier Bundeszuständigkeit gegeben – bei der Flugsicherung ebenso wie bei der Reaktorsicherheit. Auch bei aktiven Abwehrmaßnahmen wäre höchstens eine Bundeslösung möglich. Denn, wie Herr Minister Müller kürzlich zu Recht feststellte, wir haben noch keine Landesarmee. Eine Landesarmee wollen wir auch nicht einrichten, schon gar nicht zu diesem Zweck.

Apropos Bund – Herr Scheuermann hat schon darauf hingewiesen –: Die Ereignisse des 11. September zeigen eines ganz deutlich: Mit dem so genannten Atomkonsens und der Einrichtung einer Vielzahl von Zwischenlagern hat die rot-grüne Bundesregierung ein gravierendes Sicherheitsproblem geschaffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Statt Atommüll tief und zentral unter der Erde zu lagern, erzwingt der grüne Umweltminister mehr als ein Dutzend provisorische Zwischenlager auf der grünen Wiese.

(Zurufe von den Grünen)

Unverantwortlicher Weise hat Herr Trittin noch vor wenigen Wochen behauptet, diese Zwischenlager seien sicher. Jetzt, nur einige Tage später, beginnt der Bundesumweltminister einen unerträglichen Eiertanz und denkt darüber nach, die Anzahl der von ihm selbst erzwungenen Zwischenlager aus Sicherheitsgründen doch wieder zu verringern. Trittins ideologische Stümpereien führen kernkraftsicherheitstechnisch ins Fiasko.

(Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Dr. Salomon – Abg. Fischer SPD: Also, Frau Berroth, wissen Sie überhaupt, was Sie reden? Sie wollen nur vom Thema ablenken!)

– Wenn Sie so reagieren, dann habe ich Sie richtig gut getroffen. Ich sehe das schon.

Die FDP hat die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ein tragfähiges und schlüssiges Entsorgungskonzept vorzulegen. Aber Herr Trittin hat nichts unternommen und steht nun vor einem Scherbenhaufen. Nach wie vor fehlt ein Konzept für eine Endlagerung von radioaktivem Müll. Das erhöht gerade auch im Hinblick auf mögliche terroristische Attacken die Anzahl potenzieller Gefahrenpunkte.

(Abg. Fischer SPD: Das glauben Sie! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie sollten wirklich einmal eine Rede halten, die mit Ernst in der Sache geführt wird!)

(Heiderose Berroth)

Hier sollten die Antragsteller aktiv werden. Dann besteht eine gute Chance, die Sicherheitslage zügig und effizient zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Meine Damen, meine Herren! Ich möchte eine Bemerkung an Frau Berroth richten und in drei Punkten auf die Diskussion eingehen.

Frau Berroth, dass Sie dieses Thema irgendwie nicht ernst nehmen, zeigte der Vorschlag Ihres Kollegen Hahn aus dem Hessischen Landtag, wonach man das Problem dadurch lösen könne,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Man muss es prüfen!)

dass man Windkraftanlagen um die Atomkraftwerke baue. So etwas Absurdes habe ich noch nie gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich fand es gut, dass Sie, Herr Scheuermann, gesagt haben: Es sind ernsthafte Fragen gestellt worden. Sie haben von mir auch gehört: Ich kennen niemanden, der eine perfekte Lösung hätte. Das Problem bei der Atomtechnologie ist eben, dass sie Gefahrenmomente beinhaltet, für die es keine sauberen Lösungen gibt. Alles, was wir an Lösungen haben, sind nur Krücken, die immer noch weitere Risiken in sich tragen.

Das ist auch der Grund dafür, dass wir Grünen aus der Atomtechnologie aussteigen wollen. Glücklicherweise hat die neue Bundesregierung gesagt, sie fange damit an, damit diese Krücken, die uns verfolgen, abgeschafft werden können. Auch bei den Zwischenlagern handelt es sich ja nicht um eine Idee, die wir geboren haben, weil wir die Atomenergie gewollt hätten. Vielmehr sind Sie eingestiegen und haben gesagt, die Atomenergie sei eine sichere Technologie. Deshalb folgen wir den Experten und sagen: Wir machen jetzt diese Zwischenlager. Das ist ja nicht auf unserem Mist gewachsen, sondern das ist eine Folge Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Die SPD ist damals mit eingestiegen!)

Punkt 2: Der Kernpunkt meiner Ausführungen ist unwidersprochen geblieben: Es gibt derzeit eine Sicherheitslücke bei Atomkraftwerken. Dagegen hat niemand etwas gesagt. Deshalb müssen wir feststellen: Im Augenblick sind unsere Atomkraftwerke nicht sicher. Die nötige Vorsorge nach dem Stand von Wissenschaft und Technik ist nicht getroffen. In einem solchen Fall hat der Landesumweltminister das Recht und unseres Erachtens auch die Pflicht, die Atomkraftwerke vorläufig stillzulegen, bis die Konzepte, auf die Sie und wir warten, umgesetzt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die nächste Frage lautet: Bringt das Abschalten der Atomkraftwerke etwas?

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich habe vorhin schon einmal aus der Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission zitiert. Sie sagt: Natürlich bringt das nicht alles, aber der Störfall wird leichter beherrschbar. Vor allem bringt uns das Zeit.

Ich möchte das einmal an einem Beispiel erläutern. Wenn wir die Drohung erhalten: „Morgen fliegt möglicherweise ein Flugzeug los“ und wir heute Abend die Atomkraftwerke abstellen, befinden sie sich morgen noch in einem solchen Zustand – hoher Druck, hohe Temperatur –, dass die Anlagen viel leichter in die Luft fliegen – banal gesagt –, als wenn wir sie 14 Tage vorher abgeschaltet hätten. Das heißt, das Schadensereignis wird einfacher beherrschbar.

Frau Fauser, Sie sagen, wir müssten das radioaktive Inventar aus der Anlage herausbringen. Sie wissen vielleicht genauso gut wie ich: Man muss das Zeug zunächst einmal ein halbes Jahr kühlen, bevor man überhaupt darangehen kann, es herauszunehmen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Das heißt, wenn man jetzt abschaltet und das Zeug in einen kalten, unterkritischen Zustand bringt, ist das eine Lösung, die sich möglicherweise als wirksam erweist. Man hat sie dann schon eingeleitet und kann sie schneller realisieren, als wenn man gar nichts tut und einfach die Augen vor der bestehenden Sicherheitslücke verschließt und sagt: „Die Experten werden ja irgendwann Gutachten abliefern. So lange warten wir ab und erklären das Ganze für eine heile Welt.“ So machen wir das nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Kollege Dr. Witzel, es ist richtig: Wir haben alle miteinander eine Sicherheitslücke festgestellt. Deswegen besteht Handlungsbedarf. Sie kommen aber nicht an der von mir geäußerten Feststellung vorbei, dass sämtliche Atomkraftwerke in abgeschaltetem Zustand ebenfalls ein Sicherheitsrisiko darstellen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ein kleineres, ja!)

– Sie sagen so leichthin, das sei ein wesentlich kleineres Risiko. Sie wissen genau, dass radioaktives Material, das aus einem Atomkraftwerk herausgeschafft werden muss, nur in Jahren herausgeschafft werden kann, sodass das kritische Potenzial in den Kraftwerken vorhanden ist, auch in abgeschaltetem Zustand. Ich habe aber vorhin in meinem Eingangsstatement darauf hingewiesen, dass in der Tat im Notfall bessere Voraussetzungen geschaffen sind, um Maßnahmen treffen zu können. Das ist unbestritten. Dennoch: Es besteht doch der Atomkonsens. Wir können nicht einfach sagen: „Jetzt wird überall abgeschaltet. Wir werden

(Dr. Caroli)

uns dann den Regressansprüchen stellen.“ Wir würden damit zu rechnen haben, dass überall in Deutschland – möglicherweise auch außerhalb Deutschlands – Versorgungslücken entstehen, und dies gerade jetzt, beim ersten Mal, wo wir uns mit dieser Frage befassen.

Im Übrigen ist es so, dass wichtige Erkenntnisse noch nicht vorliegen, beispielsweise darüber, wie sich ein Kerosinbrand in den Anlagen auswirkt. Das wird derzeit untersucht. Das zumindest sollten wir wissen. Wir haben – wenn Sie richtig zugehört haben, werden Sie das gehört haben – ein Stufenkonzept dargelegt, auf dessen Grundlage tatsächlich abgeschaltet werden kann, möglicherweise auch dann, wenn keine Gefährdungsnotlage besteht, beispielsweise bei Anlagen mit vorsintflutlichem Charakter.

Abschließend noch ein Wort zu Ihnen, Frau Berroth: Es ist doch absurd, denjenigen, die für einen geordneten Ausstieg eintreten, vorzuwerfen, sie gingen ein Sicherheitsrisiko ein, und ihnen vorzugaukeln,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es ist doch so!)

sie würden der Bevölkerung mangelnde Sicherheit beschenken. Aber diejenigen, die sich weiterhin vollen Herzens für die Atomkraft einsetzen, stellen natürlich kein Sicherheitsrisiko dar.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch so absurd, dass Sie so etwas, bitte schön, nicht mehr behaupten sollten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Manches kapiert auch ein Doktor nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung! – Abg. Drautz FDP/DVP: Unmöglich!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass ich nicht mehr lange zu reden

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zu leben!)

habe. Deswegen will ich nur noch einmal auf die Entscheidungsfrage zurückkommen, damit es hier keine Geschichtsklitterung gibt.

Zur Zeit der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Schmidt gab es eine Übereinkunft der Bundesregierung mit allen Ländern darüber, wie der Abfall aus der Atomenergieerzeugung entsorgt werden sollte:

(Abg. Drautz FDP/DVP: Richtig!)

zentrale Zwischenlager, ein zentrales Endlager. Nun schreiben Sie sich auf die Fahnen, dass Sie den Einstieg in den Ausstieg geschafft hätten. Aber hier muss man doch wenigstens einmal sagen dürfen, dass Sie gleichzeitig die vor

dem Ende stehenden Untersuchungen für ein Endlager in Gorleben gestoppt haben

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

– da passiert im Moment überhaupt nichts –; und Sie sind von der Lösung der zentralen Zwischenlager abgerückt und haben gesagt, jahrelang könnten die Castoren, praktisch wie in einer Garage, auf dem Hof der Kernkraftwerke stehen und dann bauten wir überall lokale Zwischenlager.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Vielleicht würden Sie das heute nicht mehr sagen, weil die Anforderungen an die Zwischenlager jetzt viel größer werden. Aber das ist sicherlich keine Konsequenz, wenn man aussteigen möchte.

Jetzt sage ich meinen allerletzten Satz: Jedermann würde Sie verstehen, wenn Sie heute sagen würden: Wir schalten ab, und alles Material, das zu entsorgen ist, bringen wir in sichere Anlagen;

(Abg. Drexler SPD: Die gibt es nicht! Auf der ganzen Welt gibt es kein sicheres Endlager!)

denn die hätten wir. Aber die haben Sie verschlossen, und das müssen Sie sich –

(Abg. Drexler SPD: Sie sind aber nicht sicher! Es gibt kein sicheres Endlager! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Dann einigen wir uns darauf, Herr Drexler, dass die zentralen Zwischenlager in Gorleben und in Ahaus allemal viel sicherer sind als das Abstellen von Castoren auf dem Hof von Kernkraftwerken oder lokale Zwischenlager.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Es gibt aber auf der Welt kein sicheres Endlager!)

Das müssen Sie sich bei allem, was Sie hier vortragen, auch vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ab heute gibt es wieder Stichwortzettel und Zwischenfragemöglichkeiten.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich möchte zunächst einmal das Problem richtig formulieren, damit man sieht, über was wir eigentlich zu reden haben. Das Problem ist ein Problem des Terrorismus, und es ist das Problem, dass sich der Terrorismus eines besonders gefährlichen Instruments bedient, nämlich der fliegenden Bombe, das heißt des Passagierflugzeugs, das als Waffe

(Minister Müller)

eingesetzt wird. Es ist nicht in erster Linie ein Problem der zu schützenden Objekte, sondern es ist in erster Linie das Problem, dass wir es mit einem Gefahrenpotenzial zu tun haben, wie wir ganz einfach an Folgendem sehen: Diese Flugzeuge sind ja nicht nur für Kernkraftwerke gefährlich – dies selbstverständlich auch; darauf komme ich noch zu sprechen –, sondern auch für jeden anderen Punkt dieser Welt.

Ich weiß, dass wir hier alle ernsthaft diskutieren, aber ich bitte trotzdem, die Diskussion um das Terroristenproblem nicht für eine allgemeine Atomausstiegsdebatte zu instrumentalisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Es gibt da ein Problem; das ist überhaupt keine Frage. Ich komme darauf noch ausführlich genug zu sprechen. Aber wenn die Gefahr des Terrorismus zu der Konsequenz eines Ausstiegs aus der Kernkraft führen würde, könnte ich genauso gut sagen, wir brauchen einen Ausstieg aus der chemischen Industrie, wir dürfen keine großen Städte mehr haben, es darf keine Menschenansammlungen mehr geben usw. usf.

(Abg. Döpfer CDU: Keine Fußballspiele mehr! –
Abg. Teßmer SPD: Das ist aber nicht dasselbe!
Nicht ablenken!)

Die zweite Feststellung: Es handelt sich um ein weltweites Problem. Das gilt im Hinblick auf die Flugzeuge, die nicht nur innerhalb Deutschlands fliegen, sondern die natürlich auch aus dem Ausland kommen. Es gilt außerdem im Hinblick darauf, dass wir Kernkraftwerke rund um den Erdball haben und dass dabei einmal mehr der Satz gilt, dass die deutschen Kernkraftwerke auch in Bezug auf dieses Risiko

(Abg. Braun SPD: Das würde ich jetzt nicht sagen!)

im Schnitt ein höheres Schutzniveau haben als die meisten kerntechnischen Anlagen rund um den Erdball.

(Abg. Teßmer SPD: Also, das wollen wir nicht testen!)

– Ich will es nicht testen, bestimmt nicht. Aber es gibt dazu klare Erkenntnisse, auf die ich sofort zu sprechen komme.

Es gibt dazu nicht nur klare Erkenntnisse, sondern wir haben dafür in den letzten Jahren auch etwas unternommen, indem wir gesagt haben, dass die deutschen Kernkraftwerke gegen den Absturz bestimmter Kampfflugzeuge, zunächst den „Starfighter“, später das Flugzeug „Phantom“, ausgelegt sein sollen. Dies ist eine Sicherheit, die andere Kernkraftwerke oder andere kerntechnische Anlagen rund um den Erdball nicht besitzen.

Daher könnte man schon einmal sagen: Wenn ich Terrorist wäre, würde ich mir vermutlich eher eine ungeschützte als eine wenigstens relativ geschützte Anlage herausuchen. Das heißt nicht, dass Terroristen nicht doch so aggressiv, so dumm oder was auch immer sein könnten, auch hier etwas zu unternehmen. Aber man muss die Dinge Stück für Stück voneinander abschichten.

Ich habe in Deutschland zu den Ersten gehört, die auf dieses Thema hingewiesen haben, und zwar in der, wie ich finde, richtigen Betrachtungsweise.

(Abg. Teßmer SPD: In Ihrer Betrachtungsweise!)

Ich glaube, ich habe schon am 13. oder 14. September gesagt: Auf diese Situation sind die deutschen Kernkraftwerke nicht ausgelegt. Das ist eindeutig. Ich konnte das sagen, weil wir als einziges Bundesland diese Frage 1989 in einem Gutachten bereits haben klären lassen. Dieses Gutachten liegt dem Landtag vor. Wir wussten also, worüber wir reden, und deswegen konnte ich die Aussage machen: Wir sind, je nach Alter des Kernkraftwerks, gegen eine bestimmte Konstellation von Flugzeugabstürzen geschützt, aber wir sind weder gegen den Angriff durch ein militärisches noch durch ein ziviles Flugzeug geschützt.

Aus der Tatsache, dass es um eine weltweite Bedrohung geht, könnte man schließen: Jetzt müssen alle etwas tun; da braucht keiner richtig etwas zu tun. – Das hat keinen Sinn. Natürlich haben auch wir Aufgaben zu erledigen. Es gibt aber innerhalb der Bundesrepublik dafür klare Verantwortlichkeiten. Die Verantwortung des Bundes zeigt sich in vier verschiedenen Bereichen:

Erstens ist für diesen entscheidenden Punkt der Sicherheit aus dem Flugverkehr heraus das Bundesverkehrsministerium zuständig, natürlich auch wieder internationale Institutionen, die wir dazu dringend brauchen. Aber innerhalb von Deutschland ist das Bundesverkehrsministerium zuständig. Das tut hier auch etwas; das ist grundsätzlich okay.

Ich glaube, wir sind uns einig: Alles, was wir im Bereich der zivilen Luftfahrt tun können, um das Risiko der fliegenden Bombe zu vermeiden, sollten wir tun. Da kann man nicht auf Praktikabilität, den Preis und alles Mögliche schauen. Hier tun wir alles, was möglich ist; ich will das nicht im Einzelnen schildern.

Zweitens: Es gibt natürlich eine Zuständigkeit, eine Verantwortlichkeit des BMU. Er sieht diese grundsätzlich auch. Interessant ist aber, wie er sie handhabt. Der BMU hat zum Beispiel als Erstes gesagt: Jetzt beauftragen wir die Reaktorsicherheitskommission damit, quasi eine Schnellanalyse zu machen. Diese Schnellanalyse liegt vor. Sie deckt sich vollkommen mit unserer eigenen Einschätzung. Darin ist nichts enthalten, was mich überrascht oder was ich nicht teilen würde. Die Pointe der Feststellungen der Reaktorsicherheitskommission des Bundes heißt: Der beste Schutz besteht darin, dass man das Problem von der Flugzeugseite her löst. Das ist völlig richtig.

Drittens: Wir haben die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums, was die Feststellung der Sicherheitslage angeht. Das Bundesinnenministerium sagt bis heute nach seiner Einschätzung – und das ist die Institution, die es wissen muss –: Die heutige Sicherheitslage gibt zu dramatischen Maßnahmen – so sage ich einmal –, das heißt zu aktuellen, konkreten, schwer eingreifenden Maßnahmen, keinen Anlass. Wenn das das Bundesinnenministerium sagt, dann – so muss ich sagen – sehe ich allein schon daher keine Veranlassung – selbst wenn sich das Bundesinnenministerium täuschen würde; aber wir können uns nicht an dessen Stelle

(Minister Müller)

setzen –, die Lage kritischer zu sehen als diejenige Institution, die dafür geschaffen ist.

Der vierte Aspekt, den es aus der Bundespolitik zu berücksichtigen gilt, betrifft das Thema Atomkonsens. Das betrifft jetzt die Bundesregierung insgesamt. Der Atomkonsens hat mit Blick auf dieses Thema nicht nur den Ausstieg in einer bestimmten Etappe geregelt, sondern auch etwas zu den Restlaufzeiten gesagt. Dazu kann ich jetzt nur sagen: Will sich die Bundesregierung mit den Betreibern darüber unterhalten, dass die Restlaufzeiten in irgendeiner Weise verändert werden sollen – so nach dem Motto, die mit dem „geringsten Terrorschutz“ sollten am ehesten abgeschaltet werden –, dann möge die Bundesregierung das mit den Betreibern tun. Wir haben an der ganzen Veranstaltung nicht teilgenommen, und deswegen werden wir uns auch in Zukunft an dieser Diskussion nicht beteiligen. Das kann zwar eine Denkrichtung sein, aber das mögen die Akteure dieser Veranstaltung selbst durchführen.

Das nächste Thema ist in der Tat das der Zwischenlager vor Ort. Dazu ist schon das Nötige gesagt worden.

(Abg. Teßmer SPD: Auch das Unnötige!)

– Vielleicht auch Unnötiges; das mag nach Ihrer Einschätzung so sein.

Jedenfalls ist es schlicht von der Zahl der Zwischenlager her offenkundig, dass sie zusätzliche Gefahrenpunkte vor Ort schaffen. Ob ich zwei oder zehn – je nach Kernkraftwerkstandorten; wir haben ja insgesamt 19 Blöcke an, grob gesagt, zehn Standorten – Zwischenlager habe, ist halt ein Unterschied.

Jetzt kommt das Nächste, und das ist schon ein wichtiger Punkt: Das ist Gorleben. Gorleben ist als ein Endlager gedacht. Das ist wohl richtig. Die heutigen zentralen Zwischenlager, die wir haben, sind auch oberirdisch, genauso wie die dezentralen Zwischenlager oberirdisch sind. Aber ich hätte natürlich, wenn Gorleben als Endlager zur Verfügung stünde, relativ leicht die Möglichkeit, es entweder durch Umwidmung zu einem unterirdischen Zwischenlager zu machen oder es in einem Notfall schlichtweg so zu nutzen. Da würde ich auch nicht lange schauen, ob das genehmigt ist oder nicht. Ich würde das Zeug unter Tage bringen.

Das gilt vor allem auch für ein Problem, das ich durchaus anerkenne, nämlich das atomare Potenzial in Sellafeld und La Hague. Das ist ja nun wirklich nicht von der Hand zu weisen; das ist ein viel höheres Potenzial, als es an jedem Kernkraftwerksstandort gegeben ist. Wie die Sicherung dabei gegen Terrorangriffe ist, weiß ich nicht. Ich habe dabei Bauchschmerzen. Ich sehe nur, dass die Franzosen jetzt Flugabwehrraketen aufstellen. Offensichtlich muss es da also schon ein Problem geben. Würden wir unsere Brennelemente, die in diesen Anlagen sind, nach Gorleben überführen und unterirdisch in einem Salzstock, mehrere hundert Meter unter dem Meeresspiegel, lagern, würden wir natürlich auch einen Beitrag leisten.

Jetzt stelle ich einmal ganz simpel fest: Gorleben ist auf Eis gelegt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Auf Salz gebaut!)

Wir haben ein Moratorium. Das ist ja ein objektiver Tatbestand. Man versucht jetzt, mit Suchschleifen Zeit zu gewinnen.

Wenn ich feststelle, dass ich im Moment sozusagen die einzig potenziell sichere Unterbringung von Brennelementen – abgebrannten, teilabgebrannten, in Wiederaufarbeitung befindlichen und was auch immer – gerade nicht nutze, habe ich ein Sicherheitsproblem, das ich selbst zu verantworten habe. Das muss ich feststellen.

Jetzt ziehe ich einen Schlusstrich unter die ganze Geschichte und stelle einmal Folgendes fest: Das betrifft allesamt und besonders Bundeszuständigkeiten. Das gilt vor allem in Bezug auf das Tun und Lassen des Bundesumweltministeriums. Ich weiß nicht, ob Ihnen das klar ist: Wir sind in Sachen Atomaufsicht klar im Instanzenzug zum Bund. Der Bund kann uns jeden Schritt vorschreiben, jeden einzelnen; das tut er ja manchmal auch.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Er könnte!)

– Kann er, jeden Tag. Er hat die Fachkompetenz, wir haben die Wahrnehmungskompetenz. Das heißt, wir handeln in seinem Auftrag, wenn er das will.

Er könnte uns natürlich in all diesen Fragen all das vorschreiben, was Sie heute vorgeschlagen haben. Er tut es nicht. Jetzt sollen wir das tun, was der Bund – aus welchen Gründen auch immer – nicht tun kann, nicht tun will, nicht tun darf?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist doch irgendwo nicht logisch.

Wenn uns also jeder Fatz vorgeschrieben werden kann, dann in einer solchen Schlüsselfrage von einer Landesregierung zu erwarten, dass sie das tut, was die Bundesregierung aus bestimmten Erwägungen, die ich durchaus nachvollziehen kann, nicht zu tun gedenkt, bedeutet das für mich: Wir führen die Debatte schlicht im falschen Parlament. Diese Debatte gehört in den Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Ein bisschen zuständig sind Sie auch noch! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel? – Herr Abg. Dr. Witzel, bitte.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Darauf komme ich jetzt gleich.

(Abg. Teßmer SPD: Darauf hoffe ich doch!)

– Jawohl. – Ich habe bisher – ich sage das nur noch schnell zu Ende – über den Bund gesprochen; ich spreche natürlich auch noch über das, was wir im Land tun.

Ich wollte nur noch einmal abschichten, weil ich die großen Fragen, um die es geht, nun wirklich als Bundesaufgaben ansehen würde, abgesehen davon, dass sie es nach dem Grundgesetz ganz einfach auch sind.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Umweltminister, Sie haben in Ihrer Rede eben ein erstes Fazit gezogen. Ich habe jetzt nicht verstanden, wie Sie das meinen. Ich hatte in meiner Rede dargestellt, dass aktuell ein Sicherheitsdefizit besteht, dass hier in Baden-Württemberg nicht genügend Vorsorge nach dem Stand von Wissenschaft und Technik vorhanden ist. Teilen Sie diese Meinung nun, oder teilen Sie sie nicht?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: In Baden-Württemberg gilt dasselbe, was bei allen anderen 19 Kraftwerksblöcken gilt – ich habe es gesagt –: Unsere Kernkraftwerke sind auf diesen Fall nicht ausgelegt. Ich bin mir nicht sicher, was passieren würde, weil wir allein schon die Konstellationen nicht wüsten. Es könnten ja zwei Terrorflugzeuge hintereinander abstürzen. Also, wenn ich jetzt die Aussage machen würde: „Das halten die aus“, dann kann ich mir genauso gut eine Situation vorstellen, in der sie es nicht mehr aushalten. Deswegen würde ich nie wagen, die These aufzustellen, wir seien gegen den Terror gesichert. Das habe ich von vornherein gesagt; das ist völlig klar.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Halten Sie aus diesem Grunde eine vorläufige Maßnahme für sinnvoll?
Das ist unsere Frage!)

– Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen. Aber wenn diese Maßnahme zu treffen wäre, dann wäre sie bei einer Entscheidung dieser Größenordnung in erster Linie seitens des Bundes zu treffen. Wenn er das von uns verlangen würde, hätten wir das zu vollziehen. Er verlangt es aber von uns nicht, und dafür gibt es auch, glaube ich, gute Gründe.

Jetzt will ich einmal schildern, was wir im Land zu diesem ganzen Thema beitragen, und dabei werden Sie übrigens feststellen, dass wir in dieser Frage ein bisschen weiter sind, als es auf Bundesebene der Fall ist. Ich habe das schon am Beispiel des Gutachtens von 1989 geschildert, ich habe das geschildert mit dem Hinweis darauf, dass ich wahrscheinlich der Erste in Deutschland war, der das Problem richtig dimensioniert hat.

Was tun wir konkret? Ich verweise zunächst auf die Landtagsdrucksachen, in denen vor allem etwas zum Thema Objektsicherung geschildert wird, das heißt zu der Frage: Welche Sicherheitsmaßnahmen gibt es in unseren Kernkraftwerken gegenüber Angriffen nicht aus der Luft, sondern vom Boden her? Ich habe mir übrigens selber durch einen Besuch in Philippsburg, der ja auch in der gestrigen Debatte eine Rolle gespielt hatte – zufällig habe ich mir am selben Tag beide Themen zu Gemüte geführt –, einen Eindruck verschafft, wie das eigentlich aussieht mit diesen – wie soll man sagen? – Sperrern, Elektrozäunen, Objektsicherungseinrichtungen usw. usf. Ich kann Ihnen nur sagen: Die alte Grenze zwischen Westdeutschland und der DDR war eine harmlose Veranstaltung gegenüber dem, was es da gibt. Also, ich würde mal sagen: Da kommt keiner durch.

Wir haben ein anderes Problem, und dieses Problem hängt mit dem Zugang von Menschen zusammen. Dass da jetzt jemand einmal mit einem Lastwagen durchbricht oder was auch immer, ist – so meine ich – nicht möglich. Aber man kann sich natürlich einschleichen, und deswegen haben wir

sehr früh – und zwar früher als der Bund – darum gebeten – anordnen konnten wir es nicht; das muss der Bund machen –, dass die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg nach der so genannten Sicherheitsstufe 3 bestimmte erhöhte Sicherheitsmaßnahmen ergreifen. Das haben die Kernkraftwerke auch freiwillig getan.

Als der Bund das dann förmlich angeordnet hat, sind wir bereits eine Stufe weiter gegangen und haben gesagt: Bitte nehmt aus der Sicherheitsstufe 2 schon einmal freiwillig einige zusätzliche Elemente dazu, vor allem in Bezug auf Zugangskontrollen von Fremdarbeitern, von Lieferanten, von Besuchern usw. usf., was es da alles gibt.

Das heißt, wir waren eigentlich im Vergleich zu dem, was der Bund getan hat, immer einen Schritt voraus, und zwar auch insofern, als wir in Baden-Württemberg schon immer Polizeistreifen – regelmäßig, ohne jede Sicherheitslage – haben, was an sich nur ab der Sicherheitsstufe 3 überhaupt verlangt wird.

Wir haben also auf diesem Gebiet einiges getan, und wir haben darüber hinaus – auch im Vorgriff auf das, was der Bund empfiehlt – gesagt, es sollte sozusagen eine private Rasterfahndung geben, das heißt, dass die Kernkraftwerksbetreiber ihre Belegschaften einmal nach den Rasterfahndungskriterien, die der Staat – die Kriminalpolizei, das LKA – anwendet, überprüfen. Das alles ist bereits geschehen; das musste man uns nicht sagen.

(Abg. Wintruff SPD: Das Forschungszentrum Karlsruhe ist doch gerade das Gegenteil, was hier bewiesen wird!)

– Also, das Gegenteil ist es nicht.

(Abg. Wintruff SPD: Na ja, aber – –)

Im Forschungsbereich – das kann man wohl sagen – gibt es, was das Einhalten von Sicherheitsmaßnahmen anbelangt, immer einen Unterschied, weil das bei Wissenschaftlern mit internationalen Kontakten usw. immer etwas schwieriger ist. Dabei muss man auch sagen, dass das Gefahrenpotenzial einer Forschungsanlage etwas geringer ist, als das beim Betrieb eines Kernkraftwerks der Fall ist.

Zum Thema Flugzeuge – das ist der zweite Komplex – will ich nur in aller Kürze Folgendes sagen:

Erstens: Wir unterstützen alles, was im Bereich der großen Passagierflugzeuge an Sicherheitsmaßnahmen ergriffen wird.

Zweitens: Wir sind die Ersten in der Bundesrepublik gewesen, die das Thema „Kleinflugzeuge und kleine Flugplätze“ als zusätzliches Sicherheitsproblem gesehen haben. Das war übrigens auch eine Erkenntnis, die sich anlässlich meines Besuchs in Philippsburg wieder bestätigte. Ich habe gesagt: „Hier kommt keiner durch“, aber dann schaute ich in den Himmel hinauf und sagte mir: Menschenkind, ein Flugzeug, das vielleicht 400 Kilogramm Sprengstoff an Bord hat – das entspricht dem Gewicht von fünf Menschen, das kann man in einem Kleinflugzeug unterbringen –, könnte immer noch etwas anstellen. Wir müssen uns auch auf die kleinen Flugzeuge konzentrieren, und wir ha-

(Minister Müller)

ben Maßnahmen dazu eingeleitet, übrigens bis hin zu dem Punkt, dass man ab einer bestimmten Sicherheitsstufe auch zu Flugverboten kommen müsste.

Wir haben in unserem Antiterrorprogramm etwas zu Flugverbotszonen gesagt – schon zu einer Zeit, als die RSK uns das noch gar nicht empfohlen hatte. Wir haben in dem Antiterrorprogramm der Landesregierung eine Sicherheitsfrequenz im Luftverkehr vorgeschlagen, die ich jetzt nicht im Einzelnen beschreiben will. Zu dem Thema, ob wir Maßnahmen der militärischen Luftabwehr ergreifen sollten, will ich mich nicht äußern; das ist eine Bundesangelegenheit.

Zum Schluss will ich auf zwei hochspezifische Maßnahmen zu sprechen kommen, bei denen ich sagen muss, dass wir auch darin in der Bundesrepublik führend sind.

Herr Dr. Caroli möchte eine Zwischenfrage stellen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Caroli, eine Zwischenfrage.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, Sie schieben jetzt gewisse Zuständigkeiten hin und her . . .

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Nein, nein, die stehen fest.

(Zurufe)

Abg. Dr. Caroli SPD: . . . – warten Sie doch die Frage ab! – und sagen, das eine Bundesministerium tue dies und das andere mache jenes, und das Land mache dann in einem bestimmten Bereich auch noch etwas. Die Frage ist doch, ob Sie das bei dieser gefährlichen Sicherheitslücke nicht zur Chefsache machen . . .

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich bin der Chef.

Abg. Dr. Caroli SPD: . . . und sich mit einem integrierten Ansatz in sämtliche Bereiche hineinbegeben sollten, weil Sie wissen wollen, was mit den baden-württembergischen Atomkraftwerken los ist – egal, welche Zuständigkeiten vorherrschen –, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Was können Sie dazu sagen?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das ist ein guter Auftakt für das, was ich jetzt noch sagen wollte. Das ist eine prima Überleitung. Ich möchte Ihnen jetzt nämlich genau zwei spezielle Ansatzpunkte schildern. Obwohl wir nicht zuständig sind,

(Abg. Teßmer SPD: Wir wohnen aber hier!)

befassen wir uns in zweierlei Hinsicht mit den uns gegebenen Möglichkeiten und sind deswegen vielleicht auch Trendsetter in der Bundesrepublik.

Erstens: Wir befassen uns mit dem Thema Stoßlastzeitdiagramm. Da geht es im Prinzip darum, dass man versucht, die Erkenntnisse zu den Schutzmaßnahmen, welche für den Absturz von Flugzeugen vorgesehen sind, auf einen Flugzeugangriff zu übertragen. Auf gut Deutsch: Wenn bestimmte Schutzmaßnahmen einen bestimmten Schutz bei

einem Absturz bewirken, welchen Schutz würden sie bei einem Angriff bewirken? Wir werden dazu in einem bestimmten Umfang zu Erkenntnissen kommen. Das hat bisher noch keiner unternommen.

Zweitens untersuchen wir das Thema Kerosinbrände; das ergibt sich auch aus unserer Stellungnahme.

Mit beidem haben wir die Internationale Länderkommission Kerntechnik beauftragt, die ILK. Für solche Fragen ist sie geschaffen. Ich will Ihnen heute sagen: Ich schätze, dass es etwa ein halbes Jahr dauern wird, bis wir Antworten erhalten. Ich will schon heute sagen: Ich möchte darüber nicht öffentlich kommunizieren. Das ist verständlich, denn wir wollen die Bruchstellen und die Probleme nicht auch noch so weit offen legen, dass sie zur Handlungsanweisung für denjenigen werden, der sich dann sozusagen die schwächste Stelle aussucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Okay, dann dürfen Sie überhaupt nichts sagen!)

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf das Thema Abschalten. Wir haben das intern schneller diskutiert, als es in der bundesweiten Diskussion geschah. Allerdings haben wir das nichtöffentlich gemacht.

(Zuruf von der SPD: Das haben andere vielleicht auch gemacht!)

Mittlerweile kann ich Ihnen eine gewisse Zwischenerkenntnis mitteilen. Als das in der bundesweiten Diskussion war, haben wir gesagt: Wir sollten eine Matrix haben, die uns sagt, zu welchem Zeitpunkt ein Abschalten wie viel an zusätzlicher Sicherheit bringt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Bitte sehr.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Minister, nachdem Sie Philippsburg einen Besuch abgestattet haben: Ist Ihnen bekannt, dass Militärmaschinen der Bundeswehr seit Jahren bei ihren Übungsflügen die Kühltürme von Philippsburg anfliegen und kurz hinter dem Kernkraftwerk eine Schleife ziehen? Das ist ein Ritual, welches früher wegen der Lärmbelästigung zu Ärgernissen führte, aber jetzt, unter den Bedingungen der Sicherheit, wohl ganz anders zu betrachten ist. Deshalb auch die Frage: Ist von Ihnen bereits eine Initiative mit dem Ziel ausgegangen, dass die Bundeswehr diese Flugschneise nicht mehr benutzt?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Scharping könnte das natürlich schneller regeln als ich.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Kümmern Sie sich darum? – Abg. Mappus CDU: Der ist gerade auf Mallorca! – Weitere Zurufe)

(Minister Müller)

Zweitens will ich sagen, ich fürchte ein Bundeswehrflugzeug ein bisschen weniger. Ich glaube, die greifen mit gewisser Wahrscheinlichkeit nicht an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens: Gegen den Absturz einer Militärmaschine ist man ja in einem bestimmten Umfang gesichert.

Und viertens: Wir haben in der Tat in unserem Antiterrorprogramm gesagt, wir wollen Flugverbotszonen – das gilt dann natürlich auch für militärische Flugzeuge – in einem bestimmten Umkreis von Kernkraftwerken. Ich glaube, auf diesem Gebiet haben wir bereits alles hinter uns.

Ich will jetzt zum Schluss noch einmal etwas zu dem Abschaltenszenario sagen, denn das ist ja schon interessant.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist hier so laut. Das ist eigentlich eine interessante Frage, die wir da erörtern.

Unabhängig von der Frage, wann man abschaltet,

(Abg. Fischer SPD: Je früher, desto besser!)

sollte man einmal wissen: Was ist denn, wenn man abschaltet? Bringt das etwas? Wann müsste ich abschalten, damit es etwas bringt? Was gewinne ich dadurch? Da muss ich mir anschauen: Welche Zeitpunkte gibt es, also sozusagen Vorwarnzeit, gemessen an einem vermuteten Ereignis? Welchen Zustand möchte ich erreichen? Da gibt es ganz unterschiedliche Betriebszustände. Es ist übrigens interessant – das ist eine der Erkenntnisse –, dass unter Umständen nicht der unterste Betriebszustand die höchste Sicherheit bringt. Das ist eine bemerkenswerte Erkenntnis, die wir im Unterschied zur RSK bereits gewonnen haben. Was gewinnen wir dadurch an Sicherheit?

Ich nenne Ihnen jetzt nur zwei Ergebnisse. Mehr möchte ich auch dazu in der Öffentlichkeit nicht sagen. Wir werden das natürlich Fachgremien schon zur Verfügung stellen.

Das Erste ist, dass wir im kurzzeitigen Bereich ohne Ausräumen des radioaktiven Inventars bei einer Vorwarnzeit in der Größenordnung von drei bis vier Stunden eine erste Schwelle überschritten haben, bei der wir einen erheblichen Sicherheitsfortschritt haben. Natürlich kann man sagen: Je länger dann abgeschaltet ist, desto besser ist es noch zusätzlich. Das hängt aber nicht mit dem Betriebszustand zusammen, sondern nur mit dem Abklingverhalten.

Das Zweite ist: Wollten wir ausräumen – das wäre eigentlich notwendig –, dann bräuchten wir einen Haufen Castoren. Das kostet viel Geld; das ist klar. Ich brauche das entsprechende Volumen, wo ich die hintue. Denn es hat ja relativ wenig Sinn, wenn ich die aus dem Reaktor herausnehme und anschließend auf den Hof stelle. Also sind wir wieder beim Thema Gorleben.

Drittens brauche ich dafür Zeit. Unter einem Jahr ist da gar nichts zu machen.

Jetzt komme ich zu meiner Schlussbemerkung. Vorher noch eine Randbemerkung. Dem, der das innerhalb der

vielgescholtenen ILK macht, haben wir jetzt freigegeben, damit er ähnliche Untersuchungen für die RSK machen kann. Also, die letzten Deppen haben wir hier im Land auch nicht in Lohn und Brot gesetzt, sondern das, was an Wissen bei unseren Experten vorhanden ist, stellen wir dem Bund gerne zur Verfügung.

(Abg. Teßmer SPD: Das war kein guter Schluss für den TÜV!)

Jetzt will ich aber eine Schlussbemerkung machen, um zu verdeutlichen, vor welchem Kernproblem wir beim Abschalten stehen, vor allem wenn man die Vorlaufzeit von einem Jahr sieht. Wir reden dann über den Verlust von 30 % der Stromproduktion der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir müssen immerhin daran denken: Auch insofern bleiben es die relativ sichersten Kraftwerke im Verhältnis zum Ausland. Dann sind andere immer noch am Netz, und wir würden 30 % des Stroms verlieren.

(Zuruf Abg. Teßmer SPD)

Dahinter steckt ein allgemeiner Gedanke: Nachdem wir zum Beispiel gestern in der Terrorismusdebatte gesagt haben: „Sicherheit ist viel wert, aber es gibt in der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit ein Dilemma“, muss ich heute auch sagen: Es gibt

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn es um Atomkraftwerke geht, wägen Sie anders ab, Herr Müller!)

– lassen Sie mich einmal diesen ganz ernsthaften Gedanken vortragen – in Bezug auf die Energieversorgung auch eine Abwägungsnotwendigkeit. Der einzige Grund, weshalb die Bundesregierung nicht die Abschaltdebatte führt, ist genau der Gesichtspunkt, dass man feststellen muss: Wenn die Energieversorgung der Bundesrepublik entweder extrem teuer wird oder zusammenbricht, weil schlicht die Strommengen fehlen, dann können wir uns das in der Abwägung zumindest in der heutigen Sicherheitslage nicht erlauben.

Anerkennen Sie bitte wenigstens das Dilemma, dass wir hier nicht mit Sicherheitsmaßnahmen spielen können, von denen man sagen kann: Vielleicht bringen sie nicht viel, aber wenigstens schaden sie auch nicht. Wenn wir hier mit dem Abschalten eingreifen, dann reden wir über ganz große Beträge. Ich meine das jetzt nicht nur finanziell, sondern Energieversorgung ist eben ein Fundament des öffentlichen und des privaten Lebens, des wirtschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik. Deswegen sollte man sich die Frage, ob man abschaltet, sehr wohl überlegen. Hier steht viel auf dem Spiel, wenn man es erst einmal tut. Nichtsdestoweniger ist es wichtig, sich mit den Fragen, die damit verbunden sind, zu befassen. Sie mögen an meinen Ausführungen gesehen haben: Auf diesem Gebiet sind wir mindestens so schlau wie der, der sich hätte Gedanken machen sollen, nämlich der Bund.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Gilt der Antrag noch, Herr Scheuermann, dass Sie die Überweisung beider Anträge an den zuständigen Ausschuss beantragen?

(Abg. Scheuermann CDU: Ja! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe ihn für dringlich erklärt haben wollen! Wir wollen abstimmen!)

Dann stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer stimmt dem Antrag von Herrn Scheuermann – Überweisung der Anträge Drucksachen 13/282 und 13/309 an den Ausschuss – zu? – Wer ist dagegen? – Das ist die Minderheit.

(Abg. Teßmer SPD: Hauchdünn! – Heiterkeit)

Die Anträge werden an den zuständigen Ausschuss überwiesen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, es ist die Frage, ob es möglich ist, einen für dringlich erklärten Antrag an einen Ausschuss zu überweisen! – Gegenrufe: Ja!)

– Selbstverständlich ist das möglich, Herr Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Gegen den Willen des Antragstellers? – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das war für mich eine Frage!)

Es ist möglich. Ich darf Ihnen das so beantworten.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Olympia nach Baden-Württemberg holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land – Drucksache 13/351

Darf ich Sie auf eine Änderung hinweisen, auf die sich die Fraktionen geeinigt haben. Im zweiten Absatz auf Seite 1 in der dritten Zeile muss es heißen: „den Breiten-, Behinderten- und Spitzensport in Baden-Württemberg zu verstärken.“ Das heißt, der Behindertensport wird noch eingefügt.

(Abg. Fischer SPD: Einverstanden!)

Sind Sie damit einverstanden? –

(Zurufe: Ja!)

Wer dem Antrag mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

a) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1997 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1995 (Nr. 24) – Verwendung von Mitteln Dritter durch Bedienstete der Universitätsklinik – Drucksachen 12/6023, 13/262**

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus

b) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juli 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 7) – Polizeiliche Ermittlungskosten – Drucksachen 13/145, 13/263**

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus

c) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 9) – Datenverarbeitung bei den Justizvollzugsanstalten – Drucksachen 12/6051, 13/264**

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus

d) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 15) – Förderung von Tourismusorganisationen – Drucksachen 13/38, 13/265**

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus

e) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. August 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 17) – Förderung nach der Landschaftspflege-richtlinie – Drucksachen 13/167, 13/266**

Berichterstatte(r)in: Abg. Ursula Lazarus

f) **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juli 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung**

(Stellv. Präsidentin Christa Vössschulte)

von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 23) – Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Finanzkassen – Drucksachen 13/89, 13/267

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

g) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juli 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 26) – Fehlerhafte Planung für einen Hubschrauberlandeplatz – Drucksachen 13/80, 13/268

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

(Abg. Rech CDU: Ja!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/299, 13/300, 13/301, 13/302, 13/303, 13/304, 13/305

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass in der Drucksache 13/302 die Petition unter der laufenden Nummer 13, die Petition 12/8504, an den Ausschuss zurücküberwiesen werden soll. Stimmen Sie der Zurücküberweisung zu? Wer

zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Jastimmen waren die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Sie stimmen im Übrigen den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 10 erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/306

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu. So ist es beschlossen.

Nun darf ich noch bekannt geben, dass die Eröffnung der Fotoausstellung und die Buchpräsentation zur Ungarischen Revolution im Jahr 1956 heute, am 25. Oktober 2001, um 18:00 Uhr nicht hier im Haus des Landtags stattfinden, sondern im Kulturinstitut der Republik Ungarn, Haußmannstraße 22.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. November 2001, um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schluss: 16:28 Uhr